

b&w

bildung und wissenschaft –

Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Rückblicke auf Schule Was in der Erinnerung haften bleibt



**Kooperation Kita –
Grundschule**
Viel mehr Aufgaben

Demokratiebildung
Mutig die Meinung
sagen

Gewerbliche Schule
Den Berufsstolz
zurückgeben

GEW



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB
Bank
Better Banking

0,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

Vorteile für
GEW-Mitglieder:
50,- Euro
Startguthaben
• Kostenfreie BBBank
Kreditkarte Visa
ClassicCard²⁺³

- ✓ **Bundesweit kostenfrei
Geld abheben**
an allen Geldautomaten der
BBBank und unserer CashPool-
Partner sowie an den Kassen
vieler Verbrauchermärkte
- ✓ **Einfacher Kontowechsel**
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**
mit Fotoüberweisung,
Geld senden und
anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ **Attraktive Vorteile
für den öffentlichen Dienst**



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 07 21/141-0
oder auf www.bbbank.de/gew



www.bbbank.de/termin



DEUTSCHES INSTITUT
FÜR SERVICE-QUALITÄT
GmbH & Co. KG

1. PLATZ

Bank des Jahres
Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung
Nov. 2018
6 Filialbanken
www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut

ntv

¹ Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

² Voraussetzung: Girokonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

³ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Foto: GEW/BW



Doro Moritz,
Landesvorsitzende GEW
Baden-Württemberg

Weichenstellung in der GEW – machst du mit?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser,

für gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen, dafür engagieren wir uns in der GEW Baden-Württemberg. In allen Bildungsbereichen arbeiten GEW-Kolleginnen und -Kollegen daran, Verbesserungen und Weiterentwicklungen zu erreichen. Kompetent und selbstbewusst sind wir sichtbar und wirksam nach innen und außen. Dazu tragen alle bei, die sich in der GEW engagieren. Steigende Mitgliederzahlen seit mehr als 25 Jahren bestätigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Alle vier Jahre stellt sich die GEW personell neu auf und beschließt ihre Schwerpunkte. Es ist wieder soweit. Überall können sich Mitglieder einbringen.

An den Schulen entscheiden die Mitglieder bis zum Jahresende, wer künftig die GEW-Vertrauensfrau bzw. der GEW-Vertrauensmann ist. So stellen die Mitglieder der Schule sicher, dass aktuelle Informationen und Einladungen bei ihnen ankommen. An Schulen ohne GEW-Vertrauensleute ist der Informationsfluss nicht gesichert.

Ich bitte alle schulischen Mitglieder herzlich zu klären, wer in der Schule diese Aufgabe übernimmt. Wir haben mit dieser Bitte auch alle GEW-Vertrauensleute angeschrieben. Natürlich können auch Teams gebildet werden. Ich danke allen herzlich, die als GEW-Vertrauensfrau oder -Vertrauensmann weitermachen und allen, die neu in diese Aufgabe einsteigen. Wir werden sie nach Kräften unterstützen.

In den 31 GEW-Kreisen werden zurzeit alle Aufgaben neu verteilt. Dann stehen die Wahlen der Vertretungen in den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Hochschule und Weiterbildung sowie der Personengruppen an. Abgeschlossen werden die Wahlen im Juni 2020 mit neuen Bezirksvorständen und der neuen Landesspitze. Der Alltag an jedem Arbeitsplatz,

Konstellationen in Studium und Ausbildung und der Ruhestand bieten Anknüpfungspunkte, um aktiv zu werden. Der Fachkräftemangel, Arbeitszeit und Arbeitsbelastung, die Beschäftigungsbedingungen, die spezifische Situation der einzelnen Schularten sind klare Aufträge für unser gewerkschaftliches Engagement. Mitglieder können sich in den GEW-Kreisen vielfältig beteiligen, wir freuen uns über jedes Interesse.

Die GEW ist in Bewegung. Mit Projekten zur Organisationsentwicklung verändern wir die Gremienarbeit und gestalten die Veranstaltungen. Beides soll attraktiver werden. Keine Angst vor den Aufgaben! Mit Bildungsangeboten unterstützen wir die, die in die GEW-Arbeit neu einsteigen oder weitermachen.

Hast du Lust, deine Themen mit uns zu bearbeiten und Ideen mit uns zu verwirklichen? Wir sind offen und freuen uns auf alle, die bei der GEW mitmischen wollen. Das gilt auch für zeitlich oder thematisch begrenzte Mitarbeit. Du kannst dir nicht vorstellen, wie die Mitarbeit aussieht? Wir kommen gerne ins Gespräch mit dir.

Eine kurze E-Mail an info@gew-bw.de oder an deinen/deine Kreisvorsitzende reicht. Wir melden uns bei dir und freuen uns auf den Kontakt mit dir.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink that reads "Doro Moritz".



12 Lehrkräftefortbildung:
Land unter zum Schuljahresanfang



24 #AlleFürsKlima:
GEW unterstützt Fridays for Future



28 Personalschlüssel Kitas:
Was die Zahlen wirklich aussagen

S. 14 Titelthema

Rückblicke auf Schule:
Was in der Erinnerung haften bleibt



In dieser Ausgabe

Titelthema

Rückblicke auf Schule

Was in der Erinnerung haften bleibt

- 14 Einschneidende Jahre
- 18 An welche Lehrkräfte man sich erinnert
- 21 Eine erfüllende Zeit dank vieler Freiräume

Arbeitsplatz Schule/ Kindertageseinrichtung

- 26 Kooperation Kita – Grundschule:
Viel mehr Kooperationsaufgaben,
viel mehr Arbeit
- 28 Der gute Personalschlüssel in
baden-württembergischen Kitas:
Was die Zahlen wirklich aussagen
- 30 Ländermonitor berufliche Bildung 2019:
Wenn Ausbildungsplätze und
Bewerber/innen nicht zusammenpassen
- 32 Gewerbliche Schule:
Den Berufsstolz zurückgeben

Aus-, Fort- und Weiterbildung Hochschule

- 6 Hochschulfinanzierung:
Mehr Aufgaben erfordern mehr Geld
- 10 Umsatzsteuer für allgemeine
Weiterbildung: Zugang
zu Weiterbildung bewahren

Gesellschaft

- 24 #AlleFürsKlima:
GEW unterstützt Fridays for Future
- 34 Fachtag Demokratiebildung:
Mutig die Meinung sagen
- 36 Schwerbehindertenvertretung:
Jeder ist anders und das ist gut so

Aus der Arbeit der GEW

- 12 Lehrkräftefortbildung:
Land unter zum Schuljahresanfang
- 38 Vertrauensleute- und Personalräte-
konferenz der GEW: Position beziehen
gegen Ausgrenzung und für Vielfalt
- 39 Pensionsansprüche:
Gute Nachrichten – vor allem für junge
Beamt/innen mit Kindern

Rubriken

- 3 Editorial
- 6 Aktuell
- 7 Glosse
- 40 Kurz berichtet
- 42 Vor Ort
- 42 Jubilare
- 43 Totentafel
- 46 Impressum
- 46 Termine

Heftmitte: Unterrichtspraxis

Titelbild: steffne / photocase

Redaktionsschluss für die nächste b&w Ausgabe:
14. Oktober 2019

GEW-SCHULUNG FÜR HAUPTPERSONALRAT AUSSERSCHULISCHER BEREICH Intensiver Austausch über Qualitätskonzept

Die Bedeutung des Personalrats für die Beschäftigten im außerschulischen Bereich des Kultusministeriums steigt. Nur die GEW bietet spezifische Schulungen an.

Entsprechend hoch war das Interesse der neu gewählten Personalratsmitglieder aus Schulämtern, Regierungspräsidien und Kultusministerium im Strandhotel Löchnerhaus auf der Insel Reichenau.

Die GEW/Verdi-Fraktion mit dem Vorsitzenden Martin Morgen hatte ein attraktives Programm zusammengestellt. Anspruchsvolle Arbeit mit den gesetzlichen Grundlagen und Fallbeispielen aus der Personalratsarbeit standen auf der Tagesordnung. Der intensive Austausch über die Auswirkungen des neuen Qualitätskonzepts nahm breiten Raum ein. Hochmotiviert und voll mit Informationen und konkreten Tipps für die Arbeit vor Ort verabschiedeten sich die 44 Teilnehmer/innen am Ende der zweitägigen Schulung. Nicht nur wegen der schönen Tagungsstätte wollen sie im nächsten Jahr wiederkommen. ▀

Doro Moritz



Foto: Martin Morgen

Mehr Teilnehmer/innen als sonst trafen sich bei der GEW-Schulung im Löchnerhaus

HOCHSCHULFINANZIERUNG

Mehr Aufgaben erfordern mehr Geld

Gegenwärtig werden im Land die Eckpunkte der zukünftigen Hochschulfinanzierung verhandelt. Ein neuer Vertrag soll ab Januar 2021 den jetzigen ersetzen. Die Forderungen der Hochschulen werden lauter: 1.000 Euro mehr pro Studierenden für alle Hochschularten und eine Dynamisierung der Hochschulmittel, also ein kontinuierlicher Ausbau der Hochschulmittel, werden erwartet. Die Grundhaushalte sollten automatisch jährlich um drei Prozent steigen, um allgemeine Kostensteigerungen – etwa beim Personal – aufzufangen. Bislang temporär gewährte Finanzmittel sollen künftig dauerhaft in die Grundhaushalte der Hochschulen einfließen. Mit temporären Programmen haben die Hochschulen die gestiegenen Studierendenzahlen der vergangenen Jahre bewältigt. Bundesweit studieren 2.863.609 Studierende, in Baden Württemberg 359.771. Auch in Zukunft ist von einem anhaltend hohen Niveau an Studienanfänger/innen,

wenn nicht sogar weiter steigenden Zahlen, auszugehen.

Die Hochschulen haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übernommen, ohne dafür zusätzliche Ressourcen zu erhalten. Die zusätzlichen Studienangebote mit der Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse sind nur ein Beispiel dafür. Daher müssen die für einen Studienplatz veranschlagten Kosten auf die tatsächlichen Kosten angehoben werden. Es fehlen auch Masterstudienplätze für Bachelorabsolvent/innen; die Übergangsquoten müssen realistisch mit mindestens 75 Prozent kalkuliert werden.

Der neue Hochschulfinanzierungsvertrag darf nicht nur für den notwendigen Ausbau der Hochschulen sorgen, sondern sollte darüber hinaus einen spürbaren und nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium leisten. Vorrangiges Ziel eines neuen Hochschulpakts muss neben der Steigerung der Zahl der Studienplätze

eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelationen an den Hochschulen werden. Das ist auch deshalb erforderlich, weil die steigende Studierquote zu einer heterogener zusammengesetzten Studierendenschaft führt, die einer intensiveren Beratung und Betreuung bedarf.

Die GEW unterstützt zudem die Aufwertung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW). Die HAW dürfen nicht die Aufgabe zugewiesen bekommen, Dumping-Studienplätze für einen insgesamt nicht ausfinanzierten Anstieg an Studierenden bereitzustellen. Die Aufwertung der Fachhochschulen schließt neben dem Auf- bzw. Ausbau eines eigenen akademischen Mittelbaus die Verbesserung der Forschungsmöglichkeiten und die Erteilung des Promotionsrechts in forschungsstarken Bereichen ein. ▀

Cendrese Sadiku

GEW-Referentin für Hochschule und Forschung

GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Beförderungen für Gymnasiallehrer/innen möglich

Jede Gemeinschaftsschule kann zum Schuljahr 2019/20 eine oder mehrere Stellen für Oberstudienrät/innen ausschreiben. Die Schule erstellt dafür bis Anfang Dezember einen Ausschreibungstext, der Anfang Januar auf www.lobw.de veröffentlicht wird. Auf diese Stellen können sich bis Anfang Februar Studienrät/innen bewerben, die an einer Gemeinschaftsschule oder an einem Gymnasium arbeiten. Falls die Beförderungstellen nicht ausgeschöpft werden, wandern sie an Gymnasien.

Das Ausschreibungsverfahren der Oberstudienratsstellen bietet Gemeinschaftsschulen, Schulleitungen und Kollegien die Möglichkeit, qualifizierte Gymnasiallehrkräfte zu finden, die zur Schule passen. Die Gemeinschaftsschulen brauchen die Erfahrungen und Kenntnisse von Kolleg/innen mit allen Lehrbefähigungen. Nur so können sie auch nach außen darstellen, dass alle Kompetenzniveaus abgedeckt werden. Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung, die an der Gemeinschaftsschule ein höheres Deputat als an einem Gymnasium haben, sollen mindestens die gleichen Beförderungschancen haben

wie am Gymnasium. Die GEW und der Hauptpersonalrat GHWRGS werben deshalb für eine Stellenausschreibung.

An Gymnasien und beruflichen Schulen werden die wissenschaftlichen Lehrkräfte im höheren Dienst als Studienrät/innen (A13 mit Strukturzulage) eingestellt. 45 Prozent der Lehrkräfte können später Oberstudienrät/innen werden. Diese Stellen werden zur Hälfte mit einem Aufgabenschwerpunkt ausgeschrieben. Auf die andere Hälfte werden Kolleg/innen nach Erfahrung und Eignung befördert. So haben praktisch alle Lehrkräfte im höheren Dienst die Möglichkeit, nach A14 befördert zu werden.

Die GEW akzeptiert nicht, dass es an Grundschulen, Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, Gemeinschaftsschulen und an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) kaum Beförderungsmöglichkeiten gibt. Außerdem sind Bezahlung und Deputat an diesen Schulen sehr unterschiedlich. Vor allem die Fach- und technischen Lehrkräfte sowie die Grundschullehrkräfte haben ein zu hohes Deputat und verdienen zu wenig. **■**

Michael Hirn

GEW ruft auf**Mitmach-Aktion****Mitmachen
bei den JA13-Aktionswochen**

Vom 11. bis 22.11.2019

wird es im ganzen Land, auch an deiner Schule oder in deiner Region Möglichkeiten geben, dich für A13/E13 einzusetzen.

Es lohnt sich! In Berlin, Brandenburg, Sachsen, Bremen oder Schleswig-Holstein erhalten Grundschullehrkräfte dank zahlreicher GEW-Aktionen inzwischen A13/E13.

Mach mit! Komm mit! Schreib uns!
Warum hast du A13/E13 verdient?
Was würdest du mit dem zusätzlichen Geld machen?



**Schick uns Videos,
Bilder, Texte an:**

info@gew-bw.de
oder auf
www.facebook.com/gewbw

Glosse HoLa die Waldfee

Manchmal ist das Leben schwierig. Dann möchte ich sagen können: „Holla, die Waldfee!“ und dann macht es puff und aus einem Rauchwölkchen steigt eine Fee und fragt mich, ob ich einen Wunsch habe. Und dann sage ich: „Kannst du bitte dafür sorgen, dass alle Forderungen der GEW zur Besoldung von Hauptschullehrkräften, die an Gemeinschaftsschulen arbeiten, sofort wahr werden?“ Dann gucke ich in meine Gehaltsabrechnung, und siehe da, ich kriege A13!

Vor ein paar Monaten habe ich mich auf einem Gemeindefest mit einem Mitglied des Philologenverbandes unterhalten. Ein Gymnasiallehrer. Der Philologenverband ist die ehrenwerte Organisation, die sich nur für die Belange der Gymnasiallehrkräfte

engagiert. Wir hatten uns in eine Diskussion verhaft. Ich hatte ihm ganz naiv erzählt, dass ich in der Gemeinschaftsschule auch das Gymnasial- und das Realschulniveau unterrichte und ich und alle anderen Hauptschullehrkräfte trotzdem nur mit A12 besoldet werden.

Unvorsichtigerweise hatte ich dann auch noch den Verbandsvorsitzenden Bernd Saur zitiert. Der hatte nämlich in einem Zeitungsinterview gesagt, wenn alle Hauptschullehrer A13 bekämen, dann würde er eine Aktion starten, dass alle Gymnasiallehrkräfte in Zukunft mit A14 besoldet werden müssen. Das hatte mich empört.

Neulich ist mir die Diskussion wieder eingefallen. Ich bin nämlich für den Lehrgang zum horizontalen Laufbahnwechsel

zugelassen worden. Und da haben sich die Abkürzungs-Genies des Kultusministeriums selber übertroffen: Die Fortbildung heißt „HoLa-Lehrgang“. Wie der Waldfee-Zauberspruch! Es ist nicht ganz so zauberhaft, dass ich einen Lehrgang belegen muss, obwohl ich zehn Jahre lang Schüler/innen an der Werkrealschule zum mittleren Bildungsabschluss geführt habe. Und es ist auch nicht ganz so zauberhaft, dass die Beförderung für GMS-Lehrkräfte nur vielleicht kommt. Wenn sie Glück haben. Aber ich wünsch es mir ganz arg und mit zugekniffenen Augen von der Waldfee. Vielleicht hilft's ja.

Jens Buchholz

GEW IM GESPRÄCH

Austausch über Lehramtsstudiengänge

Foto: Evi Maziol

GEW und Vertreter/innen von Hochschulen aus Baden-Württemberg an einem Tisch.

Doro Moritz, Michael Hirn, Erich Liesecke und Cendrese Sadiku (GEW Baden-Württemberg) sprachen Mitte September mit 12 Vertreter/innen von baden-württembergischen Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Schools of Education. Das Treffen diente dem Austausch über die Entwicklung der Lehramtsstudiengänge seit der Einführung der gestuften Studiengänge (Bachelor, Master) seit dem Wintersemester 2015.

Die Hochschulen haben intensiv an der Umsetzung gearbeitet. Durch die politisch festgelegte Struktur der Studiengänge gibt

es erhebliche Probleme. Benannt wurden z. B.: Das zu kurze Studium im Lehramt Primarschule; die strikte Trennung zwischen dem Bachelor- und dem Maststudium, die einen sinnvollen Studienaufbau deutlich erschwert und zu Studienzeitverlängerungen führt; eine viel zu starre Struktur, die die politisch gewünschte Polyvalenz (Wechselmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Lehrämtern oder anderen Studiengängen) verhindert; das Praxissemester im Masterstudium. ■

Michael Hirn

GEW sucht**Fachberaterinnen und Fachberater bitte melden**

Die Lehrerbildung ist mit dem Aufbau des neuen Qualitätskonzepts im Umbruch. Sie sind als Fachberaterin oder Fachberater davon betroffen?

Die GEW möchte Sie über Entwicklungen informieren und gegenseitigen Austausch, z. B. über Veranstaltungen, anbieten. Damit wir Sie einladen und informieren können, bitte alle Fachberaterinnen und Fachberater bei uns melden.



E-Mail mit dem Betreff „Fachberater/in“ und dem Satz
„Ich bin Fachberater/in“ und
mit vollständigen Namen und der Mitgliedsnummer bitte senden an:
datenpflege@gew-bw.de

GEW informiert**Ganztagsschulkongress 2019****Ganztagsschule 2030****Herausforderung Digitalisierung**

27. bis 29.11.2019

in Rust/Ettenheim

Der Kongress des Bundesvorstands des Ganztagsschulverbands findet dieses Jahr in Baden-Württemberg statt.

> **1. Tag:** „Digitalisierung als Herausforderung für die Bildung: Erwartungen, Handlungsfelder, Projekte – ein Thema für den Ganztag“ Vortrag von Prof. Dr. Thomas Breyer-Mayländer und

„Lehren und Lernen mit digitalen Medien – Pädagogische Bedingungen für eine erfolgreiche Pädagogik“ von Prof. Dr. Stefan Aufenanger

> **2. Tag:** Schulbesuche mit Good-Practise-Beispielen aus der Region

> **3. Tag:** Praxisbeispiele, offene Angebote und Workshops zur konkreten Umsetzung der Digitalisierung

WWW.

Weitere Informationen
und Anmeldung unter:
www.ganztagsschulverband.de

**Mitgliedsdaten****Datenänderungen der GEW melden**

Wenn Mitglieder in Ruhestand gehen, das Referendariat abgeschlossen haben, von Vollzeit auf Teilzeit wechseln (oder umgekehrt), wenn sich die Gehaltsstufe oder die Adresse ändert, bitte melden.

Wer die Internetseite nutzt, sieht den aktuellen Stand seiner persönlichen Daten und kann sie selbst ändern.

WWW.

Per E-Mail an die
Mitgliederverwaltung:
datenpflege@gew-bw.de
oder über:
[www.gew.de/
mitgliederbereich](http://www.gew.de/mitgliederbereich)



FACHBERATER/INNEN GANZTAGESSCHULE

Plötzlich steht der Stuhl vor der Tür

Viele Jahre haben die Fachberater/innen für die Unterrichtsentwicklung mit dem Schwerpunkt Ganztageschule (FBU GTS) gut gearbeitet. Sie haben sich fortgebildet und Schulen und Lehrkräfte bei der Einführung und Weiterentwicklung der Ganztageschule intensiv begleitet und unterstützt. Und das, obwohl sie für ihre Arbeit wenig Entlastung und eine lächerliche finanzielle Anerkennung von 38,81 Euro im Monat bekamen (bei Teilzeit anteilig).

Am 18. Juli 2019, also kurz vor den Sommerferien, gab das Kultusministerium Änderungen bekannt. In einem Schreiben an die Fachberater/innen wurde ihnen erklärt, dass das bestehende Unterstützungssystem neu ausgerichtet wird. Künftig sollen Fachberater/innen

„Unterrichtsentwicklung“ ohne spezifische Kenntnisse im Bereich Ganztageschule von den Schulen nur noch zur Prozessbegleitung angefordert werden. Statt einer inhaltlichen Begleitung durch die Fachberater/innen Ganztageschule soll die Schulaufsicht „die Ganztageschulen bei der Planung und Umsetzung flankierend begleiten und eine passgenaue Unterstützung sicherstellen“. Im vorletzten Absatz des Schreibens steht dann der kühle Satz, dass die Neuausrichtung des Unterstützungssystems bedeute, dass die Tätigkeit der Fachberater/innen „zum Schuljahresende 2018/19 endet“. Bereits geplante Fortbildungsangebote würden abgesagt werden müssen und die Fachberater/innen bekämen keine Anrechnungsstunden mehr.

Zeitpunkt und Inhalt des Schreibens haben die GEW und den Hauptpersonalrat GHWRGS bestürzt. Er schrieb an das Kultusministerium: „Der Hauptpersonalrat GHWRGS ist entsetzt, wie das Kultusministerium mit Beschäftigten umgeht, die für 38,81 Euro im Monat bereit waren und sind, sich zu qualifizieren und eine Fachberatungstätigkeit zu übernehmen. Aus Sicht des Hauptpersonalrats GHWRGS ist dies kein vernünftiger und wertschätzender Umgang mit Personal.“

Michael Hirn

Hauptpersonalrat GHWRGS

Deine Ansprechperson vor Ort

„Wir haben an unserer Schule jemanden, an den ich mich wenden kann.“

Lena, 30, seit 3 Jahren in der GEW

WWW. GEW-BW.DE/ UNSERE-VL

GEW-Vertrauensleute mitbestimmen von Oktober bis Dezember 2019

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **GEW**

JETZT MITMACHEN

GEW-Vertrauensleute an jeder Schule gewinnen

Informationen zu aktuellen Themen und Einladungen zugeschickt und als Dankeschön jährlich das GEW-Jahrbuch kostenlos.

Die GEW hat die derzeitigen GEW-Vertrauensleute vor wenigen Tagen angefragt, ob sie diese Aufgabe weiterhin übernehmen. Bei einem kurzen Treffen kann vereinbart werden, ob die GEW-Vertrauensfrau bzw. der GEW-Vertrauensmann weitermacht oder jemand anderes diese Aufgabe übernehmen will. Auch Teams können gebildet werden. Die Bestätigung oder Wahl der Vertrauensfrau/-mann lässt sich auch gut mit einem Treffen der GEW-Mitglieder (Schulgruppensitzung) zu einem Thema verbinden, das dem Kollegium auf den Nägeln brennt. Vorstandsmitglieder und

Personalrät/innen der GEW kommen gerne dazu und beraten und informieren. In den meisten Schulen gibt es GEW-Vertrauensleute. Ihnen allen dankt die GEW herzlich für ihr Engagement. Die GEW-Mitglieder, die an ihrer Schule keine Vertrauensleute haben, bitten wir herzlich, miteinander zu klären, wer diese Aufgabe übernimmt.

Doro Moritz

Die GEW-Vertrauensleute an den Schulen stehen im vierjährigen Rhythmus zur Bestätigung oder Wahl an. Das stärkt sie und sichert sie im Konfliktfall als Ehrenamtliche mit gewerkschaftlichen Schutzrechten aus.

Die GEW-Vertrauensleute sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den Kolleg/innen und der GEW. Sie bekommen

WWW.

Alle bestätigten oder neu gewählten Vertrauensleute bitte bis Jahresende eintragen auf:

www.gew-bw.de/unsere-vl

KOSTENDÄMPFUNGSPAUSCHALE IM VORBEREITUNGSDIENST

GEW erwartet Bekenntnis zur Fürsorgepflicht

Die Beihilfe wird für jedes Kalenderjahr um eine Kostendämpfungspauschale gekürzt. Die Höhe der Pauschale hängt von der Besoldungsgruppe ab. Für aktive Beamte/innen mit A13 bis A14 beträgt sie beispielsweise 180 Euro pro Jahr. Die Pauschale bleibt gleich, auch wenn jemand teilzeitbeschäftigt ist oder im Vorbereitungsdienst deutlich weniger verdient. Das empfinden viele als ungerecht.

Die GEW hat sich im September in einem Schreiben ans Finanzministerium für die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst eingesetzt und um

Streichung der Pauschale gebeten. Die Kostendämpfungspauschale stellt für die angehenden Lehrkräfte eine hohe Belastung dar. Immer häufiger schildern GEW-Mitglieder, dass sie aufgrund der Kürzung keine oder nur eine geringe Unterstützung durch die Beihilfe erhalten haben. Gesunde Menschen, für die keine krankheitsbedingten Aufwendungen entstehen, müssen einen beachtlichen Eigenanteil bei Vorsorgeuntersuchungen entrichten, was zum Verzicht auf Vorsorgeuntersuchungen führen kann. Das ist nicht im Interesse des Dienstherrn.

Mit der Streichung der Kostendämpfungspauschale würde das Land ein starkes Bekenntnis zur Fürsorgepflicht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen abgeben und auch im Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte punkten. Diese Reform sollte zeitnah umgesetzt werden. Sie ist ohne Zweifel finanzierbar.

Grundsätzlich sollte das Land für alle Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf die Kostendämpfungspauschale verzichten. ▮

b&w

UMSATZSTEUER FÜR ALLGEMEINE WEITERBILDUNG

Zugang zu Weiterbildung bewahren



Foto: GEW BW

Umsatzsteuer für Weiterbildung würde lebenslanges Lernen behindern.

Ein berechtigter Aufschrei kam Anfang September vom baden-württembergischen Städtetag. Die Bundesregierung will künftig auf allgemeine Weiterbildung den vollen Umsatzsteuersatz erheben. Das Vorhaben versteckt sich im Gesetzesentwurf zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften. Nur noch direkt beruflich verwendbare Weiterbildung soll dann von der Umsatzsteuerpflicht in Höhe von 19 Prozent befreit werden.

Die zusätzlichen Kosten für lebenslanges Lernen bleiben dann bei Teilnehmer/innen von Weiterbildungsseminaren hängen. Gerade bildungsbenachteiligten und einkommensschwachen Bürger/innen würde dadurch der Zugang zur Weiterbildung erschwert.

Politisch ein Signal in die falsche Richtung, findet die GEW. Die Landesvorsitzende Doro Moritz sagte: „Wer die Gebühren für Bildungsangebote erhöht, statt sie zu senken, riskiert eine arme Gesellschaft. Wir brauchen mehr statt

weniger Angebote, denn angesichts des wachsenden Populismus, dem Bedarf im Ehrenamt, der Wichtigkeit der Gesundheits- und Nachhaltigkeitsförderung sollten möglichst viele Menschen an den Kursen der Volkshochschulen und anderer Anbieter teilnehmen können.“

Lebenslanges Lernen bedeutet nicht nur eine Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es geht um eine allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung. Der öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung enthält das Recht auf Lernen in jedem Alter für gesellschaftliche, berufliche, kulturelle oder persönliche Ziele. Dazu gehört die Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Person und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Die pauschale Einführung der Umsatzsteuer auf Kurse der allgemeinen, kulturellen und politischen Weiterbildung würde das Bild einer demokratischen, emanzipatorischen Gesellschaft konterkarieren. Auf lange Sicht müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können. ▮

Magdalena Wille

GEW-Referentin für Weiterbildung

BEAMT/INNEN MIT GESETZLICHER KRANKENVERSICHERUNG

Pauschale Beihilfe wäre eine gerechte Lösung

Foto: takasuu / iStock

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung sollte das Land die Hälfte des Beitrags übernehmen.

Beamt/innen sind in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht versicherungspflichtig, sondern beihilfeberechtigt und daher in der Regel privatversichert. Etwa 1,5 Prozent aller Beamt/innen sind dennoch in der gesetzlichen Krankenkasse versichert. Sie müssen, im Unterschied zu den Arbeitnehmer/innen, die Kosten der gesetzlichen Versicherung zu 100 Prozent selber tragen, da sie keinen Arbeitgeberzuschuss bekommen. Betroffen sind Beamt/innen mit Vorerkrankungen, die in Teilzeit beschäftigt sind, ein geringes Einkommen oder viele Kinder haben. Für sie kann die private Krankenversicherung sehr teuer werden. Dort ist der Beitrag einkommensunabhängig und Familienangehörige können nicht beitragsfrei mitversichert werden. Schon seit Jahren versucht die GEW zusammen mit dem DGB für diese Ungerechtigkeit eine Lösung zu finden. Hamburg hat zum 1. August 2018 die sogenannte pauschale Beihilfe eingeführt.

Damit übernimmt das Land für Beamte, die sich gesetzlich versichern, die Hälfte des Versicherungsbeitrags. Thüringen, Brandenburg, Berlin und Bremen haben das Modell übernommen. Noch vor der Sommerpause führten die GEW und der DGB in Baden-Württemberg dazu Gespräche mit den Fraktionen der Grünen und der CDU. Beide Fraktionen versprachen die ernsthafte Prüfung.

Statt die pauschale Beihilfe einzuführen schlägt der Vorsitzende der Grünen, Oliver Hildenbrand, nun eine Wahlfreiheit vor. Wer neu ins Beamtenverhältnis übernommen wird, soll wählen können, ob er sich privat versichert oder in die gesetzliche Krankenversicherung eintritt. Das nütze vielen und schade niemandem. Der Beamtenbund hält nichts von dieser Regelung und fürchtet eine Einheitsversicherung. Den Anliegen der gesetzlich versicherten Beamt/innen hilft diese Diskussion nicht.

Für den DGB Baden-Württemberg gibt es keine sachlichen Argumente, die gegen eine Einführung der pauschalen Beihilfe in Baden-Württemberg sprechen. Ganz im Gegenteil: Keine Beamtin und kein Beamter wäre gezwungen, zur gesetzlichen Krankenversicherung zu wechseln. Es ist eine Frage der Fairness, dass das Land zügig Ungerechtigkeiten abbaut. Ein weiterer positiver Nebeneffekt wäre, dass dringend benötigte Quereinsteiger/innen in der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben können und nicht von einem Wechsel in ein Beamtenverhältnis Abstand nehmen. //

Inge Goerlich

Vorstandsbereich Tarif-, Beamten- und Sozialpolitik

GEW sucht**GEW-Mitglieder, die bei Kommunalwahlen gewählt wurden**

Wir wollen GEW-Mitglieder, die in Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage gewählt wurden, immer mal wieder mit Informationen versorgen. Wir bitten Betroffene, sich bei uns zu melden.

Schickt eure Antworten bitte an:
info@gew-bw.de

GEW lädt ein**Fachtagung****Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln**

Arbeitsbedingungen unter der Lupe

21.11.2019, 10:00 – 15:00 Uhr,
Hospitalhof Stuttgart

> Impuls von Professor Bernd Rudow – er veröffentlichte 2017 das Buch „Beruf Erzieherin/Erzieher – mehr als Spielen und Basteln“ und nimmt die Arbeit der Fachkräfte in Bezug auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit unter die Lupe und analysiert die Diskrepanz zwischen Anforderungen und Arbeitsbedingungen in den Kitas, einem Arbeitsfeld, das immer mehr an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnt.

> World Café – moderierter Austausch zu den Arbeitsbedingungen zukünftiger Kitas und anschließender Erarbeitung eines Forderungspapiers

WWW.



Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.gew-bw.de/fachtag-kitas

Leseverträge

Der Lesevertrag ist eine Vereinbarung zwischen der Lehrkraft und dem Kind und soll regelmäßiges häusliches Lesen anregen.

Burkhard Fries hat eine aktualisierte Fassung des Lesevertrags für das neue Schuljahr erarbeitet.

WWW.



Download unter:
www.gew-bw.de/lesevertraege

LEHRKRÄTFORTBILDUNG

Land unter zum Schuljahresanfang

Zum Schuljahresbeginn können sich Lehrkräfte nicht zu Fortbildungsveranstaltungen anmelden, geplante Fortbildungen lassen sich erst gar nicht anlegen. Bei Problemen fehlen Ansprechpartner/innen und Verantwortlichkeiten sind ungeklärt. Wo liegen die Ursachen für die Probleme, und was muss getan werden?

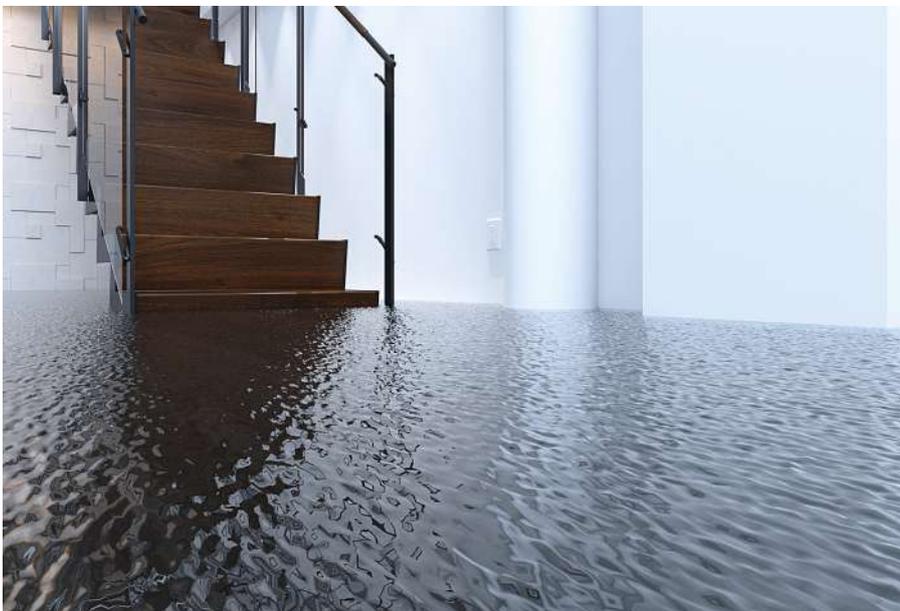


Foto: anurdongel/iStock

Im Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) ist so manches unter Wasser.

Seit März 2019 ist das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) für die Lehrerfortbildung verantwortlich. Zuvor waren die Landesakademie für Lehrerfortbildung für die landesweite und die Staatlichen Schulämter und Regierungspräsidien für die regionale Lehrerfortbildung zuständig. Die Akademiestandorte sind zu Außenstellen des ZSL geworden und werden von der Zentrale gesteuert. Die Planung und Organisation der regionalen Fortbildung ist jetzt Aufgabe der neu eingerichteten sechs Regionalstellen des ZSL. Die neue Struktur muss erst aufgebaut werden und ist bislang nur eingeschränkt arbeitsfähig. Deshalb wurden die Staatlichen Schulämter und die Regierungspräsidien beauftragt, das

Fortbildungsprogramm für das Schuljahr 2019/20 zu planen, obwohl das Personal teilweise nicht mehr vorhanden war. Seit 11.09.2019 verwalten die Regionalstellen des ZSL das regionale Fortbildungsprogramm.

Einführung einer neuen Software

Zeitgleich mit der Umstrukturierung haben das Kultusministerium (KM) und das ZSL die neue Software „LFB-online“ zur Planung und Organisation der Fortbildungen eingeführt. Das neue Programm ist mit dem bisherigen nicht kompatibel, so dass Daten aus dem bisherigen Programm nicht übernommen werden können. Mitarbeiter/innen in der Schulverwaltung wurden für das

neue Programm geschult, obwohl sie diese Aufgaben nur noch wenige Monate wahrnehmen sollten. Der Hauptpersonalrat für den außerschulischen Bereich (HPR asB) hat seit Monaten Bedenken geäußert, eine neue Software, deren Funktionalitäten noch nicht fertig entwickelt und schon gar nicht getestet sind, während der Umstrukturierung übereilt einzuführen. Die Projektverantwortlichen im KM und ZSL waren jedoch von der Qualität und Funktionsfähigkeit des neuen Programms überzeugt und versicherten wiederholt, dass alles bestens vorbereitet sei. Der HPR asB hat deshalb der Inbetriebnahme der Software nur unter Zurückstellung seiner Bedenken und mit Bedingungen zum Schutz der Mitarbeiter/innen vor Überlastung vorläufig zugestimmt.

Zentralisierung des Angebots

Die Mitarbeiter/innen in den Regierungspräsidien und den Staatlichen Schulämtern hatten auftragsgemäß die jetzt startenden Fortbildungsveranstaltungen für ihre jeweilige Region geplant. Sie erfuhr kurz vor der Sommerpause, dass es für das Schuljahr 2019/20 keine regionalen Kataloge mehr geben wird, sondern eine landesweite Datenbank. Die Anmeldung zur regionalen Fortbildung ist nun landesweit möglich. Völlig ungeklärt ist jedoch, wer Teilnehmer/innen zulässt, wie Personalräte eingebunden werden und wer die Reisekosten übernimmt. Da die Veranstaltungen für das neue Schuljahr regional geplant wurden und jetzt zentral angeboten werden, fehlt dem Programm jegliche Struktur und Konsistenz.

Fehlende Steuerung des Übergangs

Für eine so einschneidende Veränderung der Zuständigkeiten, der Administration und der Rahmenbedingungen für die Lehrerfortbildung wäre ein sorgfältiges Projektmanagement erforderlich gewesen. Das ist jedoch derzeit nicht vorhanden. Die Leitung des ZSL ist landesweit unterwegs, um Visionen zu verkünden. Die Mitarbeiter/innen vor Ort, so sie denn vorhanden sind, handeln mit großem persönlichem Einsatz und in guter Absicht, aber weitgehend unkoordiniert. Das Chaos war vorhersehbar. Gerade die bessere Steuerung der Themen und der Angebote für die Fortbildungen sollten die Qualität verbessern. Stattdessen verschlechtert sich die Unterstützung der Lehrkräfte gerade kontinuierlich.

Berufsbild für

Aus- und Fortbildner/innen fehlt

Obwohl das neue Berufsbild seit Monaten angekündigt wird, gibt es noch immer keine Anhaltspunkte, wie sich die Arbeit der Aus- und Fortbildner/innen in Zukunft gestalten wird, wie viele Personen gebraucht werden und wie sie für ihre qualifizierte Arbeit entlohnt werden sollen. In den regionalen Informationsveranstaltungen für die Fachberater/innen des gehobenen Dienstes blieben viele Fragen offen. Die Leitung des ZSL verkündet eine künftig weitgehend informelle Struktur von Landesfachteams, ohne dass die Rahmenbedingungen für deren Arbeit geklärt wären. Auch die Honorierung dieser Tätigkeit ist unklar. Das zum Schuljahresbeginn entstandene Chaos in der regionalen Lehrerfortbildung hat folglich vielfältige Ursachen. Hinzu kommt ein Wasserschaden, der seit Mitte September die Zentrale des ZSL und die Regionalstelle Stuttgart voraussichtlich für Monate unbenutzbar macht. Das KM hat seine Steuerungsaufgaben bei der Lehrerfortbildung fast vollständig an das ZSL abgegeben. Wegen unzureichender Rahmenbedingungen kann das ZSL die Aufgaben

nicht ausreichend wahrnehmen. Die Leitung des ZSL erweckt den Eindruck, dass sie am „großen Wurf“ interessiert ist, dass sie aber die Probleme vor Ort und in den Regionen nicht kennt und auch nicht wahrnehmen will.

Wenn Kultusministerin Susanne Eisenmann eine Qualitätsverbesserung in der schulischen Bildung verspricht, darf sie die Augen vor den aktuellen Problemen in der Lehrerfortbildung nicht verschließen. Sie muss schnellstmöglich dafür sorgen,

Kommentar *Qualitätsentwicklung ohne Plan*

Kultusministerin Susanne Eisenmann bestand auf der überhasteten Umsetzung des neuen Qualitätskonzepts zum 1. März 2019. Ein öffentlich sichtbarer Erfolg war wichtiger als eine gründliche Vorbereitung. Eine Vorstellung, wie die bisherigen in die neuen Zuständigkeiten überführt werden, gab es nicht. Klar war nur die Vorgabe, dass das neue Qualitätskonzept kostenneutral umgesetzt werden muss. Deshalb fehlen jetzt Konzepte, Geld und Personen. Nur ein Beispiel: Fachberater/innen müssen einmal wöchentlich ans ZSL oder zu einer Regionalstelle fahren, um ihre E-Mails zu bearbeiten. Das ist unprofessionell.

Jetzt haben wir eine schwierige Situation. Bestehende Strukturen wurden zerschlagen, bevor neue aufgebaut sind. Unprofessionelle Stellenbesetzungsverfahren lösen massiven Frust bei den Beteiligten aus. Aufgaben werden umgeschichtet, um sie danach umgehend wieder an die ursprünglich zuständige Stelle zurückzugeben. Das liegt nicht nur am Wasserschaden des ZSL. Wahrscheinlich müssen jetzt bald Hochglanzbroschüren und konzeptionelle Eintagsfliegen den Eindruck eines positiven Prozesses vermitteln.

Doro Moritz
GEW-Landesvorsitzende

Für die GEW ist klar, dass die 6 Regionalstellen des ZSL nicht in der Lage sein werden, eine schulnahe, am Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte orientierte Fortbildung zu gewährleisten. Die Regionalstellen sind personell viel zu schlecht ausgestattet, um die vielen Aufgaben, die ihnen zugedacht sind, wahrnehmen zu können. Die Zentrale des ZSL wird dies nicht kompensieren können. Die GEW wiederholt deshalb den Vorschlag, die Seminare für Lehrerausbildung und für Lehrerfortbildung zu „regionalen didaktischen Zentren“ weiterzuentwickeln. Dies wird jedoch nicht möglich sein, wenn man sie personell ausdünn und ihre Leistungen schwächt.

dass die zuständigen Einrichtungen, insbesondere das ZSL und seine Regionalstellen, personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Die wichtigsten Personen, die Aus- und Fortbildner/innen müssen endlich erfahren, unter welchen Rahmenbedingungen sie ihre Arbeit zukünftig leisten sollen. Die GEW fordert, dass Fachberater/innen im gehobenen Dienst wie die im höheren Dienst, anstatt einer Zulage von 38,81 Euro im Monat, ein Beförderungsamts bekommen. **■**

Wolfgang Straub

Stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Schulaufsicht, Schulverwaltung, Seminare, Schulpsychologie

SCHULE



RÜCKBLICK ALS GEWERKSCHAFTLER

Einschneidende Jahre

Wie sieht man Schule im Rückblick?

Wie bewerten Schüler/innen, die ihre Schullaufbahn längst abgeschlossen haben oder Lehrkräfte, die im Ruhestand sind, ihre Zeit an der Schule? Rainer Dahlem war Schüler, Lehrer und hat einst als Chef der GEW jahrelang politisch Einfluss auf Schule genommen. Er lässt 73 Jahre Revue passieren.

RÜCKBLICK ALS GEWERKSCHAFTLER

Bei meinem persönlichen Rückblick verbinde ich biografische, politische und gewerkschaftliche Aspekte miteinander. Erst beim Schreiben wird mir bewusst, wie stark meine Biografie mit den politischen Entwicklungen verknüpft war und ist.

1946

Als ich im Dezember des „Hungerwinters“ 1946/47 geboren wurde, ahnte und wusste niemand, dass dies ein bildungspolitischer Glücksfall war, denn der erste Nachkriegsjahrgang war – mit 600.000 Geburten in den drei Westzonen, also der späteren Bundesrepublik Deutschland – einer der schwächsten Geburtenjahrgänge überhaupt, mit der Folge, dass ich – im Gegensatz zu den Kriegsjahrgängen – immer das Privileg hatte, in kleinen Klassen unterrichtet zu werden. Ich erinnere mich noch gut, dass wir am Ende des Progymnasiums gerade mal elf Jungen und sechs Mädchen in der Klasse waren. Dass mich das Thema Klassengrößen, Klassenteiler und damit verbunden die Einstellung von genügend Lehrerinnen und Lehrern fast mein ganzes Leben begleiten würde, konnte damals natürlich niemand ahnen.

1953

Einschulung in Oberndorf am Neckar, das damals noch zum Regierungsbezirk Württemberg-Hohenzollern gehörte. Die Volksschulen – es gab ja noch keine Grund- und Hauptschulen – waren konfessionell getrennt und das Schuljahr begann

nach den Osterferien. Das Bundesland Baden-Württemberg war gerade mal ein Jahr alt. Es gab einen erbitterten politischen Streit um die Erhaltung bzw. Abschaffung der Konfessionsschulen und damit verbunden auch um die konfessionell orientierte Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

Als Kinder haben wir es nicht wirklich verstanden, warum wir nachmittags gemeinsam spielen durften und vormittags getrennt lernen mussten – die Trennung hatte aber schon auch Auswirkungen auf den Alltag. Wer weiß, vielleicht rührt daher meine Abneigung, Kinder in der Schule nach irgendwelchen fragwürdigen Merkmalen zu trennen.

Die Pädagogischen Hochschulen übrigens wurden erst 1969(!) entkonfessionalisiert. Bis dahin gab es in Baden-Württemberg sechs simultane und drei konfessionelle Hochschulen.

1957

Wechsel in das Progymnasium Oberndorf nach bestandener Aufnahmeprüfung, versteht sich. Allenfalls 10 Prozent eines Jahrgangs besuchten damals das Gymnasium. 1958 war bildungspolitisch ein ausschlaggebendes Jahr. Der Landtag verabschiedete das Lehrerbildungsgesetz, das die Weiterentwicklung der Seminare zur Volksschullehrerausbildung zum Inhalt hatte und damit die Gründung der Pädagogischen Hochschulen vorsah. Für die GEW Baden-Württemberg war dies einer der größten Erfolge, denn es bedeutete nicht nur, dass Volksschullehrerinnen und -lehrer künftig wissenschaftlich ausgebildet werden müssen, sondern das Gesetz hatte auch materielle Verbesserungen zur Folge – besonders hinsichtlich der Bezahlung. Andererseits zementierte es natürlich das hierarchisch gegliederte Schulsystem in Baden-Württemberg. Die Gleichstellung der Lehrämter unabhängig von der Schulart ist nach wie vor in weiter Ferne. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Besoldung der Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen zeigt dies.

Kein Wunder also, dass mich die Diskussion um eine Reform der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern fast mein ganzes Leben lang begleitet hat – während des Studiums an der Pädagogischen Hochschule, als AStA-Vorsitzender und später als Kreis- und Landesvorsitzender der GEW.

Einmal waren wir ganz nahe dran an diesem wichtigen Reformschritt. Während der großen Koalition von CDU/SPD von 1992 bis 1996 berief die Landesregierung eine unabhängige Kommission „Lehrerbildung 2000“, deren einstimmige Empfehlung die Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten war, wie dies übrigens in fast allen anderen Bundesländern längst stattgefunden hatte. Der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel aber lehnte entschieden ab, obwohl auch in der CDU die Bereitschaft erkennbar war, diesen Reformschritt zu vollziehen. So einfach funktioniert Politik manchmal, ohne Rücksicht auf die einhellige Meinung der Fachleute.

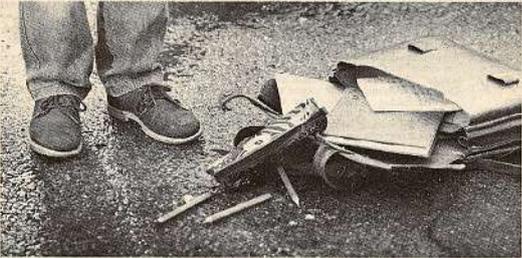
Auch diese Erfahrung muss man im Laufe eines langen und politisch aktiven Lebens machen!

1964

Mein Schulwechsel von Oberndorf nach Rottweil in das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium wäre der Erwähnung nicht wert, wenn das Jahr 1964 mit Blick auf bildungspolitische Entwicklungen nicht ein sehr einschneidendes gewesen wäre. Georg Picht veröffentlichte sein Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe“. Was darauf folgte, war eine Reformdebatte für eine offensive und reformorientierte Bildungspolitik. Einige Schlagworte sollen genügen: Erhöhung der Bildungsbeteiligung („Schick dein Kind länger auf bessere Schulen“), der Abbau von Bildungsbenachteiligung (dafür steht das Schlagwort vom „katholischen Landarbeitermädchen“), Förderung von Kindern statt Auslese und damit die Gründung von Gesamtschulen, in denen die Kinder länger gemeinsam lernen, und eine Demokratisierung des Bildungssystems.

Die Folge dieser Reformdiskussion war ein gewaltiger Ausbau des Bildungswesens insgesamt und auch der weiterführenden Schulen, begleitet von einem riesigen Lehrermangel. Dass in Baden-Württemberg, z. B. 1968 durch die Einführung der eigenständigen Hauptschule und den Ausbau der Realschulen, Gymnasien und der beruflichen Vollzeitschulen das gegliederte Schulwesen zementiert und noch weiter zersplittert wurde, war im konservativ geprägten Baden-Württemberg – trotz der

DIE POLITIKER HABEN ABGEWINKT.



WEN HABEN KINDER JETZT NOCH ALS LOBBY?

LEHRERINNEN UND LEHRER ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG: ARBEITSNIEDERLEGUNG 2.2.1994

Die Politik hat versagt: Die Bildung unserer Kinder ist derzeit nicht wichtig genug - Versprechen werden nicht eingehalten, mit kalter Arroganz haben CDU und SPD die Koalitionsvereinbarung zur Lehrerverbesserung getrocen. Das ist nur der Anfang. Die 1000 zusätzlichen Lehrerstellen im Herbst 1994, die zur Sicherung der Unterrichtsversorgung dringend gebraucht werden, sollen stillschweigend verfallen. Dagegen wehren sich die baden-württembergischen Lehrerinnen und Lehrer am 2. Februar mit einer Arbeitsniederlegung. Wir bitten Sie um Ihr Verständnis - im Interesse unserer Kinder!

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Lazarettstraße 10, 70182 Stuttgart



Zeitdokument aus dem Jahr 1994 (Südkurier)

Kritik und der Proteste der GEW und anderer Reformkräfte – nicht zu verhindern.

Für einen jungen Menschen aus sozialdemokratisch geprägtem Elternhaus war klar, dass ich mich auch während des Studiums an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg – damals ganz neu erbaut und architektonisch eine Vorzeige-Hochschule – politisch und sozial engagiere. Wir kämpften für eine bauliche Erweiterung, für Drittelparität in den Hochschulgremien und das politische Mandat der Studierendenschaft.

Eine Anekdote am Rande: Als AstA-Vorsitzender war ich natürlich auch beim Bau des ersten Studentenwohnheims in Ludwigsburg beteiligt. Und bei der Erstbelegung schafften wir es „klammheimlich“, die Stockwerke

mit Studierenden beiderlei Geschlechts zu belegen, was den damaligen Rektor ziemlich entsetzt hat. Man sieht daran, dass solche Kleinigkeiten im Rückblick durchaus ihren Reiz haben. In die Zeit meines Studiums übrigens fällt auch mein Eintritt in GEW und SPD – nämlich 1969.

Natürlich wird man bei seiner Berufswahl gerne gefragt, warum man ausgerechnet diesen Beruf gewählt hat. Meine Antwort fällt pragmatisch aus: Da gab es zum einen ein Gutachten der Berufsberatung, zum anderen aber auch den finanziellen Zwang, ein relativ kurzes Studium zu wählen. Meine Eltern konnten sich eine langwierige Ausbildung nicht leisten. Dass ich trotz einer eher mäßigen schulischen Karriere Studienförderung nach dem Honnefer-Modell mit Höchstsatz von 290 DM erhalten habe, hat die Sache erheblich erleichtert. Auch wenn ein Teil der Förderung nur als Darlehen gewährt wurde. Deshalb setze ich mich bis zum heutigen Tag dafür ein, dass Bildungsbeteiligung am Geldbeutel der Eltern nicht scheitern darf, weder in Kitas noch bei den Lernmitteln und auch nicht im Studium.

Eines kann ich mit Blick auf meine Studienwahl ausschließen: ein Lehrer/eine Lehrerin, der/die mich so begeistert und fasziniert hätte, dass ich unbedingt auch Lehrer werden wollte. Eher das Gegenteil war der Fall. Die meisten Lehrer – im Gymnasium

waren es nur Männer und diese mögen es mir verzeihen – haben eher abschreckend gewirkt, was bei mir immerhin zu dem Vorsatz geführt hat, es später anders machen zu wollen und für eine bessere und menschlichere Schule zu kämpfen. Ob mir dies gelungen ist, können natürlich nur meine Schülerinnen und Schüler beurteilen.

Eine Ausnahme vielleicht: Meine Grundschullehrerin in der ersten und zweiten Klasse hat mir erlaubt – damals ziemlich ungewöhnlich – mit der linken Hand zu schreiben und hat mich nicht gezwungen, rechts zu schreiben. Positiv und politisch formuliert: Sie hat mein Anderssein akzeptiert!

1976

Als es mich nach der Zusatzausbildung zum Berufsschullehrer nach Heilbronn verschlug, begann mein gewerkschaftliches Engagement. Es waren unruhige Zeiten. Einerseits war die GEW noch stark von der Tradition der Lehrervereine geprägt, andererseits traten viele junge Lehrerinnen und Lehrer neu ein. Die GEW öffnete sich für alle Schularten; die Öffnung für alle Bildungsbereiche erfolgte erst später. Die Mitgliederzahlen stiegen stark. Ende der 1970er-Jahre hatte die GEW Baden-Württemberg fast 40.000 Mitglieder.

Dass in einem Kreisverband ein Berufsschullehrer zum Vorsitzenden gewählt wurde, war vielen suspekt und wenn ich mich recht erinnere, war ich der erste Berufsschullehrer, der in eine solche Funktion gewählt wurde. Entsprechend misstrauisch wurde ich dann auch beobachtet.

Dass die GEW heute Mitglieder aus allen Bildungsbereichen organisiert und für sich zurecht die Bezeichnung „Bildungsgewerkschaft“ reklamiert, ist gut, und ich hoffe, diese Entwicklung, z. B. durch den Ausbau der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen, nach Kräften unterstützt zu haben. Die Entwicklung vom Lehrerverein zur Bildungsgewerkschaft war nicht unumstritten, ist aber, und davon bin ich überzeugt, richtig und nicht mehr umkehrbar.

1991

Nach den gewerkschaftlich schwierigen 1970er- und 1980er-Jahren wählte mich die Landesdelegiertenversammlung zum Landesvorsitzenden – es war wohl die erste und bis heute letzte Kampfabstimmung für diese Funktion.

Nach schwierigen Jahren, die geprägt waren von einer hohen Arbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern, vom Kampf um eine bessere Unterrichtsversorgung und damit mehr Lehrerstellen, von einem Kultusminister, der sich offensichtlich zum Ziel gesetzt hatte, die GEW um jeden Preis kleinzukriegen, und vom Kampf der GEW um Teilhabe an der Arbeitszeitverkürzung, ging es auch und vor allem darum, auszugleichen und wieder ein geordnetes Verhältnis zur Landesregierung und zum Kultusministerium zu entwickeln.

Für eine Demokratie unvorstellbar und inakzeptabel: Der Kultusminister verhängte in den 1980er-Jahren eine Kontaktsperre zwischen Ministerium und GEW. Dass heute wieder

ein normales, von gegenseitigem Respekt geprägtes Verhältnis zwischen Landesregierung und GEW besteht, ist gut und war damals nur schwer möglich.

Dennoch: ein abgeblasener Streik zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderung nach Deputatssenkung 1994 hat uns fast zerrissen. Alle Vorbereitungen waren getroffen, in allen Tageszeitungen waren Anzeigen geschaltet. Aber, als wir feststellten, dass die Streikbeteiligung unter unserem selbst gesteckten Ziel bleiben würde, bliesen wir alles ab. Aus heutiger Sicht: Das war ein Fehler. Wir hätten den Streik durchführen sollen, nicht nur um zu zeigen, dass Lehrerinnen und Lehrer trotz ihres Beamtenstatus bereit sind für ihre Interessen zu kämpfen, sondern auch um des Selbstbewusstseins der GEW willen.

Dennoch wurden die 1990er-Jahre noch ganz erfolgreich. Unsere Initiative für einen Beschäftigungspakt, an dessen Ende das Vorgriffstundenmodell der GHRS-Lehrer/innen stand, führte in einer Zeit, in der die Landesregierungen die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer drastisch erhöhten, in Baden-Württemberg für stabile Deputate über einen Zeitraum von 15 Jahren.

Die Mitgliederzahlen stiegen wieder – der Tiefpunkt war 1991 mit 32.000 Mitgliedern.

2008

Nach 17 Jahren GEW-Landesvorsitz wurde Doro Moritz zu meiner Nachfolgerin gewählt.

Ein Rückblick darf auch kritisch enden. Was ich in meiner langen Tätigkeit in der GEW nicht geschafft habe: Eine zukunfts- und lösungsorientierte Diskussion darüber zu führen, wie die Arbeit und damit die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern anders, besser und damit gerechter bewertet werden kann und dabei die gesamte Tätigkeit und nicht nur das Abhalten von 45-Minuten-Stunden in den Blick genommen wird.

2019

Zum guten Schluss: Die GEW Baden-Württemberg steht heute so gut da wie noch nie. Wer 1991 gewagt hätte zu sagen, dass wir 2019 50.000 Mitglieder haben, der wäre damals für verrückt oder größenwahnsinnig erklärt worden. Auch wenn Mitgliederzahlen nicht der einzige Maßstab sind, so sind sie doch ein Beleg für eine hohe Akzeptanz. Darauf darf, ja muss man stolz sein, trotz der ungelösten Probleme und der gelegentlichen Misserfolge.

Ich bin es jedenfalls – vor allem aber habe ich von der gewerkschaftlichen Arbeit enorm profitiert und auch viel gelernt, was die Schule bei mir nicht wirklich geschafft hat. ■



Rainer Dahlem
GEW-Landesvorsitzender von 1991 bis 2008

RÜCK BLICK SCHÜLER/INNEN

RÜCKBLICKE VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN

An welche Lehrkräfte man sich erinnert

Erstaunlich ist, wie präsent die eigene Schulzeit bleibt, selbst nach 30, 40 Jahren.

Oft sind die Erinnerungen positiv, manchmal auch verstörend. Lehrkräfte, die ermutigen, die Begeisterung auslösen oder im schlechten Fall verletzen, bleiben ein Leben lang im Gedächtnis.

b&w-Redakteurin Maria Jeggle hat ein paar Episoden gesammelt.

Der Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir (Grüne) ist im Juli 2019 von der Uni Tübingen für die „Rede des Jahres“ ausgezeichnet worden. Er hatte in einer Rede im Bundestag die AfD auseinander genommen. Özdemir widmete seinen Rhetorik-Preis seinem Deutschlehrer. Dieser Lehrer habe ihn gut aufs Leben vorbereitet, berichtete er bei der Preisverleihung. Der Politiker ist 53 Jahre alt und erinnert sich immer noch an den Lehrer, der an ihn geglaubt und ihn unterstützt hat. Beispiele für prägende Erlebnisse mit einer Lehrerin oder einem Lehrer lassen sich viele finden.

Ute Kratzmeier, die GEW-Referentin für allgemeine Bildung, hat heute ein Faible für Zahlen. Sie freut sich, wenn sie Statistiken auswerten kann und mit Excel-Tabellen zu neuen Erkenntnissen gelangt. Es hätte auch anders kommen können. „Bis zur 8. Klasse war ich schlecht in Mathe“, erzählt Kratzmeier. Dann wechselte ihr Lehrer, und ihr hat das Fach sofort Spaß gemacht. „Ich weiß nicht mehr, wie der Lehrer methodisch vorgegangen ist, ich erinnere mich nur daran, dass er sehr ruhig war und uns allen das Gefühl gegeben hat, Mathe kann jeder“, berichtet die Referentin. Nach über 40 Jahren fällt ihr auch sofort wieder ein, wie ihr damaliger Mathelehrer hieß, und sie weiß natürlich noch, dass ihre Noten bei dem Lehrer deutlich besser wurden. Noch

zwei weitere Lehrer haben Kratzmeiers Lebensweg beeinflusst. „Ohne meinen Lehrer Frank Osterlow wäre ich wahrscheinlich kein Mitglied bei den Grünen“, erzählt sie. Sie erinnert sich noch gut an eine Klassenfahrt zu der Öl-Raffinerie nach Karlsruhe. Auf der Busfahrt dahin habe ihr Klassenlehrer gesagt, man müsse bei der riesigen Anlage auch an die Umwelt denken. Den Film „Smog“ von 1973 über eine fiktive Smogkatastrophe im Ruhrgebiet verstärkten die zarten Anfänge für ihr umweltpolitisches Bewusstsein. Später meinte ihr Lehrer in Warenkunde an der beruflichen Schule in Bruchsal, dass sie nach ihrer Ausbildung aufs Wirtschaftsgymnasium wechseln soll. Sie ist seiner Empfehlung zwar nicht gefolgt, der Zuspruch und das Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit hat sie trotzdem getragen. Ute Kratzmeier hat Jahre später mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung studiert und promoviert.

Lehrkräfte als Vorbilder

So manche Lehrkraft ergreift den Beruf, weil der eigene Lehrer oder die eigene Lehrerin Vorbild war. Ruth Schütz-Zacher, Konrektorin einer Realschule und GEW-Kreisvorsitzende in Donaueschingen berichtet, sie habe Biologie studiert, weil sie vom Unterricht ihres Biologielehrers begeistert war. Er habe



SCHÜLER PRÄGT

auch schwierige Themen wie Genetik oder Immunbiologie gut erklären können und er habe stets aktuelle Materialien genutzt. Gelingt es ihr als Biologielehrerin heute auch, Schüler/innen für das Fach nachhaltig zu motivieren? „Schwer zu beurteilen“, sagt sie, bei den letzten 10.-Klässler/innen beispielsweise habe sie schon das Gefühl gehabt, einige Schüler/innen gut zu erreichen. Ob ein Anstoß langfristig wirke, müssten die Schüler/innen beurteilen, und die merkten es oft erst nach der Schule. Schütz-Zacher hat ihrem damaligen Lehrer nie rückgemeldet, dass er die Saat für ihre lebenslange Begeisterung gelegt hat. „Schade eigentlich“, bedauert sie heute, „es ist als Lehrkraft schön zu wissen, was man bewegen und bewirken kann.“ Ich habe ihren Biologielehrer angerufen. Wolf Sandberg heißt er, mittlerweile im Ruhestand. Überrascht war er nicht, zu erfahren, dass es ihm gelungen war, bei Ruth Zacher eine Begeisterung für sein Fach zu wecken. „Als Lehrer merkt man in jeder viertel Stunde, ob im Unterricht was geht“, sagt er, aber er will sich nicht anmaßen, ganze Lebensläufe beeinflussen zu können. „Wenn ehemalige Schüler/innen mir sagen, ‚es war gut bei Ihnen‘, dann ist das eine Belohnung für viel Arbeit, und ich ahne, dass ich viel richtig gemacht habe“, erläutert er. Der ehemalige Realschullehrer wollte seinen Schüler/innen zeigen:

Die Welt ist faszinierend, es gibt was zum Staunen und zum Entdecken. Sie sollen spüren, es ist erstrebenswert zu lernen.

Jungen schlecht behandelt

Fragt man in seinem Umfeld einfach mal rum, dann hat jeder sofort eine Geschichte aus seiner Schulzeit im Kopf. Selbstverständlich sind nicht alle Erlebnisse positiv. Ich stamme aus einem 1.000-Seelen-Dorf aus dem Kreis Biberach. Ab Klasse 5 wurden Anfang der 70er-Jahre die Schüler/innen aus drei Dörfern in die Hauptschule des größten geschickt. Wir waren über 40 Schüler/innen in einer Klasse, der Klassenlehrer war sehr jung. Meine Noten wurden bei ihm schnell besser, die einiger Jungen schlechter. Manche Schüler hat er regelmäßig vor der Klasse gedemütigt. Ein fehlender Gruß hat für eine Standpauke genügt. Selbst beim Klassentreffen 40 Jahre danach bekommen grauhaarige Männer rote Köpfe, wenn der Name des Lehrers fällt. Voller Genugtuung erzählen sie, wie sie den Lehrer Jahre später auf einem Dorffest verprügelt haben. Richtig war das nicht, aber der Lehrer hat keine Anzeige erstattet. Mein Bruder hat seine eigenen Kinder auf eine Privatschule geschickt, weil der Lehrer an dieser Hauptschule immer noch da war. Mädchen ging es meist gut bei ihm. Mir auch. Ich

hatte mal in einem Aufsatz geschrieben, dass ich gerne auf ein Internat ginge. In unserer Nähe gab es ein Aufbaugymnasium mit Heim, in das man nach der 7. oder 8. Klasse Hauptschule wechseln konnte. Zu meiner Überraschung hat der Lehrer mit meinen Eltern gesprochen und ich habe dort tatsächlich Abitur gemacht. Ohne seine Initiative sähe mein Lebenslauf anders aus.

Wie viel Einfluss haben Lehrkräfte?

So sehen Momentaufnahmen aus Erinnerungen aus. Aber wie viel Einfluss haben Lehrer wirklich? Der Gymnasiallehrer Michael Felten schrieb 2014 in der „Zeit“: „Ich hatte mir immer vorgestellt, dass ich als Lehrer die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sinnvoll und nachhaltig beeinflussen könnte. Wenn ich mir aber ansehe, was über die Jahre aus meiner täglichen Arbeit wird, erscheint mir das doch schon ziemlich fraglich.“

Einer Allensbach-Studie von 2011 zufolge ist fast die Hälfte der Lehrkräfte der Meinung, dass sie nur wenig bis keinen Einfluss auf Schüler/innen haben. Einen sehr großen Einfluss dagegen haben nach Einschätzung der Lehrkräfte die Medien (69 Prozent), der Freundeskreis (68 Prozent) und mit deutlichem Abstand die Eltern (31 Prozent). Lediglich acht Prozent der Lehrer/innen sagen von sich selbst, dass sie sehr großen Einfluss haben.

Die Greifswalder Erziehungswissenschaftlerin Diana Raufelder kam 2017 mit einer Studie auch zu dem Ergebnis, dass die Motivationskraft der Lehrkräfte nicht sehr groß ist. Nur zu einem kleinen Teil können sie ihre Schüler/innen zu einem Thema begeistern. Sie hat untersucht, woher Achtklässler/innen ihre Lernmotivation beziehen. Nur bei 10 Prozent der deutschen Schüler/innen ist sie lehrerabhängig. Für ein Drittel ist dagegen die Beziehung zu ihren Mitschülern ausschlaggebend, 29 Prozent der Schüler motivieren sich selbst zum Lernen.

Michael Felten kommt allerdings zu einem ähnlichen Schluss wie Ruth Schütz-Zacher und schreibt: „Anstöße von heute werden oft erst sichtbar oder wirksam, wenn die Schüler unseren Gesichtskreis verlassen haben. Und überhaupt ist schwer einzuschätzen, wie sich ein junger Mensch ohne unser Dazutun entwickelt hätte.“ Und sein Fazit lautet: „Tatsächlich aber sind sie [die Lehrkräfte] nicht nur Ermöglicher neuer Einsichten, sie können auch Entzündung von Interessen sein, Leitplanke für Strauchelnde, Brückenbauer für Unsichere, Weichensteller an Scheidewegen – letztlich eben doch nichts Geringeres als Menschenbildner. Und es gibt nicht viele Berufe, die derlei von sich behaupten können.“ An den zahlreichen Kommentaren zu diesem Artikel lässt sich ablesen, es gibt immer zwei Seiten. Eine Frau schreibt: „Liebe Lehrer, ihr seid wichtig. Ihr motiviert, begeistert, stärkt, seid Vorbild.“ Jemand anders notiert: „Ausgerechnet von einem Lehrer, dessen Horizont in den meisten Fällen von ‚Schule -> Uni -> Referendariat -> Schule -> Verbeamtung‘ gebildet wird, kann man nur in Ausnahmefällen neue geistige Horizonte erwarten.“

Wie auch immer die Urteile und Erinnerungen aus Schülerperspektive ausfallen, viele Lehrkräfte prägen ihre Schüler/innen im Guten wie im Schlechten. Das ist Last und Lust zugleich und vor allem eine große Verantwortung. ▀



Maria Jeggle
b&w-Redakteurin

**„... Lehrkräfte
sind nicht nur Ermöglicher
neuer Einsichten,
sie können auch
Entzündung von Interessen sein,
Leitplanke für Strauchelnde,
Brückenbauer für Unsichere und
Weichensteller an Scheidewegen sein.“**

Michael Felten, Gymnasiallehrer

RÜCKBLICK EINER LEHRKRAFT

Eine erfüllende Zeit dank vieler Freiräume

Der Grundschullehrer Bernd Rechel blickt zehn Jahre nach seinem Ruhestand und kurz vor seinem 75. Geburtstag auf 42 Lehrerjahre zurück. Seine Rückschau führt in eine Zeit, als es noch Volksschulen gab, streift immer wieder wegweisende bildungspolitische Veränderungen und beschreibt, was ihn frustriert, erfreut und ermutigt hat.

Meine Berufswahl fiel in eine Zeit des bildungspolitischen Aufbruchs, und der motivierte mich zum Lehrerstudium. Es war eine Artikelserie des Heidelberger Pädagogen und Religionsphilosophen Georg Picht, die 1964 breite bildungspolitische Diskussionen auslöste. Pichts Kritik unter der Überschrift „Die Bildungskatastrophe“ galt der Erstarrung des Bildungswesens in der sich konsolidierenden Bundesrepublik und der Bildungsbenachteiligung junger Menschen vor allem in ländlichen Regionen. In eine ähnliche Richtung zielte Ralf Dahrendorfs 1965 erschienenes Buch „Bildung ist Bürgerrecht“. Bildung wurde zur Zukunftsfrage, schon damals und bis heute – auch für mich.

Von Heidelberg ging ich 1967 nach dem PH-Studium aufs Land an die Volksschule in Eisingen, ein kleiner Ort, den ich erst einmal auf der Landkarte suchen musste. Immerhin stadtnah bei Pforzheim und nur eine Autostunde von Mannheim, meiner Heimatstadt, entfernt. Dennoch ein Kulturschock: Eine alte Volksschule in einem Gebäude in einem unbeschreiblichen Zustand und einer archaischen Ausstattung. Als Berufsanfänger unterrichtete ich in einem Kurzschuljahr parallel eine dritte und vierte Klasse, aus der damals vier von 30 Kindern aufs Gymnasium gingen. Danach kam ich in eine erste Klasse, auf die ich durch ein breites und fundiertes Studium des Anfangsunterrichts gut vorbereitet war. Die Praxis allerdings gestaltete



sich mühsam: Für die Herstellung einer Eigenfibel trieb ich einen Spiritus-Umdrucker auf, der verstaubt und eingetrocknet in den spärlich bestückten Inventarregalen der Schule stand. Immerhin war der Neubau eines Schulhauses mit einer zukunftsweisenden Architektur und einer Aula als Mitte des Schullebens bereits weit gediehen.

Aufbruchsstimmung über die Dorfschule hinaus

Einschneidende, doch dringend notwendige Veränderungen brachte die Struktur- und Bildungsreform in Baden-Württemberg 1968, mit der Volksschulen zu Grund- und Hauptschulen weiterentwickelt wurden. Wie an vielen Schulorten wurden nun die Schüler/innen ab Klasse 5 im größeren Nachbarort unterrichtet, zeitgleich mit der Einführung des neunten Pflichtschuljahres. Da ich mit den „Kleinen“ in Eisingen blieb, wurde aus mir ein Grundschullehrer. Doch das gemeinsame Lernen aller Kinder in den ersten vier Schuljahren, ihr breites Begabungsspektrum und die persönliche Beziehung zu Kindern als Klassenlehrer waren für mich eine reizvolle und lohnende Herausforderung und eine Weichenstellung, die meine weiteren Berufsjahre entscheidend prägten.

Aufbruchsstimmung herrschte auch über den engen Rand meiner Dorfschule hinaus. 1969 fand in Frankfurt der erste große Grundschulkongress statt, initiiert von Vordenkern der Grundschulreform wie Erwin Schwartz. Es war ein Signal des Aufbruchs, 50 Jahre nach der Geburtsstunde der gemeinsamen Grundschule und ihrer Verankerung in der Weimarer Verfassung 1919. Zukunftsweisend war auch das Gutachten „Begabung und Lernen – Ergebnisse und Folgerungen neuer Forschungen“, das Heinrich Roth 1969 im Auftrag des Deutschen Bildungsrats herausgegeben hat. All das waren Impulse, die ich als junger Lehrer dankbar aufnahm und umzusetzen versuchte. Mein Chef ließ mich gewähren und eröffnete mir Freiräume für Initiativen und Innovationen. Das war in einer damals noch recht autoritär verfassten Führungs- und Aufsichtsstruktur nicht selbstverständlich. Kein Zufall also, dass in diese Zeit auch mein Eintritt in die GEW fiel, die ein wichtiger Teil meines Berufslebens werden sollte.

Meine Motivation, neue wissenschaftliche Ansätze der Pädagogik und Didaktik zusammen mit schulpraktischen Erfahrungen weiterzugeben, führte mich 1975 in die Lehrerbildung, damals noch nebenher zur Arbeit an der eigenen Schule. Als

Seminarleiter mussten wir Junglehrer auf ihre 2. Dienstprüfung vorbereiten. Erst ab 1981 entstanden eigenständige Seminare mit hauptamtlichen Seminarleitern, die heutigen Seminare für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte. So stellte sich mir die Frage: Sollte mein künftiger Arbeitsschwerpunkt das Seminar oder die Schule sein? Ich entschied mich für die Schule, wurde 1983 Schulleiter und blieb es bis zu meinem Ruhestand 2009 – im Rückblick eine lange und erfüllende Zeit dank vieler Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten an meiner Schule.

Freude und Zwänge

Positive Erinnerungen überwiegen bei weitem. Zum einen die unglaubliche Freude und natürliche Neugier von Kindern beim Schulanfang. Diese Lust aufs Lernen zu erhalten und zu fördern und den unterschiedlichsten Begabungen gerecht zu werden, ist vielleicht die größte und schönste Herausforderung an uns Grundschulpädagogen. Die Widerstände jedoch waren und sind beträchtlich: Eine meist mehr an verwaltungsrechtlichen Vorgaben orientierte Kultusbürokratie mit einengenden und

oft wenig pädagogisch fundierten Vorschriften. Die Verunglimpfung neuer und kindgemäßer Lernformen als Kuschelpädagogik, Stichwort Freiarbeit. Die Zwänge, Kinder zunehmend mit Leistungstests zu vermessen ohne entsprechende Ressourcen für die individuelle Förderung bereitzustellen. Das Übergangsverfahren in weiterführende Schulen als „Härtetest“, bei dem Zehntelnoten über die Zukunftschancen zehnjähriger Kinder entscheiden sollen. Ein Druck, der die pädagogische Arbeit enorm belastet hat. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung habe ich nicht mehr im Dienst erlebt, ein erster und heftig umkämpfter Schritt. Viel konsequenter wäre es gewesen, längeres gemeinsames

Lernen so selbstverständlich umzusetzen wie in den meisten Ländern weltweit üblich. Chancengleichheit für Kinder unterschiedlichster Herkunft in einem gemeinsamen Bildungsgang zu verwirklichen bleibt nach wie vor die große politische und gewerkschaftliche Zukunftsaufgabe.

So frustrierend manche Erfahrungen auch waren, so gab es dennoch viel Ermutigendes: Teamwork, Engagement und Unterstützung im Kollegium mit der Bereitschaft, Klassenzimmertüren zu öffnen und offen zu sein für Veränderungen und neue Lernformen. Engagierte und tatkräftig unterstützende Eltern.



Foto: Bernd Rechel

Fachgruppe Grundschule mit Bernd Rechel (ganz rechts) 2004

FREIRÄUM

ZWÄNGE

ZUFRIEDENHEIT



Foto: Aleksandra Nektar / iStock

Mit motivierten Mitstreiter/innen erkämpfte Freiräume und Fortschritte, Schulleiterkolleg/innen mit Rückgrat – leider zu wenige. Ein über die Jahre geknüpftes Netzwerk mit Gleichgesinnten. Spannende Fortbildungen, meist selbstgewählte und selbstorganisierte wie unser Grundschultreff in Pforzheim und dem Enzkreis, aus dem 2006 die Bildungsinitiative Goldader Bildung e. V. in unserer Region hervorging.

Impulse aus der GEW

Ganz entscheidende Impulse verdanke ich der GEW, beginnend im damaligen Ortsverein Enzkreis-West, in den auch Doro Moritz als Junglehrervertreterin in die GEW-Arbeit einstieg. Sehr intensive zehn Jahre erlebte ich im Leitungsteam der Landesfachgruppe Grundschulen von 1999 bis 2009. Gemeinsam und mit Verbündeten haben wir für die Anliegen der Grundschule und die Gleichwertigkeit des Grundschullehramts gekämpft. Ein Ergebnis war: der Runde Tisch Grundschule mit den Bausteinen für eine bessere Grundschule, unterschrieben von einem breiten Bündnis von Verbänden auf Initiative der GEW. Meine Erfahrungen aus der Personalratsarbeit von 1989 bis 2009 sind mir ebenfalls sehr wichtig. Sie eröffneten mir den Blick für die Anliegen und Nöte von Kolleginnen. Und seit ich im Ruhestand bin, ist mir die Arbeit für Mitglieder im Ruhestand in Pforzheim und dem Enzkreis, ebenfalls eine wichtige und dankbare Aufgabe.

Was bleibt im Rückblick? Vor allem die Zufriedenheit, wenigstens ein Stück weit meine beruflichen Ideale verwirklicht zu haben. Unzufrieden macht die Entwicklung der Grundschule in den letzten Jahren. Stichworte sind: Lehrermangel und fehlende Ressourcen für die individuelle Förderung der Kinder und eine wirklich sinnvolle Umsetzung der Inklusion, keine Gleichwertigkeit des Grundschullehramts in Ausbildung und Bezahlung, polemisch-vordergründige Diskussionen wie zum Beispiel über das „Schreiben nach Gehör“. Wenn der Satz „Auf den Anfang kommt es an“ wirklich ernst gemeint ist, braucht die Grundschule – 100 Jahre nach ihrer Verankerung in der Weimarer Verfassung – die Anerkennung und Unterstützung, die ihr als zukunftsweisender Lernort grundlegender Bildung für alle zukommt. Dafür müssen wir in der GEW auch künftig kämpfen. ■



Bernd Rechel
Grundschullehrer, ehemaliger Schulleiter und
Vorsitzender der GEW-Fachgruppe Grundschule
von 1999 bis 2009

#ALLEFÜRSKLIMA

GEW unterstützt Fridays for Future

Die Organisator/innen von „Fridays for Future“ haben in Stuttgart mit 5.000 Teilnehmer/innen gerechnet, gekommen sind rund 20.000. In zahlreichen Städten in ganz Deutschland setzten sich am 20. September rund 1,4 Millionen Menschen für einen besseren Klimaschutz ein. Nicht nur Schülerinnen und Schüler, jede Generation war aufgerufen, am globalen Klimaprotest mitzumachen. Tatsächlich beteiligten sich Beschäftigte, Eltern, Großeltern, Gewerkschaften, Kirchen, ein Querschnitt der gesamten Gesellschaft. „Noch nie sind so viele Menschen gleichzeitig für ein Anliegen auf die Straße gegangen“, freut sich der 18-Jährige Markus Moskau, Mitorganisator der Ortsgruppe Ludwigsburg. Der Erfolg gibt ihm und allen Organisator/innen viel Motivation auf den Weg, mit dem Protest nicht nachzulassen.

Die Gymnasiallehrerin Nora Oehmichen war in Ludwigsburg als Organisatorin von „Parents for Future“ mittendrin. Sie hatte nur bis zur 4. Stunde Unterricht und konnte daher um 12 Uhr problemlos auf der Kundgebung ihre Rede halten. In Ludwigsburg dauerte die Schlusskundgebung bis in den Nachmittag hinein, so dass auch nach Schulschluss noch viele Schüler/innen und Lehrkräfte dabei sein konnten.



Demonstration am 20. September 2019 in Stuttgart

„Die meisten Lehrerkolleg/innen sehen die Klimaproteste positiv“, berichtet Oehmichen, allerdings sei die Unsicherheit groß „sich zu weit aus dem Fenster zu lehnen“. Das Schulamt Ludwigsburg habe den Schulen aus Sicherheitsgründen abgeraten, beispielsweise mit einer Exkursion an der Demo teilzunehmen. Dann seien Schüler/innen alleine gegangen, erzählt sie.

Die Lehrerin hat als GEW-Mitglied die Erklärung der GEW zu Fridays for Future im Lehrerzimmer aufgehängt. Doro Moritz hatte GEW-Mitglieder ermutigt, die Bewegung im Rahmen ihrer Möglichkeit zu unterstützen und nannte Projekte zur Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung.“ (siehe www.gew-bw.de/fff) Die Erklärung der GEW habe wirklich ermutigend gewirkt. ▀

Maria Jeggle



unterrichtspraxis

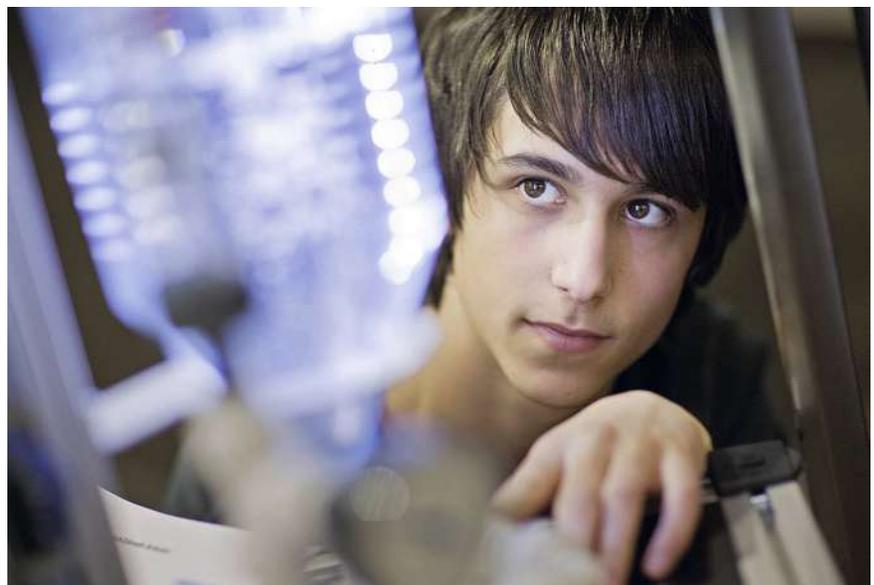
Beilage zu „bildung und wissenschaft“
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

SEKUNDARSTUFE I UND II/NATURWISSENSCHAFTLICHES LERNEN

Experimente machen und Experimentieren verstehen – ein Gegensatz?

Experimentieren wird durch die Bildungsstandards für die naturwissenschaftliche Fächer vorgegeben. Es zeigt sich aber, dass häufig ein verkürztes Verständnis von Experimentieren bei Schüler/innen vorherrscht. In diesem Beitrag wird dargelegt, welche Funktion das Experimentieren hat und wie Schüler/innen Kompetenzen beim und zum Experimentieren erwerben können.

Wenn wir Studienanfänger/innen fragen, ob sie in ihrer Schulzeit Experimente durchgeführt haben, dann ist die Antwort in fast allen Fällen ein überzeugtes „Ja“. Die meisten sind auch in der Lage, Experimentalanleitungen zu lesen und den darin geforderten Ablauf in angemessene Handlungen zu übersetzen. Experimentieren ist nach diesen nicht repräsentativen Ergebnissen ein selbstverständlicher Teil des naturwissenschaftlichen Unterrichts, und ganz offensichtlich lernen die Schüler/innen auch etwas dabei. Ein anderes Bild zeigt sich, wenn wir die gleichen Studienanfänger/innen mit offenen Experimentalaufgaben konfrontieren. Das sind Aufgaben, die auf der Grundlage einer knappen Kontextbeschreibung eine Ableitung von Untersuchungsfragen verlangen, die anschließend experimentell untersucht werden sollen. Die fachlichen Kontexte der Aufgaben stammen aus dem Alltag und sind nicht besonders anspruchsvoll, um die Studierenden nicht von der eigentlichen Aufgabenstellung abzulenken. In einer der Aufgaben sollen beispielsweise Faktoren qualitativ oder quantitativ untersucht werden, die die Entstehung von Kohlenstoffdioxid bei der Gärung



Quelle: imago

Experimentieren will gelernt sein.

bei Hefepilzen beeinflussen – ein Phänomen, das die meisten Studierenden dem Brot- oder Kuchenbacken oder der Bier- oder Weinherstellung zuordnen können.

Ein erheblicher Teil der Studienanfänger/innen hat Schwierigkeiten mit solchen Aufgaben. Einige experimentieren beispielsweise ohne oder ohne

geeignete Hypothesen. Andere versäumen es, Variablen zu isolieren, sodass die Ergebnisse nicht auf einen Untersuchungsfaktor zurückgeführt werden können. Wiederum andere haben Probleme, Versuchsansätze so zu gestalten, dass die aus ihnen hervorgehenden Ergebnisse vergleichbar sind. Zu der Hefeaufgabe bauen die

Studienanfänger/innen beispielsweise Experimentalansätze auf, mit dem sie den Einfluss von Zucker und Mehl auf den zeitlichen Verlauf der Gärung untersuchen wollen, achten aber dann nicht auf eine exakte Durchführung. Während wir komplexe Herausforderungen wie die Formulierung geeigneter Hypothesen als Aufgabe für das Studium betrachten, so waren wir anfangs von der Unsicherheit vieler Studienanfänger/innen überrascht, selbst qualitative Experimente eigenständig zu planen und durchzuführen. Wir haben uns deshalb gefragt, ob diese Schwierigkeiten zufällig bei uns gehäuft auftreten oder vielleicht häufiger bei Lehramts- als bei Studierenden naturwissenschaftlicher Fächer. Daher haben wir recherchiert, welche Erfahrungen andere Universitäten insbesondere auch aus skandinavischen und angelsächsischen Ländern berichten, deren Zugang zu Naturwissenschaften unserem sehr nahe ist. Und siehe da – auch in diesen Ländern zeigen Studienanfänger/innen die gleichen Schwierigkeiten unabhängig davon, ob sie Lehramt oder ein naturwissenschaftliches Fach studieren. Naheliegender ist dann auch der Vergleich mit den Daten zu Schüler/innenfähigkeiten zum Experimentieren, zu denen eine Reihe von nationalen und internationalen Forschungsarbeiten aus den letzten Jahrzehnten vorliegen.

Experimentierfähigkeiten von Schüler/innen

Nunmehr wenig überraschend ergibt sich ein Bild, dass wir bereits von unseren Studienanfänger/innen kennen (Kremer et al., 2019). Schüler/innen sind mehr oder weniger gut in der Lage, einfache Experimente nach Anleitung durchzuführen. Verständnisschwierigkeiten treten dann auf, wenn sie (teilweise) selbstständig Fragestellungen nachgehen sollen, die Experimente erfordern, wobei Schüler/innen in der Sekundarstufe II eher in der Lage sind, einfache Experimente zu planen, für ihre Planungen Hypothesen zu benennen und diese auch zu begründen als jene der Sekundarstufe I. Auch können sie besser experimentell ermittelte Daten beschreiben und auf ihre Ausgangshypothese beziehen.



Quelle: imago

Nicht immer sind Demonstrationsexperimente sinnvoll.

Die Verständnisschwierigkeiten der Schüler/innen lassen sich mehrheitlich zwei tiefer liegenden Vorstellungen zuordnen. Eine der beiden Vorstellungen wird als „Ingenieur-Modell“ bezeichnet (Hasse & Hamann, 2016). Dieser Vorstellung zufolge werden Experimente so geplant, dass sie einen bestimmten und im Vorfeld erwarteten Effekt erzielen. Während des Planungsprozesses neigen die Schüler/innen dementsprechend dazu, nur solche Faktoren in der Planung zu berücksichtigen, die sie zur Herstellung des Effekts als bedeutsam erachten. Andere Faktoren, die nicht mit dem Effekt in Zusammenhang stehen, werden hingegen vernachlässigt. Wenn der erwartete Effekt dann eingetreten ist, wird das Experiment beendet, ohne weitere Faktoren zu einzubeziehen. Vor allem Schüler/innen mit geringer Experimentiererfahrung nutzen diese Vorstellung unbewusst.

Als Lehrkräfte sind wir nicht ganz unschuldig daran, dass sich das „Ingenieur-Modell“ bei unseren Schüler/innen so häufig belegen lässt. Gerade die vielfach genutzten Demonstrationsexperimente, die ihren Namen der Tatsache verdanken, dass mit ihrer Hilfe inhaltliche Konzepte demonstriert werden sollen, tragen zu dessen Festigung bei. In Demonstrationsexperimenten werden zumeist nur diejenigen Faktoren bei der Experimentalplanung und -durchführung berücksichtigt,

die den zu belegenden Effekt erzeugen und damit die Ableitung oder Erläuterung eines fachlichen Konzepts medial illustrieren. Aus Zeitgründen wird das Experiment im Unterricht nicht in einen weiteren Kontext gestellt, sodass die Schüler/innen keine Gelegenheit zur Einordnung der von der Lehrkraft gewählten Faktoren haben und erfahren können, welche und wie viele andere Faktoren von den Wissenschaftler/innen getestet und möglicherweise verworfen worden sind.

Die zweite Vorstellung lässt sich als „Suche nach Bestätigung“ beschreiben. Danach wählen Schüler/innen nur solche Hypothesen für ihre Experimente aus, die zu Ergebnissen führen, die ihre eigenen Vermutungen unterstützen. Diese Tendenz wird im Englischen als „Confirmation Bias“ beschrieben und kennzeichnet, folgt man dem amerikanischen Psychologen Jerome Bruner, auch unser Schlussfolgern in alltäglichen Situationen (Hasse & Hamann, 2016). Wir können daher annehmen, dass die Schüler/innen diese Vorstellung aus dem Alltag auf experimentelle Handlungen in der Schule übertragen. Ausgehend von diesen tief liegenden Vorstellungen lassen sich nun zahlreiche Fehler beim Experimentieren identifizieren, die den Phasen des naturwissenschaftlichen Experimentierprozesses zugeordnet werden und nach Niveaus gegliedert werden können (Abb. 1).

UMGANG MIT HYPOTHESEN

STUFE	KOMPETENZNIVEAU	NÄHERE BESCHREIBUNG
1	Keine Hypothesen beim Experimentieren	Lernende führen ihr Experiment aus, ohne zuvor Überlegungen zu Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen angestellt zu haben.
2	Unsystematische Suche nach Hypothesen	Die Durchführung des Experiments erfolgt hypothesengeleitet. Es wird nur ein Teil der Fakten berücksichtigt, die für die Formulierung der jeweiligen Hypothesen notwendig ist.
3	Systematische Suche nach Hypothesen	Die Durchführung des Experiments erfolgt mit faktenbasierten Hypothesen. Es können sogar mehrere (multiple) Hypothesen gebildet werden. Jedoch bestehen Schwierigkeiten für Veränderung der Hypothese, wenn eine Hypothese widerlegt wurde.
4	Systematische Suche nach Hypothesen und erfolgreiche Veränderung	Wie Stufe 3, jedoch können auch Hypothesen auf eine Falsifizierung hin verändert werden.

UMGANG MIT VARIABLEN

STUFE	KOMPETENZNIVEAU	NÄHERE BESCHREIBUNG
1	Unsystematischer Umgang mit Variablen	Die Veränderung von Variablen erfolgt ohne erkennbares System, sodass keine Aussage über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge deutlich wird. Zum Beispiel werden alle Variablen von einem Ansatz zum nächsten verändert.
2	Teilweise systematischer Umgang mit Variablen	Zwar werden auf diesem Niveau Variablen bereits systematisch verändert, jedoch liegen noch Defizite vor. Beispiele hierfür wären der gleichzeitige Austausch mehrerer Testvariablen oder das Konstanthalten der Testvariablen, während alle anderen Variablen ausgetauscht werden. Ein weiteres Beispiel ist das „positive Testen“, also die Berücksichtigung nur derjenigen Variablen, die die Schüler/innen für relevant halten – womit das Experiment nur dazu dient, bestehende Überzeugungen zu festigen.
3	Systematischer Umgang mit Variablen in bekannten Domänen	Es wird nur eine Testvariable geändert, alle anderen werden konstant gehalten, womit Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge identifiziert werden können. Es fällt den Schüler/innen aber schwer, das in einem Bereich gezeigte Vorgehen auf andere, nicht bekannte Bereiche zu übertragen.
4	Systematischer Umgang mit Variablen in unbekanntem Domänen	Wie in Stufe 3 jedoch mit der Fähigkeit, das Vorgehen auch auf unbekannte Bereiche zu übertragen.

UMGANG MIT EXPERIMENTALDATEN

STUFE	KOMPETENZNIVEAU	NÄHERE BESCHREIBUNG
1	Daten werden nicht auf Hypothesen bezogen	Die beobachteten Effekte werden beschrieben, jedoch nicht ihre Ursachen geklärt.
2	Unlogische Analyse von Daten	Die Daten werden auf die Hypothesen bezogen, es werden jedoch nicht logische Schlüsse gezogen, etwa wenn aus Experimenten, in denen mehrere Testvariablen verändert wurden, auf Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge gefolgert wird.
3	Weitgehend logische Analyse von Daten, aber Probleme bei der Bewertung, die den Erwartungen widersprechen.	Die Schlussfolgerungen aus den Daten sind logisch, aber es bestehen Schwierigkeiten im Umgang mit widersprüchlichen Daten, die ignoriert oder umgedeutet werden (siehe Schülervorstellungen zum Experimentieren)
4	Adäquate Datenverwendung bei der Überprüfung von Hypothesen	Die Datenanalyse gelingt selbst dann, wenn diese aufgrund der inhaltlichen Erwartungen oder Bedingungen der Datenerhebung (z.B. kontinuierliche Daten oder Daten mit Messfehlern) schwierig zu interpretieren sind.

Abb. 1. Womit Schüler/innen Schwierigkeiten haben, wenn sie experimentieren (abgeleitet aus Hamann 2004)



Typische Schwierigkeiten beim Experimentieren vermeiden.

Experimentieren – Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge untersuchen

Noch einmal sollen an dieser Stelle die Ingenieur/innen bemüht werden. Auch sie experimentieren und wenn Ingenieur/innen experimentieren, dann suchen sie nach Objekten und Einstellungen für diese Objekte, die einen vorgegebenen Zweck möglichst optimal erfüllen, getreu dem Motto, was nicht passt, wird passend gemacht. Wie Ingenieur/innen stellen auch Naturwissenschaftler/innen für ihre Experimente künstliche Bedingungen her. Im Unterschied zu den Erstgenannten suchen sie aber nach Ursache-Wirkungs-Beziehungen, also nach kausalen Zusammenhängen zwischen Variablen. Hierzu werden Messgrößen identifiziert (abhängige Variablen) und von anderen Variablen geschieden, deren Einfluss auf die Messgrößen identifiziert werden soll (unabhängige Variablen). Neben Mess- und Einflussgrößen existieren weitere Variablen, die sich potentiell auf die Messgröße auswirken können. Sie müssen konstant gehalten oder kontrolliert werden, um die Ursache-Wirkungs-Beziehung untersuchen zu können (Kontrollvariablen). Dieses für naturwissenschaftliche Experimente unerlässliche Vorgehen wird als

Variablenkontrollstrategie bezeichnet (Kremer et al., 2019). Die Abfolge aus Fragestellung und Hypothese, Planung, Durchführung, Ergebnisdarstellung und -diskussion spiegelt die Regelmäßigkeit dieses Vorgehens wider und ist charakteristisch für naturwissenschaftliche Arbeit. Naturwissenschaftliche Artikel in Fachzeitschriften sind daher immer nach diesem starren Schema aufgebaut, auch wenn die Praxis in den Laboren weitaus vielfältiger ist. Notwendig ist das Regelschema nicht zuletzt deshalb, weil dadurch zumindest potentiell die Wiederholung der Experimente durch Dritte und über deren Reproduktion die Überprüfung der erhobenen Daten ermöglicht wird. Angehende Naturwissenschaftler/innen erlernen dieses Vorgehen implizit, indem sie über ihr Studium und die anschließende Tätigkeit in den Prozess induktiv eingeführt werden. Diese Gelegenheit haben Schüler/innen nicht. Trotzdem sollen sie im Laufe ihrer Schulzeit die Eigenheiten naturwissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung verstehen.

Experimentieren verstehen

Diese Forderung wurde 2005 (KMK 2005) erstmals von der Kultusministerkonferenz in Form von

Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss definiert. Die Bildungsstandards sind seitdem gültig und werden in nächster Zeit um Bildungsstandards für die gymnasiale Oberstufe ergänzt werden. Anknüpfend an die Bildungsstandards haben mittlerweile alle Bundesländer eigene Standards zum Experimentieren entwickelt, die in Baden-Württemberg als Prozessbezogene Kompetenzen in den Bildungsplänen beschrieben sind. Darin ist Experimentieren dem Kompetenzbereich Erkenntnisgewinnung zugeordnet, seine Teilkompetenzen überschneiden sich in den drei Naturwissenschaften (MWK 2016). So definieren alle Fächer, dass Schüler/innen den Prozess naturwissenschaftlichen Experimentierens erlernen sollen, indem sie dessen Schritte von der Suche nach Fragestellungen bis hin zur Interpretation von qualitativ wie quantitativ erhobenen experimentellen Daten durchlaufen. Hinter dieser Zielsetzung steht ein übergeordnetes Ziel: Die Schüler/innen sollen über das Kennenlernen der Wege naturwissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung lernen, was naturwissenschaftliche Erkenntnisgewinnung charakterisiert und worin sich Naturwissenschaften von anderen Zugängen der Weltbegegnung (wie



Reflexion gehört zum Experimentieren.

etwa sozial- oder kulturwissenschaftlichen) unterscheiden. Diese im internationalen Diskurs als Nature of Science bezeichnete Zielsetzung erfordert anders als bei den Studierenden naturwissenschaftlicher Fächer nicht nur das implizite Hineinwachsen in naturwissenschaftliche Verfahren durch die immer wiederkehrende Durchführung und damit Ausbildung methodischer Expertise. Außerdem ist die bewusste und kriteriengeleitete Reflexion des eigenen Tuns auf der Folie naturwissenschaftlicher Weltbegegnung notwendig. Um Experimentieren zu verstehen, sind demnach drei Teilaspekte erforderlich: Schüler/innen müssen die Gelegenheit erhalten, in den naturwissenschaftlichen Fächern zu experimentieren und damit praktische Erfahrung zu sammeln. Das gilt beispielsweise für den Umgang mit Geräten oder Messtechniken. Zudem müssen sie die Möglichkeit bekommen, die Funktionen der Teilschritte im Experimentierprozess zu verstehen und nicht etwa deshalb eine Hypothese oder was sie auch immer dafür halten auf einen Protokollbogen zu schreiben, weil es die Lehrkraft möchte. Und sie benötigen Gelegenheiten, um über Prozesse und Ergebnisse naturwissenschaftlicher Untersuchungen nachzudenken und

sie in ihrer Bedeutung für unsere Wissensgesellschaft einzuordnen. Dieser letzte Schritt ist notwendig, um einen Vergleich zu anderen Zugängen zur Weltbegegnung zu ermöglichen, und ganz praktisch, um die Qualität naturwissenschaftlicher Arbeit einschätzen und wissenschaftliche „News“ von „Fake News“ unterscheiden zu können. Die unterrichtliche Zielsetzung „Experimentieren verstehen“ geht damit deutlich über das Durchführen von Experimenten zur inhaltlichen Wissensvermittlung hinaus und macht die Methode des Experimentierens zum eigentlichen Unterrichtsinhalt wird, die an frei wählbaren inhaltlichen Themen eingeführt, erlernt und geübt werden kann.

Experimentieren verstehen braucht Zeit

Eine der häufigsten Rückmeldungen von Lehrkräften auf die Forderung, die Erkenntnismethode „Experimentieren“ zum Unterrichtsinhalt einer Stunde zu machen, lautet: „Das kostet zu viel Zeit. Wenn ich das mache, komme ich mit meinem Stoff nicht durch.“ Dieser Einwand ist richtig und berechtigt. Experimentieren verstehen ist komplex und nicht in wenigen Stunden zu vermitteln. Vor dem Hintergrund

begrenzter Unterrichtszeit müssen für dieses Ziel andere Inhalte zumindest weniger intensiv thematisiert werden. Ein zweiter Einwand betrifft den größeren Öffnungsgrad des Unterrichts, der sich dadurch ergibt, dass Schüler/innen zu einer Fragestellung auch eigene Experimente planen und dann gegebenenfalls auch durchführen. Das hat neben dem erhöhten zeitlichen Aufwand auch die ganz praktische Folge, dass die Lehrkraft im Prinzip im Vorfeld wissen muss, auf welche Ideen ihre Schüler/innen kommen können, damit sie ihre Gefahrstoffbeurteilungen korrekt ausfüllen kann. Mögliche Wege, um mit dem zeitlichen Dilemma umzugehen, sind nur teilweise von der einzelnen Lehrkraft zu lösen. Sie sollten die Fachkolleg/innen und im Idealfall auch die Kolleg/innen der beiden anderen Naturwissenschaften in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Ein erster Zugang im Fach besteht in der Suche nach Entschlackungsmöglichkeiten in den vorhandenen Schulcurricula – diese sind in allen Fällen gegeben. Ein weiterer Optimierungsschritt ist eine intensivere Absprache zwischen den drei naturwissenschaftlichen Fächern. Zum Beispiel ist zu überlegen, welche Schritte des Experimentierens in welchem Fach und in

welcher Jahrgangsstufe eingeführt oder vertieft werden sollen. Im Folgenden werden einige Möglichkeiten aufgezeigt, wie Aspekte des Experimentierens als Erkenntnismethode in den Unterricht einbezogen werden können, die von zeitlich kaum spürbaren Ergänzungen zum Regelunterricht bis hin zur Umgestaltung von Unterrichtsphasen reichen.

Lernprozess vor Lernstand vor Selbsteinschätzungen

Aus der didaktischen Forschung ist bekannt, dass Rückmeldungen zur Steigerung des Unterrichtserfolges beitragen können. Sie gelten als effektive Unterstützungsmaßnahmen, wenn durch sie den Schüler/innen die Unterrichtsziele und die Kriterien klar werden, anhand derer das Erreichen der Unterrichtsziele erkennbar ist, wenn sie die Schüler/innen über ihren aktuellen Lernstand informieren und wenn sie Lernschritte vorschlagen, mit denen die Unterrichtsziele erreicht werden können. In einer aktuellen Studie wurden im Anfangsunterricht im Fach Chemie drei Rückmeldevarianten hinsichtlich ihres Einflusses auf den Lernzuwachs von Schüler/innen verglichen. Unterrichtsliches Thema war die Einführung der Variablenkontrollstrategie beim Experimentieren. Verglichen wurde die Wirkung von Rückmeldungen der Lehrkraft zum Lösungsprozess mit Rückmeldungen der Lehrkraft zum Lernstand und mit Selbsteinschätzungen zum eigenen Lernstand. Unter den drei Varianten haben Rückmeldungen zum Lernprozess die größte Wirkung auf den Lernzuwachs, gefolgt von Rückmeldungen zum Lernstand. Selbsteinschätzungen hatten im Vergleich zu den anderen beiden Feedback-Varianten nur einen geringen, aber immerhin noch messbaren Effekt. Vermittelt wurde der Einfluss der Feedback-Varianten durch ein Konstrukt, das als wahrgenommene Unterstützung bezeichnet wird. Es zeigt sich, dass der Effekt der Rückmeldung unabhängig von der Variante umso größer ist, umso eher die Rückmeldung subjektiv als unterstützend angesehen wird. Unabhängig von der getesteten Unterstützungsmaßnahme trat noch ein weiterer Effekt zutage:

Wie viel Schüler/innen lernen, hängt besonders davon ab, dass die Lehrkraft klar und transparent die Merkmale zum experimentellen Vorgehen verdeutlicht.

Klare Instruktion des Vorgehens beim Experimentieren

Viele Unterrichtsvorschläge, die zum Experimentieren auffordern, verlangen von den Schüler/innen beispielsweise die Formulierung von Hypothesen zu Beginn des Arbeitsprozesses. Selten finden sich jedoch Unterrichtsvorschläge, die explizit thematisieren, was Hypothesen sind, welche Rolle Hypothesen für Naturwissenschaftler/innen spielen, wie solche Hypothesen formuliert

werden sollen und wie die experimentell erhobenen Daten auf die Hypothesen zurückbezogen werden sollen. Als Lehrkräfte müssen wir uns bewusst sein, dass für die Vermittlung jedes der genannten Punkte Unterrichtszeit notwendig ist. Eine Möglichkeit, um zu erlernen, dass für die Formulierung von Hypothesen abhängige und unabhängige Variablen identifiziert und in Form von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen aufeinander bezogen werden müssen – idealerweise auf der Grundlage von fachlichem Vorwissen, besteht in Erstellung von Arbeitsanleitungen (Abb. 2), die mit den Schüler/innen besprochen und an Beispielen

ABLAUF	VERKÜRZTES BEISPIEL
<p>Schritt 1: Erfasse die Fragestellung, indem du sie zunächst genau liest. Dann überlege, ob du schon Informationen zur Fragestellung aus einem vorherigen Experiment hast oder wo du das notwendige Wissen nachlesen kannst, das du benötigst, um deine Hypothese zu formulieren.</p>	<p>Es soll eine Hypothese aufgestellt werden, welche Faktoren wie Mehl, Wasser oder Zucker den Prozess der Hefegärung beeinflussen.</p>
<p>Schritt 2: Beschreibe die Elemente der Fragestellung, die für die Hypothesenfindung notwendig sind.</p>	<p>Hefeteig besteht meist aus Mehl, Wasser, Hefepilzen, Zucker und Eiern in unterschiedlichen Mengen.</p>
<p>(Nicht immer möglich) Schritt 3: Überlege, welche der dir bekannten Modelle zur Begründung deiner Hypothese herangezogen werden können.</p>	<p>Zellatmung, alkoholische Gärung und Milchsäuregärung, Zellatmung benötigt Sauerstoff und Zucker, Gärung nur Zucker</p>
<p>Schritt 4: Überlege, welchen Faktor du untersuchen möchtest. Überlege auch, welche Wirkung du erwartest.</p>	<p>Ich möchte Zucker untersuchen und schauen, ob es sich auf die Hefegärung auswirkt (vielleicht Größe des entstehenden Teigs), wenn ich Zucker hinzufüge.</p>
<p>Schritt 5: Überlege dir eine erste Formulierung für die Hypothese. Achte darauf, dass deine Hypothese einen Aussagesatz darstellt. Du kannst „je - desto“ oder „wenn - dann“-Formulierungen verwenden.</p>	<p>Wenn dem Teig Zucker hinzugefügt wird, dann sollten die Hefepilze Nahrung haben und der Teig sollte aufgehen.</p>

Abb. 2: Arbeitsmaterial: Hypothesen bilden – was muss ich beachten?



Quelle: imago

Das Experimentieren braucht Zeit.

eingübt werden können. Auf diesem Weg kann eine Sammlung von „Merkblättern“ zu den Teilaspekten des Experimentierens entstehen, die die Schüler/innen in allen drei Naturwissenschaften verwenden können.

Experimentieren ohne zu Experimentieren

Mit Ausnahme der praktischen Fähigkeiten im Umgang mit Labormaterialien und Messgeräten lassen sich die Teilkompetenzen des Experimentierens thematisieren, ohne dass Experimente durchgeführt werden. Zu Schulbuchbeispielen, in denen Experimente dargestellt werden, können mit wenig Aufwand eigene Aufgaben ergänzt werden, anhand derer die Schüler/innen Teilaspekte des Experimentalablaufs trainieren können. So können sie beispielsweise Hypothesen formulieren (oder Hypothesen von Schüler/innen aus einem früheren Jahrgang nehmen), die in ihrer Formulierung oder ihrem Bezug zur Aufgabenstellung nicht richtig sind. Die Schüler/innen erhalten dann die Aufgabe, die Fehler in den Hypothesen zu identifizieren und zu korrigieren. Was für die Hypothesenbildung gilt, kann auch auf die

anderen Teilschritte des Experimentierens übertragen werden: So können Beschreibungen zu den Ergebnissen eines Experimentes genutzt werden, um die dem Experiment zugrunde liegenden Fragestellungen und Hypothesen zu rekonstruieren, es können Fehler in Versuchsprotokollen identifiziert, Interpretationen vorliegender Daten auf ihre fachliche Richtigkeit und ihren Bezug zu Fragestellung und Hypothese überprüft werden oder unterschiedliche Interpretationen auf ihr Zutreffen verglichen werden. Es ist immer wieder erstaunlich, auf wie viele Gelegenheiten man stößt, Teilaspekte des Experimentierens in den Unterricht einzubinden, wenn man anfängt, dies bewusst zu tun. Entscheidend für den Erfolg im Umgang mit diesen Aufgaben ist der Raum, den man ihnen gibt, um sie zu besprechen.

Experimentieren verstehen durch Forschendes Lernen

Forschendes Lernen erfordert im Vergleich zu den bisher genannten Vorschlägen eine größere Umgestaltung des Unterrichts und ist daher beispielsweise leichter in Experimentaltage oder in die von vielen Schulen durchgeführten

„Experimentierwochen“ an Schüler/innenlaboren zu integrieren. Forschendes Lernen bildet den zyklischen Experimentierprozess in den Naturwissenschaften nach und ist in fünf Teilschritte untergliedert, die sich am idealisierten Modell des hypothetisch-deduktiven Erkenntnisprozesses orientieren (Abb. 3). Das Experiment ist in den Forschungsprozess eingebunden, stellt aber lediglich Teilschritt im Prozess dar. Damit soll verhindert werden, dass der Unterricht auf die Ebene des Durchführens von Experimenten der damit verbundenen Zielsetzungen wie der Motivation von Schüler/innen oder der Vermittlung fachlicher Inhalte reduziert wird.

Im ersten Schritt werden Fragestellungen und Hypothesen formuliert, wobei die Schüler/innen dies in Abhängigkeit von ihrer Erfahrung mehr und mehr selbstständig tun sollten. Anknüpfend daran planen sie Experimente, führen diese durch und werten sie aus, um daraus im Idealfall erneute Fragestellungen abzuleiten oder zumindest Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu skizzieren. Warum „Forschendes Lernen“ leichter in Schülerlaboren zu realisieren ist, zeigt sich an der Ausgestaltung

des Experiments. Es sollte möglichst ergebnisoffen angelegt sein (Arnold et al., 2014) und möglichst in parallelen Arbeitsgruppen durchgeführt werden, um eine breite Datenbasis zu generieren, die dann kritisch sowohl hinsichtlich der Prozesse und dabei aufgetretenen Fehler als auch hinsichtlich ihrer Ergebnisse diskutiert werden können. Damit kommt „Forschendes Lernen“ wissenschaftlichem Vorgehen recht nahe und erlaubt den Schüler/innen vergleichsweise tiefe Einblicke in naturwissenschaftliche Forschungsprozesse.

Experimente machen und Experimentieren verstehen – ein Gegensatz?

Die schulische Praxis und die Ergebnisse fachdidaktischer Forschung der letzten Jahre zeigen, dass die Durchführung von Experimenten und die Entwicklung eines Verständnisses für eine

der zentralen Erkenntnismethoden der heutigen Naturwissenschaften kein Gegensatz bleiben müssen. Es zeigt sich aber auch, dass viele unserer Schüler/innen den Schritt von der schematischen Bearbeitung von Experimentalaufgaben zu einem grundlegenden Verständnis von Experimentieren noch nicht bewältigt haben. Es bleibt also noch viel zu tun. //

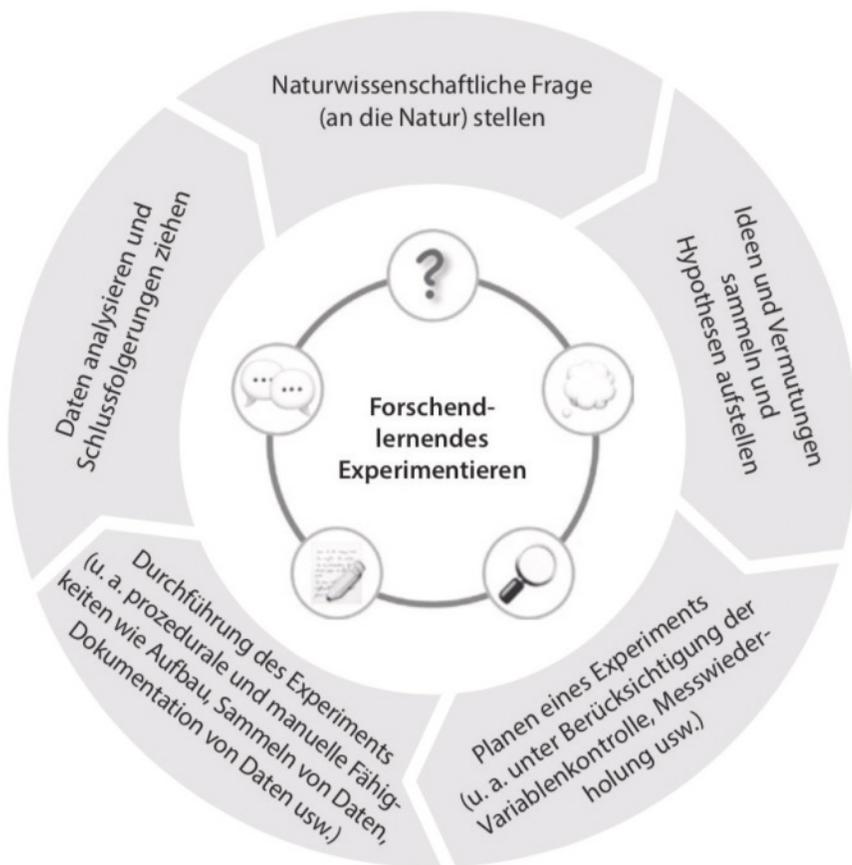
Quellen:

- Arnold, J., Kremer, K., & Mayer, J. (2014): Schüler als Forscher – Experimentieren kompetenzorientiert unterrichten und beurteilen. *Der mathematische und naturwissenschaftliche Unterricht (MNU)*, 67(2), 83–91.
- Hasse, S. & Hammann, M. (2016): Erkenntnis gewinnen. Fehler beim Experimentieren kennen und verstehen. *Unterricht Biologie*, 417, 20-25.
- Kremer, K., Möller, A., Arnold, J. & Mayer, J. (2019): Kompetenzförderung beim Experimentieren. In J. Groß, M. Hammann, P. Schiemann & J. Zabel (Hrsg.) *Biologiedidaktische Forschung: Erträge für die Praxis*, S. 113-128. Springer: Berlin, <https://doi.org/10.1007/978-3-662-58443-9>
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (2016): *Gemeinsamer Bildungsplan für die Sekundarstufe I. (Fächer Biologie, Chemie, NwT, Physik)* <http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite>

Unser Autor



Prof. Dr. Holger Weitzel ist Professor für Didaktik Naturwissenschaftlichen Lernens an der PH Weingarten, Herausgeber der Zeitschrift *Unterricht Biologie*, Autor zahlreicher Veröffentlichungen, Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Professionalisierung von Lehrkräften, Optimierung naturwissenschaftlicher Lehr-Lern-Prozesse, Digitalisierung im naturwissenschaftlichen Unterricht. Kontakt: weitzel@ph-weingarten



Quelle: adaptiert von H. Weitzel

Abb. 3: Förderung naturwissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung durch Forschendes Lernen (Kremer et al. 2019).

Impressum

Die *Unterrichtspraxis* – Beilage zu „bildung und wissenschaft“, Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlicher Redakteur), Karl-Heinz Aschenbrenner, Helmut Däuble und Nicole Neumeister
 Anschrift der Redaktion: Joachim Schäfer, Meisenweg 10, 71634 Ludwigsburg, E-Mail: unterrichtspraxis@gmx.de
 Dieses Heft kann auch online abgerufen werden: www.gew-bw.de/unterrichtspraxis

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag

Zur Mitarbeit sind alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen. Manuskripte sollten direkt an die Redaktion der Unterrichtspraxis adressiert werden.

Aus der Praxis. *Für die Praxis.*

Das GEW-Jahrbuch 2020



2020 erscheint das GEW-Jahrbuch zum 39. Mal. Es enthält alle wichtigen Gesetze und Verordnungen sowie alle Veränderungen, die während des Jahres in Kraft getreten sind, zum Beispiel alle Neuregelungen im Bereich des Schul- und Beamtenrechts.

So bestellen Sie Ihr aktuelles Jahrbuch

Per Onlineshop unter www.spv-s.de

Dort finden Sie auch weitere Informationen zum Bestellverfahren für GEW-Vertrauensleute und Schulleitungen.

Per Fax oder Post

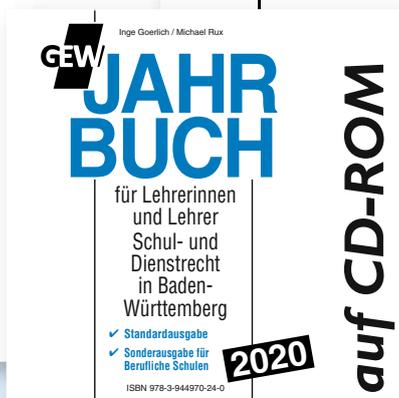
Wir schicken Anfang November Bestellformulare an alle Schulen bzw. an alle GEW-Vertrauensleute. Bestellen Sie mit diesen Formularen per Post oder Fax.

Per Bestellformular für Einzelbestellungen

Ein weiteres Bestellformular für Einzelbestellungen finden Sie in der November-Ausgabe der b&w.

Erscheinungstermin und Auslieferung

Das GEW-Jahrbuch 2020 erscheint am am 7. Januar 2020. Die Auslieferung erfolgt ebenso ab am 7. Januar 2020.



Preise und Versandkosten

Der Preis für das Jahrbuch bleibt 2020 stabil: 13 € für GEW-Mitglieder. Der Buchhandelspreis beträgt 25 € (alle Preise inkl. MwSt. zzgl. Versandkostenpauschale).

Ab November finden Sie alle Informationen zum GEW-Jahrbuch 2020 auch in unserem neuen Onlineshop unter www.spv-s.de.

süddeutscher
pädagogischer
verlag **spv.**

Zu bestellen unter:
Süddeutscher Pädagogischer Verlag
Silberstraße 7a, 70176 Stuttgart

Fax: 0711 21030799
Per Mail: bestellservice@spv-s.de
Onlineshop: www.spv-s.de

KOOPERATION KITA – GRUNDSCHULE

Viel mehr Kooperationsaufgaben, viel mehr Arbeit

Am 1. August ist die Verwaltungsvorschrift (VwV) „Kooperation Kindertageseinrichtungen – Grundschulen“ in Kraft getreten. Die Fachkräfte in den Kitas und die Kooperationslehrkräfte der Grundschulen sollen intensiver kooperieren: gemeinsam mit den Kindern arbeiten und gemeinsam Eltern beraten. Zusätzliche Arbeitszeit gibt es für die Lehrkräfte nicht.



Foto: imago

Das Kultusministerium hat die Chancen einer intensiven Kooperation erkannt, verweigert allerdings die nötigen Zeitkontingente.

Das Kultusministerium (KM) schreibt in der neuen VwV zur Arbeitszeit: „Mit Abschluss des Pakts für gute Bildung und Betreuung erhält jede Kindertageseinrichtung analog den Grundschulen die erforderlichen Mittel für eine Stunde Kooperationszeit pro Woche“. Bisher mussten die Kitas die Kooperation mit den Grundschulen ohne zusätzliche Arbeitszeit leisten. Für die Kitas stellt – sofern die Träger das Geld wirklich für zusätzliche Arbeitszeit einsetzen – die Stunde Kooperationszeit ein Fortschritt dar, auch wenn die Stunde auf keinen Fall für die neuen Aufgaben ausreicht. Für die Anrechnungsstunden an den Grundschulen beruft sich das KM auf ein Schreiben aus dem Jahr 2012. Dort steht: „die Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ist

den Grundschullehrkräften sowie den Erzieherinnen und Erziehern von jeher ein wichtiges pädagogisches Anliegen. In einem ersten Schritt zu einer Grundausstattung erhält jede Grundschule zum Schuljahr 2012/13 eine Deputatsstunde. Beim zeitnahen Endausbau wird dann jede erste Klasse mit einer Kooperationsstunde bedacht.“

Obwohl vom zeitnahen Ausbau gesprochen wird, gibt es seit 2012 unverändert nur eine Stunde Zeitausgleich. Und mit dieser Deputatsstunde muss die Grundschule die Aufgaben bewältigen, die mit der Kooperation mit allen Kitas des Schulbezirks verbunden sind, unabhängig von der Größe der Schule und Anzahl der einzuschulenden Kinder. Dass beispielsweise eine Grundschule, die mit 10 Kindertageseinrichtungen kooperiert, genauso nur eine Anrechnungsstunde erhält wie eine Schule, die nur wenige Kooperationsstandorte betreut, kann nicht so bleiben.

„Unsere Grundschule kooperiert mit 12 Kindertageseinrichtungen. Da wir fünfzünftig sind, werden bei uns jedes Jahr weit über 100 Kinder eingeschult. Ich koordiniere mit meiner Anrechnungsstunde die Kooperationsbesuche und bereite Material vor. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen aus der Schulingangsstufe legen wir fest, welche pädagogischen Angebote wir mit den Kindern machen. Jedes Jahr findet über die monatlichen zweistündigen Besuche der Kitas hinaus ein Schnuppertag statt, bei dem alle Kinder unsere Schule besuchen. An diesem Tag arbeiten wir mit den Kindergartenkindern im Rahmen einer Unterrichtsstunde und schätzen mit Beobachtungsbögen den Entwicklungsstand und die Schulfähigkeit der

„Dass eine Grundschule, die mit 10 Kindertageseinrichtungen kooperiert, genauso nur eine Anrechnungsstunde erhält wie eine Schule, die nur wenige Kooperationsstandorte betreut, kann nicht so bleiben.“

Kinder ein. Der organisatorische Aufwand ist immens. Alle meine Kolleginnen leisten diese Kooperationsaufgaben ohne jede Deputatsanrechnung“, berichtet eine Lehrerin aus einer Grundschule in Mannheim.

Durch die unzureichende Ausstattung des Arbeitsfeldes Kooperation hängt es vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab, ob und in welcher Frequenz, Angebote in den Kitas gemacht werden. Das Kultusministerium hat die Chancen einer intensiven Kooperation erkannt und will sie mit der neuen Verwaltungsvorschrift inhaltlich stärken. Notwendig sind dafür aber Fortbildungsangebote und strukturelle Veränderungen wie Kooperationszeiten, in denen die gewünschte Beratung stattfinden kann. „Ich arbeite gerne mit den Kindergartenkindern und finde meine Arbeit als Kooperations-Lehrerin wichtig. Aber ohne Anrechnungsstunden fehlt mir die Zeit, regelmäßige Angebote in den Kitas zu machen. Ich habe mein Amt jetzt abgegeben, weil mich das unzufrieden macht“, berichtet eine Kollegin aus Weinheim.

Einige Beispiele für die Aufgaben der Fachkräfte in den Kitas und der Kooperationslehrkräfte der Grundschulen laut der neuen VwV:

- Pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte begleiten die Kinder bis zum Schuleintritt, fördern und unterstützen sie. Im Rahmen der Zusammenarbeit gewinnen Lehrkräfte Erkenntnisse sowohl über die Gruppe als auch über einzelne Kinder der künftigen Schulanfänger.
- Die Kindertageseinrichtung und die Grundschule unterrichten sich regelmäßig gegenseitig über die im elementaren

und primären Bildungsbereich geltenden Regelungen sowie über die pädagogischen Grundlagen einschließlich der Förderangebote, Methoden und Arbeitsweisen der Kindertageseinrichtung und der Grundschule; verständigen sich auf ein in der Regel mehrjähriges Konzept, in dem die Ziele und die Schwerpunkte der Kooperation unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten einschließlich der vor Ort umgesetzten Fördermaßnahmen beschrieben werden.

- Kooperationslehrkräfte und pädagogische Fachkräfte führen pädagogische Angebote für die künftigen Schulanfänger/innen durch.
- Die Kooperationslehrkraft schätzt den Entwicklungsstand des Kindes während der Durchführung der pädagogischen Angebote ein. Sie dokumentiert auf einem Einschätzungsbogen (s.u.) den Entwicklungsstand des Kindes im Hinblick auf die für das Lesen-, Schreiben- und Rechnenlernen notwendigen Vorläuferfertigkeiten sowie auf die kognitiven Grundfähigkeiten des Kindes.
- Ein Beratungsgespräch zum Entwicklungsstand und den Entwicklungsfortschritten des Kindes wird auf Wunsch der Eltern oder nach Entscheidung der pädagogischen Fachkraft und der Kooperationslehrkraft den Eltern des Kindes angeboten.

Mit der Einführung dieser VwV ignoriert das KM die Realität. Beispiel: Die im Einschätzungsbogen aufgeführten Items können nur beantwortet werden, wenn zuvor pädagogische Situationen mit den Vorschulkindern vorbereitet und durchgeführt werden, in denen die gewünschten Punkte beobachtet werden können. Welche Konsequenzen aus den

Ergebnissen der Einschätzung gezogen werden, ist unklar.

Eine gute Kooperation braucht neben pädagogischen Angeboten und diagnostischen Kompetenzen der Beteiligten vor allem ausreichende Zeit, um vor Ort mit den Kindern und den Eltern zielführend arbeiten zu können. Die in der VwV formulierten Aufgaben sind ein eigenständiges Aufgabenfeld, das zu Kooperationslehrkräften weitergebildete Grundschullehrkräfte nicht nebenher bewältigen können.

Der Hauptpersonalrat GHWRGS hat der Einführung der VwV deshalb widersprochen. Der HPR fordert, dass eine Grundschule pro Kita, mit der kooperiert wird, zwei Anrechnungsstunden bekommt. Das hat das KM mit Verweis auf die seit 2012 vergebene Anrechnungsstunde abgelehnt. Das KM behauptet, dass die Schulen und die Lehrkräfte mit dieser Stunde auch alle mit der neuen VwV verbundenen Aufgaben übernehmen können. Der HPR hält das für unmöglich und hat den Vorgang deshalb einer personalrechtlich vorgesehenen Einigungsstelle vorgelegt. Dort wird der HPR die Argumente für mehr Anrechnungsstunden mit dem Kultusministerium diskutieren. ▀

**Michael Hirn und
Ricarda Kaiser**

Hauptpersonalrat GHWRGS



DER GUTE PERSONALSCHLÜSSEL IN BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KITAS

Was die Zahlen wirklich aussagen

Ende September 2019 wurde der neue „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2019“ veröffentlicht. Baden-Württemberg führt auch in diesem Jahr die Statistik zum Personalschlüssel an. Die Zahlen suggerieren eine hervorragende Personalausstattung in Kitas. Dabei geht es lediglich um eine rechnerische Größe.



Die Kita-Fachkräfte wundern und ärgern sich über die Ergebnisse des Länderreports, da statistische Zahlen die Realität nicht abbilden.

Jedes Jahr aktualisiert die Bertelsmann Stiftung auf Grundlage der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken den Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme. Seit mehreren Jahren führt Baden-Württemberg die Statistik zum Personalschlüssel an. Für Krippengruppen mit unter 3-jährigen Kindern wird ein Personalschlüssel von 1 : 3,0 errechnet, für Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren beträgt dieser 1 : 7.

Dieser „Spitzenplatz“ wird von den politisch Verantwortlichen regelmäßig dazu genutzt, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass in den Kitas die Welt in Ordnung ist.

Die Kita-Fachkräfte jedoch wundern und ärgern sich über die Ergebnisse, da Zahlen die Realität nicht abbilden und sie in ihrer täglichen Arbeit für mehr als die errechneten Kinder zuständig sind. Wie kann das sein? Um zu verstehen, warum der Länderreport und die tatsächliche Personalausstattung nicht zusammenpassen, muss man sich mit der Berechnungsmethode auseinandersetzen.

Das Kleingedruckte gibt Aufschluss

Laut Bertelsmann Stiftung handelt es sich beim Personalschlüssel „um eine Kennziffer, die jeweils zum 1. März eines jeden Jahres aus der amtlichen Statistik ‚Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen‘ errechnet wird. Der darzustellende Personalschlüssel ist dabei nur eine „rechnerische Größe“, um Grundsatzaussagen über regionale Unterschiede und im Zeitverlauf zu ermöglichen. In der täglichen Betreuungssituation vor Ort können sich

durchaus andere Bedingungen ergeben.“ Das Konstrukt des Personalschlüssels stellt laut Länderreport in erster Linie „eine entsprechende Vergleichbarkeit her, die allerdings auf einer Standardisierung einiger Rahmenbedingungen beruht – so wird insbesondere von einer täglichen Öffnungszeit der KiTas von acht Stunden ausgegangen.“

Berechnungsmethode

Zur Berechnung des Personalschlüssels wird eine von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ^{Stat}) entwickelte Methode angewandt. Um vergleichbare Werte zu erhalten, müssen mehrere Standardisierungen vorgenommen werden.

Konstruktion von Gruppentypen

Die Berechnung erfolgt auf der Basis von standardisierten Gruppen. Die Zuordnung zu einem Gruppentyp orientiert sich dabei nicht an den jeweiligen landesrechtlichen Vorgaben, sondern erfolgt primär anhand der Alterszusammensetzung der Kinder in der Gruppe zum Stichtag 01.03. eines Jahres.

- Krippengruppe: ausschließlich Kinder unter drei Jahren. (In BW trifft dies auf ca. 54 Prozent der Krippengruppen zu)
- Kindergartengruppe: ausschließlich Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt. (In BW: 48 Prozent)

Alle weiteren Kinder im Krippen- und Kita-Alter besuchen in Baden-Württemberg altersübergreifende Gruppen, für die ungünstigere Personalschlüssel errechnet wurden. Für Kita-Gruppen mit 2-jährigen beträgt dieser 1 : 6,9 und für Gruppen mit allen Altersgruppen 1 : 5,3.

Fotos: imago



Bildung von Äquivalenten

Zur Berechnung des Personalschlüssels werden sogenannte Äquivalente gebildet. Die Buchungszeiten der Kinder werden zu „Ganztagsbetreuungsäquivalenten“ sowie die Teilzeit-Arbeitszeiten der Fachkräfte zu „Vollzeitbeschäftigungsäquivalenten“ zusammengefasst und zueinander ins Verhältnis gesetzt. Die Grafik erläutert dieses Rechenkonstrukt an einem Beispiel.

Die Bertelsmann Stiftung betont ausdrücklich, dass das Betreuungsverhältnis im Alltag der Kita immer ungünstiger aussieht, da bei der Berechnung weder Vorbereitungszeiten, Teamsitzungen, Elterngespräche noch Ausfallzeiten berücksichtigt werden: „Die Verhältniszahl darf also nicht so interpretiert werden, dass zu jedem Zeitpunkt am Tag eine Fachkraft für die angegebene Anzahl an Kindern zur Verfügung steht.“ Dr. Matthias Schilling (Forschungsverbund DJI/TU) führte 2008 aus: „Eine Darstellung der realen Betreuungssituation in den Gruppen ist mit Hilfe der amtlichen Statistik nicht möglich.“ Das Konstrukt des Personalschlüssels kann somit auch keine Information über die Qualität der pädagogischen Arbeit geben.

Laut Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2019 ist für eine gute Kita-Qualität neben zahlenmäßig ausreichendem Personal auch das Qualifikationsniveau der Fachkräfte sowie die Ausstattung der Kitas mit Leitungszeit wesentlich. In beiden Kategorien landet Baden-Württemberg im Bundesvergleich auf einem der hinteren Plätze. ■

Heike Pommerening,

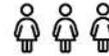
Stellvertretende GEW-Landesvorsitzende

Berechnungsbeispiel

Krippengruppe (Öffnungszeit: 45 Std./Wo.)

10 Kinder unter 3 Jahren

3 Fachkräfte (Erzieherin, Kinderpflegerin, PIA-Azubi)



1. Betreuungszeiten der Kinder addieren und durch 40 Wochenstunden teilen.

Es ergibt sich das sog. „Ganztagsbetreuungsäquivalent“



$$35+30+25+25+30+35+35+25+30+30 =$$

$$\frac{300 \text{ Betreuungsstunden}}{40 \text{ Wochenstunden}}$$

$$= 7,5$$

„Ganztagsbetreuungsäquivalente“

Dies suggeriert, dass immer nur 7,5 Kinder anwesend sind. Zudem wird nicht berücksichtigt, dass sich die gebuchte Betreuungszeit auf eine Öffnungszeit von 45 Stunden verteilt.

2. Die Arbeitszeiten der Fachkräfte addieren und durch eine 39 Std.-Arbeitswoche teilen.

Daraus ergibt sich das sog. „Vollzeitbeschäftigungsäquivalent“.



$$39 + 30 + 16 =$$

$$\frac{85 \text{ Wochenarbeitsstunden}}{39 \text{ Stundenwoche}}$$

$$= 2,1$$

„Vollzeitbeschäftigungsäquivalente“

Dass die Kinderpflegerin nur an 4 Tagen und die PIA-Auszubildende nur an 2 Tagen arbeitet, wird nicht berücksichtigt.

3. Teilen der Ganztagsbetreuungsäquivalente durch das Vollzeitbeschäftigungsäquivalent.

$$\frac{7,5 \text{ Ganztagsbetreuungsäquivalente}}{2,1 \text{ Vollzeitbeschäftigungsäquivalente}}$$

= „rechnerischer“ Personalschlüssel = 1 : 3,5

Der errechnete Personalschlüssel suggeriert, dass eine Fachkraft für 3,5 Kinder zuständig ist. Dabei müssen die Fachkräfte mit ihrer Arbeitszeit die gesamte Öffnungszeit (45 Std./Wo.) abdecken.

<https://icons8.de>

© Heike Pommerening

LÄNDERMONITOR BERUFLICHE BILDUNG 2019

Wenn Ausbildungsplätze und Bewerber/innen nicht zusammenpassen

Im September veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung den „Ländermonitor berufliche Bildung 2019.“ Das Forschungsprojekt wurde von Wissenschaftler/innen der Universität Göttingen um Prof. Susan Seeber erstellt und beleuchtet vor allem die unterschiedlichen Ausbildungschancen von Jugendlichen.

Der Ausbildungsmarkt in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich entspannt. Der "Ländermonitor berufliche Bildung 2019" verdeutlicht aber, dass die strukturellen Probleme in der dualen Ausbildung keineswegs beseitigt sind. So hat sich in Baden-Württemberg (BW) die sogenannte Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) – Angebot an Ausbildungsplätzen und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen – zwar deutlich verbessert (ANR 2007: 87,5; 2018: 99,7), hier ist allerdings ein differenzierter Blick notwendig:

- Das Bundesverfassungsgericht hat 1980 festgehalten, dass für ein „auswahlfähiges Angebot“ mindestens ein Überhang von 12,5 Prozent notwendig ist. Davon ist BW noch ein gutes Stück entfernt.
- Die Verbesserung der ANR ist zu einem erheblichen Teil auf eine gesunkene Nachfrage (minus 10 Prozent) zurückzuführen, die demografisch bedingt ist, und nur zum geringeren Teil auf ein größeres Angebot (ca. 1 Prozent).
- Anlass zur Besorgnis gibt die Ausbildungsquote (Verhältnis der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu Auszubildenden), die seit 2009 gesunken ist. In den westdeutschen Flächenländern ist dafür der Beschäftigungszuwachs verantwortlich. Die gute wirtschaftliche Lage und der damit verbundene Beschäftigungsaufbau haben folglich keineswegs dazu geführt, dass die Unternehmen mehr ausbilden.
- Die ANR weist nach wie vor eine große regionale Streuung auf. So gibt es

besonders im Norden des Landes Agenturbezirke (Heidelberg, Waiblingen, Heilbronn, Mannheim, Schwäbisch Hall/Tauberbischofsheim) mit einer ANR zwischen 90 und 96. Besser sind beispielsweise Konstanz/Ravensburg, Ulm, Göppingen oder Lörrach mit über 100.

Schulische Ausbildungsgänge unterrepräsentiert

Beim Anteil der Neuzugänge in vollqualifizierende Ausbildung liegt BW mit 17 Prozent an vorletzter Stelle aller Bundesländer. Dieser Bereich hat zudem seit 2015 nur einen leichten Aufwuchs (4,7 Prozent) erlebt. Dies liegt sicher auch an der stark durch den Produktionsbereich geprägten Arbeitsmarktstruktur. Das ist aber keineswegs unproblematisch, da sich hinter den schulischen Ausbildungsgängen vor allem die Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe (GES) verbergen. Der Bereich wurde zwar seit 2007 strukturell in erheblichem Maße umgebaut (Abbau von z.B. Assistenzberufen, Aufbau des GES-Bereiches), so dass der Anteil der GES-Berufe von knapp 37 Prozent auf 64 Prozent (2017) gestiegen ist. Berücksichtigt man aber den bereits heute bestehenden Fachkräftemangel in diesen Berufen und dass dort in den kommenden Jahren viele zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, dann ist der Anstieg deutlich zu gering und wird den Fachkräftemangel verschärfen.

Passungsprobleme nehmen zu

Auffällig ist auch, dass sich die verbesserte ANR immer häufiger nicht auswirkt. So ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen von 2.607 (2009) auf 8.976 (2018) gestiegen, während die Zahl der unvermittelten Bewerber/innen lediglich um eine Viertel auf 9.246 zurückging. Hier kommen sogenannte Passungsprobleme zum Tragen. Professorin Susan Seeber unterscheidet hier drei Arten:

- Berufsfachliche Passungsprobleme, d.h. die angebotenen Stellen passen nicht zu den Berufswünschen der unvermittelten Nachfrageseite und umgekehrt.
- Regionale Passungsprobleme liegen vor, wenn eine unbesetzte, beruflich passende Stelle nicht im selben Arbeitsagenturbezirk liegt, in der der unvermittelte Bewerber wohnt.
- Eigenschaftsbezogene Passungsprobleme meint, dass Betriebe und Bewerber/innen nicht zusammenfinden, obwohl Angebot und Nachfrage mit Region und Beruf übereinstimmen. Dazu kommt es, wenn Betriebe Bewerber/innen wegen fehlender gewünschter Eigenschaften (z.B. bestimmter Schulabschluss) ablehnen oder umgekehrt, wenn Bewerber/innen einen Betrieb wegen dessen Eigenschaften (z.B. Ausbildungsbedingungen) ablehnen.

Bemerkenswert ist, dass in BW – stärker als im Bundesdurchschnitt – der Anteil berufsfachlicher Passungsprobleme sprunghaft gestiegen ist (2009 16 Prozent, 2018 47 Prozent).

So gibt es z. B. einen erheblichen Überhang an Ausbildungsstellen im Bereich Nahrung, Hotel und Gastronomie. Die Ursachen dafür, das hat der DGB-Ausbildungsreport deutlich gemacht, liegt aber auch an der mangelnden Attraktivität der Berufe und der entsprechenden Qualität der Ausbildungsverhältnisse. Regionale Passungsprobleme nehmen zwar an absoluten Werten zu, verlieren aber relativ an Gewicht (19 Prozent 2009, 11 Prozent 2018), ähnlich auch die eigenschaftsbezogenen Passungsprobleme.

Soziale Differenzierungen

Die Chancen von Jugendlichen auf eine vollqualifizierende Ausbildung unterscheiden sich nach wie vor nach sozialen und bildungsbiographischen Merkmalen. So liegt z. B. der Anteil der direkten Einmündungen von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss sowohl für die duale Ausbildung (ca. 28 Prozent) als auch für das Schulberufssystem (7 Prozent) unter dem Bundesdurchschnitt (37 bzw. 10 Prozent). Dies bedeutet, dass ca. 65 Prozent dieser Jugendlichen im Übergangssektor landen, insgesamt sind es in BW nur 40 Prozent. Das Land im Südwesten

weist insgesamt betrachtet im bundesweiten Vergleich einen sehr großen Übergangsbereich aus. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die einjährigen Berufsfachschulen in einer Reihe von Ausbildungsberufen gleichzeitig das erste Ausbildungsjahr abdecken. Der Ländermonitor kommt aber zu der Einschätzung, selbst wenn man diese Anrechnungsregelungen berücksichtigt und in Rechnung stellt, dass unter diesen Jugendlichen viele Zugewanderte sind, die in der Statistik des Landes regelhaft als Personen ohne Hauptschulabschluss geführt werden. Man muss davon ausgehen, dass sich der Übergangsprozess in eine vollqualifizierende Berufsausbildung für gering qualifizierte Jugendliche alles andere als leicht darstellt (siehe Abbildung).

Lösungsansätze

Der Bericht über die berufliche Bildung 2019 bestätigt letztlich die von den Gewerkschaften seit langem vertretene Auffassung, dass die Attraktivität der Berufsausbildung dringend gestärkt werden muss. Hinsichtlich der eigenschaftsbezogenen Passungsprobleme kommt die Forschergruppe zu der Schlussfolgerung,

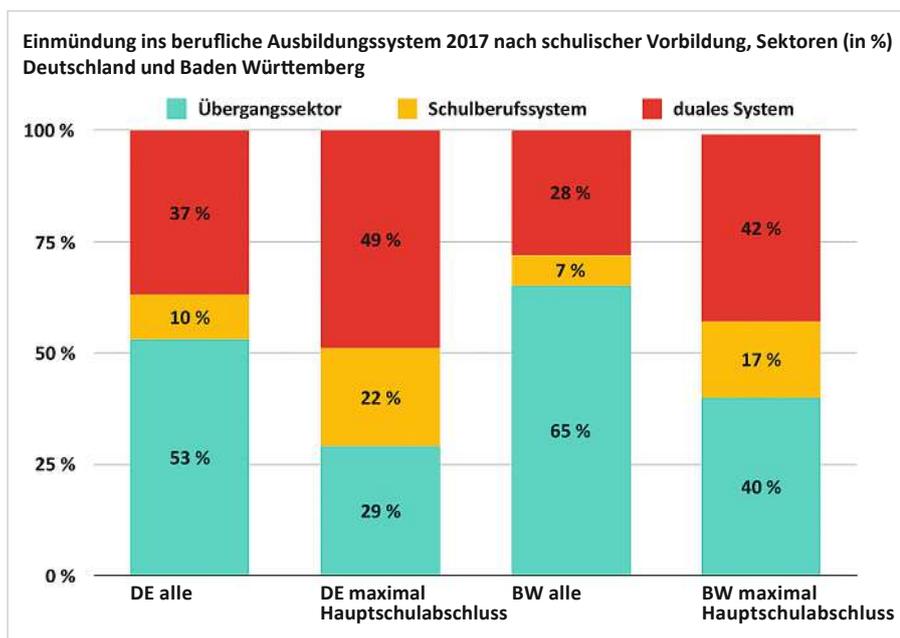
dass man kaum darum herumkommen wird, das Angebot an attraktiven Ausbildungsstellen auszubauen. Regionale Passungsprobleme lassen sich nur durch die Förderung einer höheren Mobilität lösen. So hat z. B. der Landesausschuss für Berufsausbildung die Landesregierung aufgefordert, ein verkehrsbundübergreifendes, kostengünstiges Angebot für Auszubildende einzuführen sowie Maßnahmen zu entwickeln, wie Auszubildende, die den Wohnort wechseln, kostengünstig untergebracht und – bei Minderjährigen – betreut werden können.

Um die Chancen für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss bzw. Migrant/innen zu verbessern, fordern die Gewerkschaften seit langem einen vollständigen zweiten Berufsschultag, um so Jugendliche besser ausbildungsbegleitend fördern zu können. Zwar wurde eine Reihe von Maßnahmen (assistierte Ausbildung, Ausbildungsbegleitende Hilfen) entwickelt. Diese Maßnahmen werden aber von verschiedenen Stellen und Trägern angeboten und finden immer zusätzlich zur Ausbildung und dem Berufsschulunterricht statt. Ziel ist es deshalb auch, die bislang entstandenen Fördermaßnahmen an den beruflichen Schulen zu zentralisieren und in eine Hand zu legen.

Unabhängig davon bleibt aber die zentrale Aufgabe nach wie vor: Die Wirtschaft muss deutlich mehr Ausbildungsplätze schaffen. ▬

Michael Futterer

Stellvertretender GEW-Landesvorsitzender



GEWERBLICHE SCHULE

Den Berufsstolz zurückgeben

Die gewerbliche Schule im Hoppenlau in Stuttgart nutzt die Abschlusspräsentationen der Konditorenmeister/innen, um für die Schule und ihre Handwerksberufe zu werben. Die Leistungen sind beeindruckend. Ihre Karriere steht vielen akademischen Berufen in nichts nach.



Vier junge Frauen und ein junger Mann präsentieren Mitte Juli ihre Meisterwerke: Ein Baumkuchen, neun Sorten Pralinen, drei Sorten Salzgebäck, fünf Torten, Eis und ein besonderes Schaustück. Am Freitagabend erhielten die Aspirant/innen auf den Meistertitel ihre Aufgaben, am Samstag wird eingekauft und von Montag bis Mittwoch wird gebacken, verziert, gegessen und was sonst noch zum Konditorenhandwerk gehört. Kurz nach 18 Uhr verkündet der Konditormeister und technische Oberlehrer Joachim Feinauer die Entscheidung des Meisterprüfungsausschusses der Handwerkskammer Stuttgart: „Alle haben bestanden“. Nicht nur die Prüflinge sind erleichtert, gute Abschlüsse erfreuen Lehrkräfte, Schulleitung und Angehörigen ebenso.

Besucher/innen können die Meisterstücke besichtigen: Unter Mottos wie „Schöner Schwarzwald“, „Faszination Rumänien“, „Japan zur Kirschblütenzeit“ oder „Sweet Halloween“ stellen die Konditor/innen ihre essbaren Werke aus. Davor haben sie ein 45-minutenlanges Prüfungsgespräch überstanden und unter hohem Leistungs- und Zeitdruck die Kunstwerke geschaffen. „Es kann vorkommen, dass beim Schaustück der Guss bricht. Dann müssen sie von vorne anfangen“, erklärt Schulleiter Gerald Machner. Nicht ohne Stolz berichtet er von bekannten Konditoren- und Cafébetreiber/innen, die ihren Meistertitel an der Schule erworben haben. Dazu gehört beispielsweise Gülsün Akci. Sie kombiniert im Stuttgarter Café Blüte klassische Konditorei mit Rezepten einer türkischen Feinbäckerei. Bevor die meist jungen Absolvent/innen das Risiko einer Unternehmensnachfolge oder -gründung eingehen, durchlaufen sie auch Härte-tests auf Kreuzfahrtschiffen oder arbeiten in der Patisserie von großen Hotels oder guten Restaurants.



Zwei Meisterwerke von Konditorenmeisterinnen. Pflicht sind: Ein Baumkuchen, neun Sorten Pralinen, drei Sorten Salzgebäck, fünf Torten, Eis und ein besonders Schaustück (jeweils ganz links auf dem Tisch). **Oben** lautet das Motto der frisch gekürten Meisterin: „Schöner Schwarzwald“, **unten** „Faszination Rumänien“.

Wozu die Mottos gut sein sollen, wird klar, wenn der stellvertretende Schulleiter Andreas Baitinger über die Ausbildung spricht: „Die Produkte müssen emotionalisiert werden, sie brauchen regionale Nähe.“ Beim Kunden müsse man Verständnis für den Wert der Produkte wecken, eine Geschichte erzählen, klären, woher die Produkte kommen und woraus sie bestehen. Anders habe das Handwerk gegen die Supermärkte keine Chance. Vor allem Bäckereien kämpfen. Von rund 10.000 Bäckereien in Deutschland werden nur rund 4.000 bis 5.000 überleben, schätzt Baitinger. Gut backen können, reicht nicht.



Der stellvertretende Schulleiter Andreas Baitinger zeigt die Getreidepflanzen vor der Schule.

Vom Halm bis zum Teller sollen die Auszubildenden ihre Produkte kennen. Daher wachsen im Vorgarten der Schule ein paar Quadratmeter Getreide. „Das größte innerstädtische Getreidefeld“, erklärt Baitinger lachend. Hier können Schüler/innen nicht nur verfolgen wie Weizen und Roggen gedeiht. Sie sehen auch, welche Rolle Wind und Wetter spielen oder wie Marienkäfer helfen können, den Lausbefall zu reduzieren. Nicht nur die Getreidepflanzen vor der Schule fallen auf. Die vier großen Gebäude der Gewerbeschule im Stuttgarter Westen sind nicht zu übersehen. Die Schule mit 1.700 Schüler/innen bietet Aus- und Weiterbildungen für alle 13 Berufe der Berufsfelder Nahrung (z. B. Müllerei, Getreidelagertechnik, Fleischer/in, Bäcker/in, Koch/Köchin, weitere Gastronomieberufe, Lebensmittelfachverkauf) und Körperpflege (Kosmetik und Frisör/in) an. Die Schule bildet auch seltene Berufe aus,

z. B. Müllerei samt Meistertitel. In den Bundes- und Landesfachklassen sitzen Schüler/innen, die einen weiten Fahrweg in Kauf nehmen oder im Internat untergebracht sind. Im Gegensatz zum Bäcker, zur Bäckerin bleiben bei den Müllern und Müllerinnen viele im Beruf. Über diesen Berufszweig freut sich vor allem der stellvertretende Schulleiter. Als Seiteneinsteiger war er in der Getreideforschung tätig, arbeitete als Unternehmensberater für Mühlen und wurde dann Lehrer. Ihm sind Außenkontakte sehr wichtig. Er organisiert fachliche Exkursionen oder pflegt Partnerschaften mit Brasilien oder der Schweiz. Frisör/innen und Kosmetiker/innen besuchen Modeschulen und Modeschauen. „Wir gehen in Betriebe, auf Messen und beteiligen uns an Wettbewerben.“

Baitinger will damit Handwerker/innen den Berufsstolz zurückgeben. „Aktuell ist ein Bäcker weniger angesehen“, sagt er. Dabei müssten sich die Absolvent/innen aus dem Handwerk neben Akademiker/innen nicht verstecken. Nicht selten stünden sie bei Berufsperspektiven und Gehalt besser da. „Ein Meister kann mit einem Verzweiflungsbachelor locker mithalten“, erklärt er augenzwinkernd.

Doch die Meisterschule ist für viele Schüler/innen ein finanzieller Kraftakt. Sie bekommen maximal 300 Euro Meister-Bafög. Schule und Prüfung kosten Geld. Oft werden sie in der Zeit vom Betrieb ohne Einkommen freigestellt. Da die Bewährungszeit nach der Gesellenprüfung in den Meisterprüfungsordnungen wegfällt, sind die Meisterschüler/innen jünger geworden. In der Regel sind sie zwischen 20 und 30 Jahre alt. Anstrengend ist die Ausbildung auch. Sie dauert vom 15. Dezember bis Ende Juli. Ferientage gibt es in der Zeit keine und die Schultage sind mit 10 Stunden gut gefüllt.

Joachim Feinauer unterrichtet die Konditormeisterschüler/innen. Davor hat er 17 Jahre als Konditormeister gearbeitet und kam mit viel Berufserfahrung und einem guten Netzwerk an die Schule. Er ist stolz auf seine Schüler/innen und sagt, zu vielen habe er eine gute Beziehung aufbauen können. Er werde auch mal auf Hochzeiten eingeladen. „Der

Lehrerberuf ist ein Beziehungsberuf, Wertschätzung und Bindungen zu den Schüler/innen sind sehr wichtig.“

Gerald Machner ist ein Netzwerker erster Güte. Er lädt die IHK, Handwerksbetriebe, Schulverwaltung und Gewerkschaften in seine Schule ein. Er nutzt zum Beispiel die Abschlusspräsentation der Konditorenmeister/innen auch, um die Arbeit der Schule sichtbar zu machen. Man nimmt ihm ab, dass er damit seinen Schüler/innen zu besseren Chancen verhelfen will. Viele Auszubildende hätten keine positiv besetzte Schulbiografie hinter sich und brauchten das Gefühl, dass jemand für sie da ist, sie wertschätzt und ihnen was zutraut, berichtet er. Im Gegensatz zu den Ausbildungsbetrieben dürften die Auszubildenden in der Schule Fehler machen. „Hier dürfen sie Brötchen backen, die sich nicht zum Verkauf eignen. Eine Bäckerei kann sich das nicht leisten“, erklärt Machner. In der Schule dürfen sie ausprobieren, nachlernen, dort ist mehr Zeit für Erklärungen. Doch die Deputate der Lehrkräfte würden die wirkliche Arbeitszeit der Lehrkräfte nicht mehr abbilden. „AZVZ-Zertifizierungen beispielsweise, Gefährdungsbeurteilungen oder alle Zusatzarbeiten, die mit dem Datenschutz zusammenhängen, machen die Lehrkräfte für umme“, kritisiert der Schulleiter. Auch Baitinger bemängelt, dass viele Ressourcen für das Management der Werkstätten verbraucht werden. „Technik, Beschaffung, Reparaturen kosten viel Zeit, Pädagogik kommt zu kurz“, sagt er. Die Schulleitung wünscht sich auch Entlastung für die Verwaltung. „Die Aufgabenvielfalt kann nicht allein auf Funktionsstelleninhaber im Schulleitungsteam verteilt werden“, ergänzt Machner.

Das Getreidefeld vor der Schule ist inzwischen abgeerntet, die Konditormeister/innen sind verabschiedet. Der Lehrer Joachim Feinauer gibt jetzt auch Backtipps beim SWR. Die Verantwortlichen der Schule unternehmen viel, damit ihre Handwerksberufe attraktiver werden. ▀

Maria Jeggle
b&w-Redakteurin

HALTUNG

ZEIGEN

„Seien Sie mutig, Ihre Meinung zu äußern. Es gibt nichts Schlimmeres, als sich wegzudrücken.“

Leandro Karst, Schülervertreter

FACHTAG DEMOKRATIEBILDUNG

Mutig die Meinung sagen

Mit dem neuen Schuljahr soll Demokratiebildung einen höheren Stellenwert erhalten. Zur Unterstützung lud das Kultusministerium im Juli zu einem Fachtag „Demokratiebildung“ ein. Kultusministerin Susanne Eisenmann betonte die Bedeutung demokratischen Engagements von jungen Leuten – auch bei Fridays for Future. Mehr Ressourcen bekommen Schulen nicht.

Angekündigt war die Vorstellung und Diskussion des „Leitfadens Demokratiebildung“, der zu diesem Schuljahr verpflichtend eingeführt wurde. Mehr als ein paar einleitende Worte waren darüber nicht zu hören. Ein begleitendes Fortbildungskonzept und konkretes Unterrichtsmaterial wurden lediglich versprochen. Im dazu angebotenen Forum war vom Leitfaden nicht mehr die Rede. Die Landeszentrale für politische Bildung stellte vor allem vorhandene Materialien vor. Damit bleibt mehr

als fraglich, ob der ziemlich überfrachtete Leitfaden tatsächlich eine anregende Rolle an den Schulen spielen wird (siehe b&w 5/2019).

So blieb es Professorin Monika Oberle von der Uni Göttingen vorbehalten, in ihrem Vortrag „Demokratiebildung als Aufgabe von Schule und Unterricht“ auf die anstehende Aufgabe einzustimmen. Sie betonte, dass der Beutelsbacher Konsens die Lehrkräfte keineswegs zur Meinungslosigkeit verurteile und kein „Neutralitätsgebot“ sei. Er verpflichtete

Pädagoginnen und Pädagogen vielmehr dazu, ihre Meinung zu sagen. Vor allem, wenn die Menschenwürde verletzt werde, gelte es, aktiv zu werden. Demokratie könne keineswegs auf „Volksherrschaft“ reduziert werden, wie die AfD suggeriere. Dazu gehörten wesentlich auch die Grund- und Menschenrechte, Pluralismus und Gewaltenteilung. Positiv hob sie auch das von den Rechtspopulisten verfemte und mit ihren Denunziationsplattformen angegriffene Leitbild von „Schule ohne Rassismus“ als Beispiel

einer demokratischen Schulkultur hervor. Demokratiebildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip vertiefte solche Ansätze. Für den Politikunterricht selbst sei eine Reduktion auf Institutionenkunde unbedingt zu vermeiden und an den Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie deren Handlungsmöglichkeiten anzusetzen. Kritisch sah sie den zu geringen Umfang des Politikunterrichts und dessen Abbau in den vergangenen Jahren. Riesenchancen für eine Fundierung im Sinne der Menschenrechte sah sie in der Grundschule. Politische Bildung muss nach Auffassung der Hochschullehrerin verpflichtender

Bestandteil des Studiums für alle Lehrkräfte sein. Denn es gehe nicht nur um (die richtige) Haltung, sondern um Wissen und Handlungskompetenz bei Lehrkräften, um

- a) die Symbole und Zeichen zu kennen und antidemokratische Auffassungen zu erkennen,
- b) antidemokratischen Meinungsäußerungen gefestigt entgegenzutreten und zurückweisen zu können,
- c) Strategien zu kennen, wie man mit populistischen Äußerungen/Provokationen im Unterricht umgeht.

Bei der Podiumsdiskussion rief der Schülervertreter Leandro Karst die Lehrkräfte

auf: „Seien Sie mutig, Ihre Meinung zu äußern. Es gibt nichts Schlimmeres, als sich wegzudrücken.“ Auch Eisenmann hob die Wichtigkeit engagierter und kritischer Lehrerinnen und Lehrer hervor. Die AfD-Meldeplattformen seien inakzeptabel. Den Wunsch, Demokratiebildung mit Unterrichtsstunden zu stärken, wies sie allerdings zurück. Auf die von Oberle festgestellte „Inkongruenz von Zielen und Umfang politischer Bildung“ war dies sicher keine befriedigende Antwort. ▀

Monika Gessat,

Jörg Götz-Hege und Erhard Korn

GEW-Vorstandsbereich Grundsatzfragen

Aktueller Stand der AfD-Meldeportale

Zum Schuljahresbeginn hat die AfD in Mecklenburg-Vorpommern ihr Meldeportal freigeschaltet. Unter Berufung auf den „Beutelsbacher Konsens“ fordert sie politische Neutralität: Lehrkräfte dürften nicht in den Meinungskampf eingreifen. Sollten sie doch eine kritische Haltung gegen Rechts formulieren, würden sie nicht „denunziert“ werden, „wie linke Gewerkschaftsvertreter“ behaupteten, vielmehr würden „Ihre zuständigen AfD-Abgeordneten aus Land, Bund und Kommunen in Gesprächen mit Lehrern und Behörden“ für schnelle Besserung sorgen.

Inzwischen hat der Landesdatenschutzbeauftragte Heinz Müller die AfD allerdings aufgefordert, die Aktion bis zum 20. September aus dem Netz zu nehmen und ein Zwangsgeld von 25.000 Euro angedroht. Die Plattform erhebe ohne Rechtsgrundlage Daten über Meinungen von Lehrkräften und verstoße gegen den Datenschutz. (NDR 13.09.19)

Es dürfe nicht sein, dass Lehrer durch ein solches Portal in ihrer Unterrichtstätigkeit eingeschüchtert werden, argumentierte Müller. Es sei selbstverständlich eine Aufgabe der Lehrer, für die Demokratie, das Grundgesetz und die darin gewährleistete Menschenwürde einzutreten. „Dabei sollen sie keine Angst haben, von selbsternannten AfD-Aufpassern behelligt zu werden“, so der Datenschützer gegenüber dem NDR. Die AfD droht ihm nun mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde.

Der „Ertrag“ der Petzseiten in den anderen Bundesländern ist gleich Null oder, wie in Niedersachsen, gering. Hier prüft die Schulbehörde AfD-kritische Äußerungen einer Theater-AG. Inzwischen musste sie nach „Überflutungen“ mit Jux-Meldungen abgeschaltet werden. In Hamburg kam es zu einer erregten Senatsdebatte, nachdem die Schulbehörde in den Osterferien Plakate einer Schüler-AG der Ida-Ehre-Schule hatte entfernen lassen.

Die CDU-Schulpolitikerin Birgit Stöver kritisierte Schulsenator Ties Rabe (SPD). Es sei falsch gewesen, die Aufkleber in den Schulferien entfernen zu lassen, ohne vorher mit den Lehrern zu reden. „Sie haben übereilt gehandelt und die Denunzianten-Plattform unnötig geadelt“, sagte Stöver. (NDR 27.05.19)

In Baden-Württemberg musste MdL Stefan Räßle seine Plattform vor einem Jahr vom Netz nehmen. Die Landtagsfraktion hat zwar eine eigene Seite angekündigt, ist aber offenbar mit ihren Flügel-Kämpfen überlastet. Im Landtag kam es erneut zu einem Eklat, als MdL und AfD-Mitglied Wolfgang Gedeon nach dem Mord am Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke den rechtsextremistischen Terror als einen „Vogelschiss“ bezeichnete.

Erhard Korn

SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

Jeder ist anders und das ist gut so

Brigitte Hellmich ist Schwerbehindertenvertreterin bei einem großen privaten Bildungsträger, dem Internationalen Bund (IB) in Stuttgart. Im Gespräch mit b&w berichtet sie über ihre Arbeit, über die Rechte der Schwerbehinderten und warum der Status nicht schambesetzt sein sollte.



Foto: Evi Maziol

Brigitte Hellmich mit Martin Schommer im Gespräch.

Wie viele Beschäftigte vertrittst du?

Brigitte Hellmich: Ich bin für den IB Süd e.V. Württemberg zuständig und dort arbeiten ungefähr 1.700 Beschäftigte. Meine Kollegin und ich vertreten dort zurzeit knapp hundert schwerbehinderte Personen.

Welche Stellung hast du?

Ich bin die Vertrauensperson für die Schwerbehinderten und habe zwei Stellvertreter/innen, die nur einspringen, wenn ich ausfalle. Im Moment bin ich zu 50 Prozent meiner Arbeitszeit für die Schwerbehindertenvertretung freigestellt. Die anderen 50 Prozent arbeite ich als Sozialpädagogin in der Reha-Ausbildung. Die Freistellung ist in meinem Fall keine Pflicht, aber sehr hilfreich. Sonst müsste ich mich wie ein nicht freigestellter Betriebsrat bei jedem Termin beim

Arbeitgeber abmelden. Das ist schon aus datenschutzrechtlichen Gründen sehr schwierig. Daher haben wir das beim IB so gelöst.

Wieso hast du die Aufgabe übernommen?

Ich finde es eine sinnvolle Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Rechte der schwerbehinderten Menschen im Betrieb beachtet werden.

Du selbst bist nicht schwerbehindert?

Nein, muss ich auch nicht.

Wäre das leichter, um sich einzufühlen zu können?

Ich habe um mich herum viele Schwerbehinderte und kämpfe auch in der Familie um deren Rechte. Daher war mir von vorneherein klar, was es bedeutet, eine Behinderung zu haben.

Ist es schwierig durchzusetzen, dass genügend Schwerbehindert eingestellt werden?

Der IB kümmert sich darum, dass Schwerbehinderte beschäftigt werden. Voraussetzung ist, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Bei gleicher Qualifikation werden sie bevorzugt behandelt. Darauf achte ich. Daher bin ich bei den Einstellungsgesprächen dabei, sowohl bei dem Gespräch mit einem Behinderten als auch bei Nichtbehinderten. Dann kann ich beurteilen, ob es fair lief.

Was heißt hier fair?

Unfair ist, wenn Sachen gefragt werden, die nicht relevant für die Stelle sind. Fair ist, dass möglichst beiden die gleichen Fragen gestellt werden. Wenn Schwerbehinderte eingestellt werden, kenne ich auch viele Förderungsmöglichkeiten.

Wie ist der Status

„Schwerbehinderte“ definiert?

Das geht über den Grad der Behinderung, wie er im Schwerbehindertenausweis steht. Wer mehr als 50 Prozent behindert ist, gilt als schwerbehindert. Das können Menschen mit Insulinpflicht sein, mit Diabetes, mit Herz- oder Krebserkrankung, auch Burn-out kann dazuzählen. Vielen sieht man es nicht an. Bei manchen Krankheiten wie Krebs wird der Status nach einer gewissen Zeit überprüft. Es gibt aber viele Krankheiten, die dauerhaft sind.

Angenommen, ich würde krebskrank und käme mit 50 Prozent Behinderung in den Betrieb zurück. Was würdest du für mich tun?

Ich würde Kontakt mit dir aufnehmen und sagen, was ich dir anbieten kann. Wir könnten beispielsweise prüfen,

**„Ich würde nicht nach
gesund und krank trennen.
Jeder ist anders. Jeder ist
mit seinen Eigenarten zu
beachten.“**

Brigitte Hellmich

ob dein Arbeitsplatz „leidensgerecht“ ist. Leidensgerecht ist der gesetzliche Begriff. Manche brauchen einen anderen Stuhl oder schwerhörige Menschen können in einem großen Büro nur schwer telefonieren.

Bei Eingliederungsmaßnahmen, meist nach der Reha, spreche ich auch mit den Menschen. Dann besuche ich sie vor Ort. Ich will verhindern, dass Kolleg/innen in Stress geraten, um nach Stuttgart zu kommen.

Was für die Gesundheit sinnvoll ist, können nur Ärzte beurteilen. Welche Maßnahmen am Arbeitsplatz hilfreich sind, kann der- oder die Betroffene, bzw. der technische Dienst meist gut einschätzen. Im Gespräch besprechen wir Maßnahmen, z.B. mit wie vielen Stunden jemand wieder einsteigen möchte. Das wird wieder mit der Ärztin oder dem Arzt geklärt und danach geht das Ergebnis an die Personalabteilung. Wenn sie zustimmt, werden die Eingliederungsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Bezahlt wird die Person während der Eingliederungszeit mit Krankengeld. Das ist in manchen Fällen ein Handicap.

Welche Rechte haben Schwerbehinderte?

Sie haben Kündigungsschutz und 5 Tage mehr Urlaub. Sie können auch ohne Abschlüsse früher in Rente gehen.

An was denkt ein gesunder Mensch nicht, wenn er die Bedürfnisse eines Kranken berücksichtigt soll?

Ich würde nicht nach gesund und krank trennen. Jeder ist anders. Jeder ist mit seinen Eigenarten zu beachten.

Du willst dafür sensibilisieren, dass Schwerbehinderung kein Makel ist?

Ja, das muss man allen sagen. Viele kämpfen mit ihren Krankheiten und sind zusätzlich belastet, wenn die Behinderung öffentlich wird. Vielen ist nicht bewusst, dass alle irgendwas im Rucksack tragen. Wenn ich mir zugestehe: „Das gehört zu mir, so bin ich“, dann kann ich auch nach außen geben. Es muss sich aber niemand outen. Nur die Personalabteilung weiß Bescheid, nicht unbedingt die Kolleg/innen.

Denkst du, es gibt eine Dunkelziffer?

Es gibt eine Dunkelziffer bei Behinderten, aber nicht bei Schwerbehinderten. Ich glaube, wer diesen Status hat, steht dazu. Ich vertrete auch Menschen mit weniger als 50 Prozent Behinderung. Sie haben zwar weniger Rechte, können sich aber mit Schwerbehinderten gleichstellen lassen und erhalten dann Kündigungsschutz.

Stehen Behinderte unter Druck, weil sie gleich viel leisten wollen wie Nicht-Behinderte?

Das hängt auch davon ab, wie gut sie mit sich selbst im Reinen sind. Es kann sich jemand überschätzen, weil er oder sie meint, sie müssten mehr leisten. Aber meist haben die Kolleg/innen eine gute Selbsteinschätzung. Sie sind übrigens nicht öfter krank als andere.

Hilft es, wenn öffentlich wird, dass Prominente auch krank sind?

Ja, das hilft, weil sie sich dann nicht mehr als Sonderfall ausgeschlossen fühlen.

Was ist dein größter Erfolg?

Wir haben schon einiges durchbekommen, damit die Arbeitsplätze leidensgerecht werden. Das kann mal besseres Licht oder ein großer Bildschirm sein. Manchmal dauert es länger, als wir wollen, aber es ist gut zu beobachten, wie viel leichter die Kolleg/innen dann arbeiten können.

Könnte die GEW etwas für die Schwerbehinderten tun?

Ich hätte als Schwerbehindertenvertreterin gerne mehr Informationen von der GEW. Beispielsweise wie viele Schwerbehindertenvertretungen es in der GEW gibt. Oder bei welchen Themen die behinderten Kolleg/innen mitgedacht werden können. Weder bei Fortbildungen noch in Tagungen kommen bei der GEW Behinderte vor. Aber nicht nur bei der GEW sollten sie besser berücksichtigt werden. Insgesamt nimmt das Zugeständnis, dass jeder anders ist, in der Gesellschaft zu. Es muss aber noch mehr passieren. Man sollte nicht mehr von Behinderten reden, sondern sagen, jeder ist anders und das ist gut so. ■

Das Interview führten Maria Jeggle und Martin Schommer

Allgemeine Regelungen zu Schwerbehindertenvertretungen

In privaten Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, in denen mindestens fünf schwerbehinderte Menschen dauerhaft beschäftigt sind, werden eine Vertrauensperson und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt. Wahlberechtigt sind alle schwerbehinderten Menschen im Betrieb.

Die Schwerbehindertenvertretung soll die Eingliederung der Schwerbehinderten fördern und darüber wachen, dass die zugunsten schwerbehinderter Menschen geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen angewendet werden.

Im öffentlichen Schuldienst des Landes ist die Schwerbehindertenvertretung dreistufig organisiert. Es gibt eine auf der örtlichen Ebene (im GHWRGS Bereich bei den Schulämtern, an den Gymnasien und den Berufsschulen an den Schulen), bei den Regierungspräsidien (Bezirksschwerbehindertenvertrauenspersonen) und auf der dritten Ebene beim Kultusministerium (Hauptvertrauenspersonen).

Seine gesetzlichen Wurzeln hat die Schwerbehindertenvertretung in der Weimarer-Republik, in der 1923 erstmals ein Gesetz zu Schaffung von Schwerbehindertenvertretungen erlassen wurde.

VERTRAUENSLEUTE- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ DER GEW

Position beziehen gegen Ausgrenzung und für Vielfalt

Vertrauensleute und Personalräte sprachen bei der GEW-Konferenz in Freiburg darüber, wie Lehrerinnen und Lehrer mit rechter Hetze und Diskriminierung im Klassenzimmer umgehen können.



Foto: Thomas Goebel

Lena-Katharina Schmitt (links) und Phoebe Thiele vom „Netzwerk für Demokratie und Courage Baden-Württemberg“ referieren über die Wirkung von Gruppenbildungen.

Zwei Schüler streiten in der Klasse. „Du bist echt voll schwul“, ruft einer dem anderen zu – und meint das als Beschimpfung. Wie kann die Lehrerin, der Lehrer darauf reagieren? Eine Schülerin hetzt gegen Flüchtlinge. Oder ein Kollege reagiert auf die Schilderung eines rassistischen Vorfalls im Schulhof nur mit dem Satz: „Stell Dich nicht so an!“ Was soll, was darf man in solchen Situationen tun?

„Fächer zu unterrichten, ist nur ein Teil unserer beruflichen Tätigkeit“, sagte Doro Moritz: „Wir haben einen weiteren Auftrag. Als klare Demokratinnen und Demokraten müssen wir die Werte des Grundgesetzes hochhalten.“ Die GEW-Landesvorsitzende war am 1. Oktober nach Freiburg zur Konferenz für Vertrauensleute und Personalräte an

Schulen in Südbaden gekommen. „Was tun bei rechter Hetze im Klassenzimmer?“ hieß der inhaltliche Schwerpunkt des Tages. „Mein Eindruck ist, das fremdenfeindliche Aussagen salonfähiger werden“, erklärte die Bezirksvorsitzende Sandrina Vogt.

In den Schulen gegen Ausgrenzung und für Vielfalt Position zu beziehen, verletze nicht das Neutralitätsgebot, so Moritz, im Gegenteil: „Die Gesetze verpflichten uns als Lehrerinnen und Lehrer sogar dazu, Menschenrechte und demokratische Werte zu vermitteln.“ Wenn diese angegriffen würden, gehe es darum, „politische Bildung nicht nur in einem Fach zu vermitteln, sondern auch als Haltung zu leben.“

Was das konkret bedeuten könnte, erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz in einem Kurz-Workshop mit Lena-Katharina Schmitt und Phoebe Thiele vom „Netzwerk für Demokratie und Courage Baden-Württemberg“, die sonst selbst für Projekt-tage an Schulen gehen. „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ funktionierten über Gruppenbildung, die Menschen aufgrund bestimmter Merkmale ausschließen und abwerte. So entstehe eine „Wir-Gruppe“, deren Angehörige als „normal“ und einzigartig definiert würden. Die Angehörigen der „Die-Gruppe“ werde aber als „anders“, weniger wert und gleichförmig eingestuft. Aus dieser Gruppenbildung und der pauschalen Zuschreibung von negativen Eigenschaften sowie gesellschaftlicher Macht entstünden diskriminierende Haltungen wie etwa: „Flüchtlinge sind kriminell und wollen sich nicht integrieren.“

Es sei wichtig, sich selbst und den Schülerinnen und Schülern diese Mechanismen immer wieder klar zu machen, erklärten die beiden Referentinnen. Sie im Schulalltag nicht zu verdrängen, sondern mit ihnen zu arbeiten und sie immer wieder in Frage zu stellen. Und wichtig sei, diejenigen zu stärken, die sich Diskriminierungen entgegenstellen oder von ihnen betroffen sind. Sie wünsche sich Schule als „Lebensraum, in dem Vielfalt und Toleranz erlebt und gelebt werden können“, sagte Doro Moritz. Dafür brauche es aber auch Zeit und entsprechende Kompetenzen der Lehrkräfte. Sie sehe nicht, dass die Landesregierung darauf hinwirke.

In ihren Informationen zur aktuellen Bildungspolitik kritisierte Moritz vor allem den Lehrermangel und auch die Arbeitsbedingungen an den Schulen. Kultusministerin Susanne Eisenmann erwecke mit einer langen Liste von Leitfäden, Handreichungen und Modellversuchen den Eindruck, alle möglichen Probleme anzupacken. „Aber es bleibt bei Ankündigungen.“ Das aktuelle GEW-Motto „Es ist Zeit für mehr Zeit“ bleibe auch für die kommende Landtagswahl 2021 aktuell, sagte Moritz – und schlug den Bogen zum inhaltlichen Tagesthema mit einem Zitat des Bildungsforschers und PISA-Koordinators Andreas Schleicher: „Bildungsinvestitionen bringen nicht nur volkswirtschaftlich eine höhere Rendite als Investitionen in Sach- und Produktionsmittel. Die Qualität des Bildungssystems ist letztlich auch ein Indiz für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft und ein Gradmesser der Demokratie.“

Thomas Goebel

PENSIONSANSPRÜCHE

Gute Nachrichten – vor allem für junge Beamt/innen mit Kindern

Der Landtag wird im Oktober voraussichtlich Verbesserungen für Beamt/innen beschließen. Es geht um die minimale Dienstzeit, die für eine Pension notwendig ist, und um die Mindestpension. Das ist vor allem eine gute Nachricht für junge Kolleginnen mit Kindern.

Damit eine Beamtin oder ein Beamter einen Anspruch auf Pension hat, müssen fünf ruhegehaltfähige Dienstjahre vorliegen. Bisher wurde für diese Wartezeit eine Teilzeitbeschäftigung nur anteilig dem Beschäftigungsumfang und eine Beurlaubung während der Elternzeit gar nicht berücksichtigt. Beamt/innen mit mehreren Kindern hatten deshalb manchmal selbst 10 oder 15 Jahre nach der Einstellung die fünf ruhegehaltfähigen Dienstjahre noch nicht erreicht. Falls sie dienstunfähig werden, haben sie keinen Anspruch auf eine Pension. Dagegen klagt eine Beamtin wegen Diskriminierung von Frauen beim EuGH, die Klage ist wahrscheinlich erfolgreich. Deshalb, aber auch um die Schlechterstellung von Beamt/innen im Vergleich zu Arbeitnehmer/innen (für sie gilt ein Jahr Erziehungszeit wie ein Jahr mit Beiträgen) zu beenden, wird das Landesbeamtengesetz geändert. Rückwirkend ab 01.01.2019 sollen Teilzeitbeschäftigung und Elternzeit für die Erfüllung der Wartezeit voll gewertet werden.

Auf die Höhe des Ruhegehalts wirkt sich die Änderung nicht aus. Wer zum Beispiel 6 Jahre in Elternzeit beurlaubt war und danach maximal mit 50 Prozent und vielleicht auch nur bis zum 63. Lebensjahr arbeitete, hat seit 2011 nur einen Ruhegehaltssatz zwischen 25 und 30 Prozent. Das ist weniger als die beamtenrechtliche Mindestversorgung von 35 Prozent (aktuell 1.759,60 Euro brutto). Doch auch dieses Problem wird nun gelöst.

Wegen einer anderen Klage wird eine andere Verschlechterung rückgängig gemacht. Beamt/innen erhielten seit 2011 weniger als die Mindestversorgung, wenn sie wegen langer Teilzeitarbeit oder Beurlaubung mit ihrem erreichten



Teilzeitbeschäftigung und Elternzeit werden jetzt für Pensionsansprüche vollständig anerkannt.

Ruhegehaltssatz unter dem Minimumsatz von 35 Prozent lagen. So waren minimale Pensionen zwischen 800 und 900 Euro möglich. Landesweit erhielten 435 Beamtinnen und Beamte eine Pension mit weniger als 35 Prozent, darunter 88 Prozent Frauen.

Alle Pensionär/innen, die seit 01.01.2011 mit Pensionen unterhalb der Mindestversorgung ausgeschieden sind, sollen ab 01.01.2019 die Mindestversorgung erhalten. Noch unklar ist, ob die Pensionen vom LBV automatisch neu berechnet werden oder ob die Betroffenen einen Antrag stellen müssen. GEW-Mitglieder können sich bei Fragen natürlich an die Bezirksgeschäftsstelle wenden.

Leider hat die Landesregierung bisher nicht vor, bei der Berücksichtigung für das Ruhegehalt Pflegezeiten mit der Elternzeit gleichzustellen. Gemeinsam mit dem DGB setzt sich die GEW für diese Gleichstellung ein. ■

Inge Goerlich

Vorstandsbereich Tarif-, Beamten- und Sozialpolitik



Kinder mitversichert

Die Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) hat mitgeteilt, dass ab sofort Kinder unfallversichert sind, die wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten (zum Beispiel bei einem Streik in der Kita) mit zur Arbeit gebracht werden. Der Unfallschutz bezieht sich auch auf andere Situationen. Wenn in einer Schule zum Beispiel Oberstufenschüler/innen während der Konferenzen Kinderbetreuung übernehmen, sind die betreuten Kinder auch versichert.

KLAUSURTAGUNG DER LANDESPERSONENGRUPPE ARBEITNEHMER/INNEN Austausch verbessern, Tarifbeschäftigte sichtbar machen



Foto: Alfred Uhing

Teilnehmer/innen der Klausurtagung der Landespersonengruppe Arbeitnehmer/innen

Ende September 2019 trafen sich die Mitglieder der Landespersonengruppe Arbeitnehmer/innen zu ihrer Klausurtagung im Löchnerhaus am Bodensee. Die Teilnehmer/innen wurden über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert, da der 2019 abgeschlossene Tarifvertrag noch verhandelbare Positionen im Bereich der TV-EntG-O hat. Neben Organisatorischem wurden Bausteine für verschiedene Schulungen erarbeitet. Ein ebenfalls wichtiger Punkt war, den Austausch zwischen den Bezirkspersonalräten der verschiedenen Regierungspräsidien sowie mit den Hauptpersonalräten in den verschiedenen Schularten zu verbessern. Auch über Anträge für die LDV wurde diskutiert und es wurden Ideen für Aktionen gesucht, die auf die Situation der Tarifbeschäftigten aufmerksam machen. ■

Gabriele Stork, Arbeitnehmervereinerin
BPR Stuttgart, berufliche Schulen

NEUE KAMPAGNE DER LANDESREGIERUNG Respektvoll miteinander umgehen

Alle, die im Netz aktiv sind, können von Beleidigungen, Schmähungen oder gar Drohungen berichten. Das betrifft Politiker/innen genauso wie Journalist/innen, Youtuber/innen, Slamer, Influencer/innen und natürlich auch Schüler/innen. Damit Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken nicht unwidersprochen stehen bleiben oder Meinungen aus Angst vor unflätigen Kommentaren nicht mehr geäußert werden, startete am 1. Oktober die landesweite Kampagne #RespektBW.

Das Staats- und das Kultusministerium tragen das Projekt, das Landesmedienzentrum (LMZ) führt es durch. Es richtet sich hauptsächlich an Kinder- und Jugendliche und somit auch an Schulen. „Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn viele Schulen in Baden-Württemberg bei #RespektBW mitmachen und so aktiv gegen Beleidigungen und Falschmeldungen im Netz eintreten“, schrieb Ministerin Susanne Eisenmann an alle Schulen. Auf einer Auftaktveranstaltung Ende September stellte das LMZ die Kampagne vor.



Foto: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Von links: Leandro Karst, Nektarios Vlachopoulos, Karolin Schwarz, Johannes Elster, Alexander Straub und Stefanie Schneider.

Unter dem Motto „Bitte was?! Kontern gegen Fake und Hass“ gibt es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten. Beispielsweise wurde ein Kreativwettbewerb ausgeschrieben. ■

www.

Weitere Informationen:
www.lmz-bw.de

b&w

ULLI-THIEL-FRIEDENSPREIS

Frieden schaffen ohne Waffen



Foto: imago

Am 21. September 2019, dem Weltfriedenstag, wurde der Ulli-Thiel-Friedenspreis zum ersten Mal für Schüler/innen, Lehrer/innen und Schulen ausgelobt. Der Wettbewerb in diesem Schuljahr richtet sich an Einzelpersonen, Klassen, Arbeitsgruppen und Schulen aller Alters- und Klassenstufen.

Für diesen Friedenspreis kann ein freies Friedensthema eingereicht werden, das in den baden-württembergischen Bildungsplänen verankert ist. Es können Arbeiten mit Bildern, Plakaten, Kunstwerken, Collagen, Videos, Audiodateien, Unterrichtseinheiten, Projekten, Gedichten, Texten oder Songs eingereicht werden, die sich an dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ orientieren.

Weitere Infos unter:
www.ulli-thiel-friedenspreis.de

Ulli Thiel (1943–2014) war Sonder- schullehrer an der Erich-Kästner-Schule für hör- und sprachgeschädigte Kinder und Jugendliche in Karlsruhe und bis zu seinem Tod 2014 Mitglied der GEW Baden-Württemberg. Er war jahrzehntelang in der Friedensbewegung aktiv und schuf das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“. Er war Ideengeber der Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm am 22. Oktober 1983 gegen den NATO-Doppelbeschluss. Es war die größte Aktion der Friedensbewegung in Deutschland mit 400.000 Menschen.

Die Veranstalter des Friedenspreises, die Deutsche Friedensgesellschaft-Ver- einigte Kriegsdienstgegner/innen, Lan- desverband Baden-Württemberg, die Evangelische Landeskirche in Baden und pax-an, Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverstän- digung möchten mit dem Preis die Frie- densbildung an den baden-württember- gischen Schulen stärken und freuen sich auf eine rege Beteiligung. ▮

Klaus Pfisterer



PERSONALRATSWAHLEN 2019
SIND VORBEI – INTERVIEW MIT
GEWÄHLTEN GEW-MITGLIEDERN

Conny Schmitt



Du bist Grundschullehrerin und eine neu gewählte ÖPR- Personalrätin im SSA Mannheim. Wie fühlt sich das an?

Ich finde es total spannend, jetzt Ver- antwortung übernehmen zu können.

Wie war dein Einstieg?

Am Anfang kämpfte ich mit vielen Abkürzungen. So langsam verstehe ich all die Strukturen und Vorlagen und auch alle Abkürzungen. 😊

Gibt es Überraschendes?

Ich werde immer wieder auf meine Arbeit angesprochen. Viele kommen und erzählen mir jetzt, wie es an ihrer Schule läuft. Ich unterrichte an einer kleinen Grundschule in Ober- flockenbach und nun erfahre ich auch, was an anderen Schulen gleich oder anders gehandhabt wird.

Warst du vorher auch schon für die GEW aktiv?

Die letzten zwei Jahre habe ich im GEW-Kreisvorstand Mannheim junge Mitglieder betreut. Jetzt bin ich im Team mit Ricarda Kaiser Kreisvorsitzende.

Was bedeutet dein Engagement für deine Familie?

Mindestens ein Tag pro Woche bin ich jetzt unterwegs. Wenn ein Wochenendtermin dazu kommt, müssen wir die Familienarbeit mit unseren zwei Kindern anders organisieren. Mein Mann führt einen Gasthof und arbeitet auch am Wochenende.

Preisausschreiben „Jugend zeigt Zivilcourage“

Der Verein „Lernort Zivilcourage & Wider- stand e. V.“ zeichnet Jugendliche aus, die zivilcouragiert gehandelt haben.

Jugendliche, auch Gruppen, die sich zivilcouragiert verhalten haben, können für diesen Preis vorgeschlagen werden. Schulen, Schulklassen, Vereine oder auch Einzelpersonen, die ein preiswür- diges Verhalten beobachtet haben, kön- nen die Person oder Gruppe bei uns bis zum 8. November melden. Eine Jury trifft anschließend die Auswahl.

Was ist Zivilcourage?

Unter Zivilcourage verstehen wir den persönlichen Einsatz für die Menschen- rechte anderer auch unter Inkaufnahme eigener Nachteile.

Der Preis ist mit 500 Euro dotiert und wird am 10. Dezember 2019, dem Tag der Menschenrechte, verliehen für:

- aktives Eintreten gegen Mobbing, oder Rassismus
- aktives Eintreten für die Menschenrechte anderer
- besonderes gesellschaftliches Engagement
- Verbreiten und Einüben von Zivilcourage



Meldungen bitte an:
info@lzw-verein.de oder an
Lernort Zivilcourage &
Widerstand e. V., Ettlinger Str. 3a,
76137 Karlsruhe
Weitere Infos:
www.lzw-verein.de

Unsere Jubilare im Monat November 2019

Die GEW gratuliert zum...

75. GEBURTSTAG

Gisela Sevecke,
Schopfheim, * 03.11.1944
Anne-Greth Bucher,
Friedrichshafen, * 06.11.1944
Klaus Eckhoff,
Schwäbisch Gmünd, * 10.11.1944
Birgit Beaufort,
Weikersheim, * 12.11.1944
Winfried Rieboldt,
Bad Wurzach-Unterschwarzbach,
* 15.11.1944
Elke Kaden,
Münsingen, * 17.11.1944
Erwin Schlösser,
Freiburg, * 17.11.1944
Gerhard Müller,
Berglen, * 19.11.1944
Ellen Linder,
Wertheim, * 25.11.1944
Arnold Schnaidt,
Hemsbach, * 26.11.1944
Ulrich Häcker,
Heilbronn, * 26.11.1944
Bernd Rechel,
Eisingen, * 27.11.1944

Marianne Ostler,
Leingarten, * 28.11.1944
Gerhard Gans,
Leonberg, * 30.11.1944
Anton Bauer,
Kusterdingen, * 30.11.1944
Ilse Stephan,
Allmersbach, * 30.11.1944

80. GEBURTSTAG

Hans Knoedl,
Mögglingen, * 01.11.1939
Adolf Knodel,
Ölbronn-Dürrn, * 02.11.1939
Andreas Rader,
Oberstenfeld, * 05.11.1939
Birgit Scheunemann,
Deckenpfronn, * 10.11.1939
Ursula Starke,
Bietigheim-Bissingen, * 10.11.1939
Ulrich Gerlinger,
Kernen i. R., * 14.11.1939
Horst Binder,
Holzmaden, * 18.11.1939
Wolf Kaim,
Biberach, * 19.11.1939

Winfried Lehmann,
Mannheim, * 20.11.1939
Günter Fohmann,
Hüfingen, * 20.11.1939
Birgit Jockheck,
Überlingen, * 25.11.1939

85. GEBURTSTAG

Ekkehard Köthner,
Merzhausen, * 14.11.1934
Charlotte Lang,
Offenburg, * 29.11.1934

95. GEBURTSTAG

Anne Seidl,
Öhringen, * 02.11.1924
Melchior Baumhackel,
Neudenau, * 30.11.1924

96. GEBURTSTAG

Irmgard Nieter,
Bad Krozingen, * 30.11.1923

Aufgrund der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) können wir die Namen der Jubilare nur noch abdrucken, wenn die betreffenden Mitglieder zugestimmt haben. Wer genannt werden möchte, schickt uns bitte zwei Monate vorher eine Nachricht per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65), per E-Mail (Datenpflege@gew-bw.de) oder nutzt den Link www.gew-bw.de/jubilaem.

Göppingen



Foto: Luzian Sawicki

Mitglieder im Ruhestand besuchten die Bundestgartenschau in Heilbronn.

Mitte Juli 2019 fuhren 25 Mitglieder im Ruhestand des GEW-Kreisverbandes Göppingen zur Bundestgartenschau in Heilbronn. In einer Führung erhielten sie Informationen über den Umbau des ehemaligen Industriegeländes in der Nähe des Hauptbahnhofes und zur Entstehung eines neuen Stadtteils. Auch über neue Architekturansätze für Wohnformen, unterschiedliche Baumaterialien und Ideen zum Energiesparen im neuen Stadtteil erfuhren sie viel Wissenswertes. ▀

Elke Brendel

Friedrichshafen/Überlingen



Foto: Mia Bochtler-Kessler

GEW-Mitglieder besichtigen das Baustellengelände der nächsten Landesgartenschau in Überlingen

Im Sommer trafen sich Mitglieder der beiden GEW-Ortsvereine Friedrichshafen und Überlingen an der Geschäftsstelle der Landesgartenschau in Überlingen, um das Baustellengelände der „Landesgartenschau 2020“ zu besichtigen. Bei großer Hitze wurden die Teilnehmer ausführlich informiert und

konnten das schon teilweise bepflanzte Gelände am See erkunden. Während der Landesgartenschau vom 23. April bis 18. Oktober 2020 haben Schulen die Möglichkeit, an Projekten des „Grünen Klassenzimmers“ teilzunehmen. ■

Mia Bochtler-Kessler

Ostwürttemberg

Das „Hotel Silber“ in Stuttgart war 1873 ein Hotel und trägt immer noch den Namen des damaligen Besitzers. 1928 zogen das Polizeipräsidium und die politische Polizei in das Gebäude ein. Während der NS-Zeit wurde es zur Zentrale der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) für Württemberg und Hohenzollern. Dem Widerstand vieler Bürger/innen ist es zu verdanken, dass das Gebäude nicht abgerissen, sondern zum Museum umgebaut und damit zu einer wichtigen Lern- und Erinnerungsstätte wurde. Hier wurden die Verfolgten des NS-Regimes sowie ihre Angehörigen verhört, nicht selten misshandelt, gefangengehalten und schließlich auf Konzentrationslager verteilt. Die Senioren der GEW Ostwürttemberg gingen Anfang September bei einer Führung durch das Museum unter anderem der Frage nach, weshalb der Übergang von der Weimarer Republik in die NS-Herrschaft nahezu reibungslos verlief. Parallelen zur Gegenwart drängten sich auf. Die Schicksale von Opfern und Tätern, auch nach dem Krieg, machten teilweise sprachlos und verdeutlichten,



Foto: Margit Wohner

Senioren der GEW Ostwürttemberg vor dem Hotel Silber in Stuttgart

dass couragierter Widerstand gegen menschenverachtende und undemokratische Bestrebungen von Anfang an notwendig ist. Ergänzend zum Besuch des Museums ist der virtuelle Rundgang durch das ehemalige Gebäude sehr empfehlenswert: www.geschichtsort-hotel-silber.de ■

Margit Wohner

Unseren Toten zum Gedächtnis

Monika Budjarek, Gymnasiallehrerin

* 27.01.1948 in Ottersweiler
† 31.08.2019 in Bühlertal

Sarah Engel, Sonderschullehrerin

* 07.09.1985 in Hechingen
† 28.08.2019 in Singen

Rudolf Herrmann, Realschuloberlehrer

* 30.07.1934 in Heidelberg
† 09.09.2019 in Freiburg

Walter Hertel, Sonderschuloberlehrer

* 28.03.1931 in Selb
† 25.08.2019 in Weinheim

Gerhard Walter Läßle, Realschullehrer

Realschullehrer
* 29.03.1947 in Stuttgart
† 16.09.2019 in Essingen

Alois Lohmiller, Hauptschullehrer

* 26.02.1934
† 10.07.2019

Christine Wirth, Sonderschullehrerin

* 24.06.1965
† 03.08.2019

Aufgrund der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) können wir Todesfälle nur noch veröffentlichen, wenn Angehörige dies wünschen. Benachrichtigungen bitte per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per E-Mail (Datenpflege@gew-bw.de) oder über www.gew-bw.de/jubilaeum.

Höchste Zeit, ...

Debeka-Landesgeschäftsstellen in Baden-Württemberg

Kaiser-Joseph-Str. 272, 79098 Freiburg,
Telefon (07 61) 3 86 54 - 0
Augustaanlage 22-24, 68165 Mannheim,
Telefon (06 21) 17 02 78 - 0
Rotebühlstr. 81, 70178 Stuttgart,
Telefon (07 11) 6 19 69 - 0

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Info
(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de



Für mehr Durchblick. *Neu im SPV.*

Eltern-Jahrbuch 2019/2020

Gut informierte Eltern sind die besseren Partner!

Das Eltern-Jahrbuch enthält die für Eltern und vor allem für die Elternvertreterinnen und Elternvertreter notwendigen Informationen aus dem Schulrecht des Landes. Auch als CD-ROM erhältlich.



Preis pro Exemplar **13,00 €**

Alle Preise inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten



süddeutscher
pädagogischer
verlag **spv.**

Zu bestellen unter:
Süddeutscher Pädagogischer Verlag
Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Fax: 0711 21030799
Per Mail: bestellservice@spv-s.de
Onlineshop: www.spv-s.de

Buchtipps

Vorlesetipps für alle

Es ist nicht zu viel versprochen, wenn der Untertitel des Ratgeberbuchs „Vorlesetipps vom Profi für alle von 9 bis 99“ lautet. Als ehemaliger Schulbuchautor von Sprach- und Lesebüchern habe ich mich auch mit der Didaktik des Vorlesens beschäftigt und kann sagen: Dies ist das beste und umfassendste Buch, das mir in den letzten 40 Jahren meines Berufslebens begegnet ist. Das betrifft nicht nur den Inhalt, sondern auch die Art und Weise, wie die Autorin das Thema didaktisch aufbereitet hat. Gut gefällt mir am Kapitel „Aufbereitung des Textes“, dass dieser wichtige Aspekt sehr versiert in kleine aufeinander aufbauende Schritte unterteilt ist. Besonders gelungen ist der Teil, in dem es um die wörtliche Rede geht. Dort wird beschrieben, wie man schon mit den kleinsten Mitteln unterschiedlichen Personen auditiv

verschiedene Charaktere geben kann – zum Beispiel allein schon durch die Veränderung der Mundstellung. Etwas später im Buch kommen Lockerungsübungen hinzu. Diese kann man problemlos eins zu eins in jede Sprecherziehungseinheit oder in einem Chor anwenden.

Ab Abschnitt 21 wird Körpersprache behandelt. Es beginnt mit der Körperhaltung und der Sitzposition beim Vorlesen, geht weiter mit Tipps, wie man auch den Blickkontakt einplanen kann und endet mit der Kleiderfrage. Diese Abschnitte könnte man sich auch in einer Fortbildung für Erwachsene vorstellen, wenn es um das Planen und Gestalten von Präsentationen geht.

Auch das Kapitel „Vorbereitung am Leseort“ ist nicht nur für Schüler/innen geschrieben, sondern eignet sich ebenso für Lehrer/innen oder Leseopas. Nicht zuletzt wird das Lampenfieber aufgegriffen. Hier rät die Autorin zu einem Perspektivenwechsel. Man solle ihrer Meinung nach das Lampenfieber von seinem schlechten Image befreien und versuchen, sich klar zu machen, dass dieses Fieber eine gute Energie und eine wichtige Kraft sein kann.

Auch das klassische Handicap des Versprechens wird zur Sprache gebracht. Margils Rat-schlag lautet, einfach weiterzulesen – außer wenn der Versprecher den Sinn des bisher Vor-gelesenen entstellen würde. Am Ende dieses Vorlese-, Präsentations- und Körpersprache-Handbuchs geht es um den letzten Satz eines Lese-Vortrags. Diesen sollte man auswendig können und dann regelrecht inszenieren.

Fazit: Ein sehr hilfreiches Buch, das wegen seines günstigen Preises von 7,99 Euro in den Schulranzen einer 9-jährigen Schülerin, aber auch in das Bücherregal des 99-Jährigen Opa passt, der seine Rede für den 100. Geburtstag vorbereiten möchte.

Theo Kaufmann



Irene Margil (Autorin),
Gabie Hilgert (Illustratorin):
„Lies mal vor! – Tipps vom
Profi für alle von 9 bis 99“
Carlsen Verlag, 112 S., 7,99 €
ISBN: 978-3-551-18947-9




Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de





Klasse Reisen. Weltweit.

Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!

Günstig und direkt buchen, viele Superspartermine , Freiplätze nach Wunsch		z. B. Duinrell 5 Tage inkl. Prog., Stadtführung, Ausflügen ab 174,- €
---	---	---

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

S I G M A

Z E N T R U M

Das Original
höchstindividualisierter
Therapie

www.frueherkennung.de

Der Mensch

Die Grenzen von einfacher, vorübergehender und ernster psychischer Beeinträchtigung sind oft fließend.

Die Seele

Psychische Gesundheit ist das Fundament für ein glückliches und erfolgreiches Leben.

Die Kompetenz

Das Früherkennungszentrum bietet einen diskreten Zugang zu einer zielführenden Prävention und nachhaltigen Therapie.

SIGMA-Zentrum

Fachkrankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin
Weihermatten 1
D-79713 Bad Säckingen
Fon +49 7761 5566-0
info@sigma-zentrum.de
www.sigma-zentrum.de



Termine

GEW

AK Lesbenpolitik

Der AK Lesbenpolitik ist offen für alle interessierten Frauen. Wir treffen uns etwa alle 6 Wochen 16:45 – 19:15 Uhr, meist in der Landesgeschäftsstelle der GEW, Silcherstr. 7 im Sitzungssaal (Hinterhaus). Nächster Termin: 22.11.2019

GEW Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> **20.10.2019**, 19:00 Uhr, Aeham Ahmad: „Und die Vögel werden singen“, Solokonzert und Lesung im Rahmen der Literaturtage Böblingen/Sindelfingen 2019 in Kooperation mit dem AK Asyl Sindelfingen und der GEW Kreis Böblingen, Pavillon Sindelfingen
> **23.10.2019**, 15:00 – 20:00 Uhr Traditionelle Herbstwanderung 500 Jahre Jerg Ratgeb, Führung auf dem Jerg Ratgeb Skulpturenpfad in Herrenberg. Treff: Bahnhofsvorplatz Herrenberg Veranstalter GEW Kreis Böblingen
> **04.11.2019**, 14:20 Uhr Uhrenaussstellung „Wem die Stunde geschlagen hat“, mit Führung und Wahlen, Treffpunkt: Heimatmuseum Holzgerlingen, Friedhofstraße 6 Anschließend Kaffeetrinken im Stadtcafé mit Wahl für die Kreispersonengruppe Mitglieder im Ruhestand. Veranstalter: GEW Mitglieder im Ruhestand, Anmeldung: Margot Littwin, Tel. 07031 607501 littwin@gew-boeblingen.de, > **08.11.2019**, 15:30 Uhr 8. Europakongress Die GEW lädt zusammen mit anderen Organisationen wieder zum Europa-Kongress ein. Arbeiterzentrum Böblingen, Sindelfinger Str. 14
> **17.11.2019**, 18:00 – 20:30 Uhr Jazz mit Klaus Schulze Der Stuttgarter Kontrabassist Klaus Schulze und der Münchner Klarinettist Achim Bohlender

präsentieren mit ihrem Quintett Musik der Stars der frühen Jazzklarinette und der großen Klarinettisten des Dixieland- und Swing-Revivals der 50er- und 60er-Jahre. Jazz Hall Stuttgart Mitte, Marienstr. 3b, Info und Anmeldung: Margot Littwin, Tel. 07031 607501 littwin@gew-boeblingen.de > **20.11.2019**, 17:30 Uhr Kreismitgliederversammlung, Kath. Arbeiterzentrum Böblingen, Sindelfinger Str. 14

Calw/Freudenstadt

> **13.11.2019**, 17:30 – 20:00 Uhr Kreisversammlung Thema: Drei Jahre grün-schwarze Politik – wo steht die Bildungspolitik? Mit Doro Moritz und Berichte und Wahlen des Kreisvorstandes, Gasthof Traube Altensteig

Freiburg

> **23.10.2019**, 18:30 Uhr Kreisversammlung DGB-Haus Freiburg; alle Mitglieder sind teilnahmeberechtigt. Bitte anmelden.
> **24.10.2019**, 19:00 Uhr Bildungssofa – Start einer neuen Veranstaltungsreihe Premieren-Gast: Martin Horn, Oberbürgermeister Freiburg Leitung: Jürgen Grässlin, Monika Stein, Andrea Wagner
> **24.10.2019**, 16:00 – 18:00 Uhr Unterrichten im Ausland – Informationsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer Referentin: Eileen Thomas; Leitung: Peter Fels
> **19.11.2019**, 9:00 – 16:00 Uhr Vertrauensleuteschulung DGB-Haus Freiburg Leitung: S. Burke, M. Jooss, T. Steuer, P. Fels
> **21.11.2019**, 19:00 Uhr JA13-Stammtisch Fluxus im E-Werk
> **28.11.2019**, 18:30 Uhr Stellenwirksame Änderungsanträge: Sie haben Fragen? Wir haben die Antworten! DGB-Haus Freiburg, Referent/innen: GEW-Personalräte

Weitere Infos, Aktualisierungen, Einladungen, Anmeldeöglichkeiten sowie spätere Veranstaltungen stehen auf: www.gew-fr.de.

Pforzheim und Enzkreis

> **06.11.2019**, 14:00 Uhr Die ganze Welt ein Bauhaus Ausstellung im ZKM Karlsruhe Anmeldungen bis: 20.10.2019 an Bernd Rechel Veranstalter: GEW Pf-Enz Mitglieder im Ruhestand Weitere Informationen: www.gew-pforzheim.de
> **14.11.2019**, 17:00 Uhr Kreisversammlung mit Wahlen für alle Mitglieder der GEW Pforzheim und Enzkreis Ort: Bären, Pforzheim-Eutingen
Regiotreffs 2019 – Berufliche Schulen Nordbaden
> **21.10.2019**, 15:30 Uhr Walldürn, Café Leiblein, Dr.-Heinrich-Köhler-Str. 23
> **21.10.2019**, 17:00 Uhr Bretten, Gasthaus Lamm, Pforzheimer Str.17
> **22.10.2019**, 15:30 Uhr Mannheim, Carl-Benz-Schule, Neckarpromenade 23, Saal 244

> **23.10.2019**, 15:30 Uhr Mosbach-Diedesheim, Krone, Alte Brückenstr. 5
> **24.10.2019**, 15:30 Uhr Heidelberg, Café Frisch, Jahnstr. 34
> **06.11.2019**, 18:00 Uhr Freudenstadt, Eduard-Spranger-Schule, Eugen-Nägele-Straße 40
> **20.11.2019**, 17:30 Uhr Calw, Hotel Restaurant Rössle, Hermann-Hesse-Platz 2
> **02.12.2019**, 18:00 Uhr Karlsruhe, DGB-Haus, Ettlinger Str. 3a, GEW Sitzungszimmer EG

Alle Termine bei www.gew-pforzheim.de

Reutlingen/Tübingen

> **04.11.2019**, 17:30 Uhr Infoveranstaltung „Antrag auf Versetzung? Alles, was ich wissen muss!“ mit David Warneck Ort: Loretto, Katharinenstr. 22, TÜ
> **14.11.2019**, 19:30 Uhr Kreisversammlung mit Erhard Korn zu „Rechtspopulismus, Rassismus und Bildungspolitik in Baden Württemberg“ Ort: Gemeindehaus Eberhardskirche, Eugenstraße 21, TÜ

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlicher Redakteur: Michael Hirn
Geschäftsführende Redakteurin: Maria Jeggle
Redaktionssekretariat: Evi Maziol
Regelmäßige Mitarbeiter/innen: Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Frank Osterlow, Andreas Schuler, Marco Stritzinger
Layout: Evi Maziol
Schlusskorrektur: Frank Osterlow
Anschrift der Redaktion: b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-36, E-Mail: b+w@gew-bw.de

Beilage: „Die Unterrichtspraxis“ erscheint achtmal im Jahr. Redaktion: Joachim Schäfer, Meisenweg 10, 71634 Ludwigsburg, unterrichtspraxis@gmx.de

Verlag mit Anzeigenverwaltung: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7A, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799, E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de
Geschäftsführung: Doro Moritz, Hans Maziol
Verlagsleitung und verantwortlich für Anzeigen: Sabine Ebert, Tel.: 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de

Anzeigenschluss: ca. 15. des Vormonats b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser/innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht. **Druck:** GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim
Druckauflage: 50.000 Exemplare, (4. Quartal 2019) Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen: Nr. 11/2019 am 22.11.2019, Redaktionsschluss: 14.10.2019, Nr. 12/2019 am 20.12.2019, Redaktionsschluss: 18.11.2019 siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw/

Dieses Heft wurde am 09.10.2019 für den Druck abgeschlossen
GEW Baden-Württemberg Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Echte Hilfen *für den Alltag.*



Anzahl	Produkt	Mitgliederpreis	Buchhandelspreis
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2019 Standardausgabe	13,00 €	25,00 €
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2019 Berufliche Schulen	13,00 €	25,00 €
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2019 auf CD ROM	13,00 €	25,00 €
	Exemplare 50+ Alternativen zur Vollzeit bis 67	5,00 €	8,00 €
	Exemplare 55+ Die Vorsorgemappe (8. Auflage 2016)	12,00 €	20,00 €
	Exemplare Steuererklärung	6,00 €	10,00 €
	Kindheitspädagogik: Qualifizierung und Praxisfelder	5,00 €	8,00 €
	Eltern-Jahrbuch 2019/2020	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	13,00 €
	Eltern-Jahrbuch 2019/2020 als CD-ROM	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	13,00 €

Preise inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten.

Versandkostenpauschale bei einem Warenwert	bis 20 €: 3 €	21 bis 40 €: 5 €	41 bis 100 €: 7 €	ab 101 € versandkostenfrei
GEW-Mitgliedsnummer (s. Adressaufkleber b&w)				

Versand- und Rechnungsanschrift

Datum, Unterschrift:

ISSN 0944-937X

